

Wir haben also heute auch einen entsprechenden Antrag im Landtag eingebracht. Und wenn es geheiß hat, daß das mit dem Datenschutz nicht vereinbar ist, dann darf ich hier vom Bundeskanzleramt, von der Datenschutzkommission, Ihnen kurz vorlesen, und zwar unter Punkt 2: „Da die Wahrung der Anonymität der Lehrerinnen und Lehrer, die der Veröffentlichung ihrer Daten nicht zugestimmt haben, gemäß den vorliegenden Unterlagen gewährleistet ist“ – nämlich noch einmal: Name, Prüfung, abgelegte Prüfungen, Prüfungstag, Anstellungswunsch –, „wird die Erstellung der Listen aus datenschutzrechtlicher Sicht für vertretbar erachtet. Für die Datenschutzkommission: das geschäftsführende Mitglied Dr. Dohr.“ Ich glaube also, bei einigem guten Willen könnte man im Sinn der berechtigten Wünsche der arbeitssuchenden Lehrer ein Modell schaffen, so eine Warteliste aufzulegen beziehungsweise den Leuten die Möglichkeit zu geben, dort Einsicht zu nehmen. (Abg. DDr. Steiner: „Der Minister hat gemeint, man müßte eine Prüfungskommission einsetzen!“) Ja, das war vor einem Jahr, glaube ich. Aber in der Zwischenzeit gibt es doch die Möglichkeit. Auch wenn der Herr Minister prüfen lassen will – setzen doch wir einmal einen Akzent.

Bitte, ich bin der Meinung, wir sollen trotzdem alles versuchen, und vielleicht können wir als Impulsgeber einmal etwas Gutes nach Wien hinausschicken, das dann angenommen werden könnte. (Beifall bei der SPÖ.) Das wäre vielleicht der einzige strittige Punkt, worüber man noch diskutieren könnte, aber es freut mich grundsätzlich auch die Bereitschaft deinerseits, daß wir hier auch der gleichen Meinung sind. Irgend eine Lösung muß man finden, daß man die Leute informiert, wie lange sie in etwa noch zu warten haben beziehungsweise ob sie eine Chance haben, angestellt zu werden oder nicht. Ich glaube, hier sind wir eines Sinnes. (Abg. DDr. Steiner: „Machen Sie beim Minister, einen Vorstoß!“) Stoßen wir gemeinsam vor. Das wird die Zukunft zeigen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie also alle mit dazu einladen, mitzuhelfen, daß die von mir aufgezeigten Probleme, die den steirischen Lehrern und den steirischen Schülern Verbesserungen bringen und dem Wunsch einer noch besseren Schule und Ausbildung gerecht werden sollen, ehestmöglich erfüllt werden können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader. Ich erteile es ihm.

**Abg. Mag. Rader:** Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich weiß nicht, ob der Herr Oberpräsident Dr. Kraimer im Moment im Saal ist, der seit neuestem ja die Disziplinierung von Menschen selbst vornimmt, als ob wir keine Präsidenten brauchen würden. (Abg. Pörtl: „Du bist der Oberlehrer!“) Ich werde sicher kein Oberlehrer sein, weil ich so grundlegende Ausführungen wie meine Vorredner sicher nicht zusammenbringe, und zwar zur Bildungspolitik. Ich habe nur festgestellt, daß jeder, der dieses Haus betritt und hier eine Budgetdebatte etwa verfolgt, ungeheuer gebildet sein muß. Der vor 23 Jahren verstorbene amerikanische Lyriker Robert Lee Frost hat nämlich einmal

gesagt: „Bildung ist die Fähigkeit, fast alles anhören zu können, ohne die Ruhe zu verlieren.“ Wobei ich überhaupt nicht, bitte, die Ausführungen des Herrn Hofrates DDr. Steiner meine. Ich habe zu meinem Bedauern erfahren, Herr Hofrat, daß Sie, weil Sie die Redezeit von 30 Minuten überschritten haben, 500 Schilling in die Klubkasse haben zahlen müssen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „27 Minuten waren das nur!“) Ich darf Ihnen sagen, Herr Hofrat, vielleicht war ich mit ein paar Zwischenrufen schuld an dieser Überziehung. Mir hat aber diese Ausführung so gut gefallen, daß ich mich gerne, falls Sie wirklich zahlen haben müssen, mit 100 Schilling beteiligen würde, damit es nicht so tragisch wird. (Allgemeine Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Und wenn künftig der Herr Kollege Prof. Dr. Eichinger, der Herr Abgeordnete Schützenhöfer und der Herr Abgeordnete Kollmann für ihre Zeit der Zwischenrufe adäquate Beträge zu zahlen hätten, dann hätte der Landtag heute schon 3000 Schilling eingenommen.

Meine Damen und Herren, kommen wir zu jenem Punktesystem, mit dem wir uns ja wirklich schon seit Jahren beschäftigen. Ich glaube, daß die Frage der öffentlich aufliegenden Warteliste eigentlich ein Streit um des Kaisers Bart ist. Denn wenn wir ein Punktesystem fixiert haben, das die konkrete Situation jedes einzelnen dann nicht mehr in schriftlich niedergelegten persönlichen Merkmalen zusammenfaßt, sondern schlußendlich in Punkten – übrigens, einen solchen Vorschlag gibt es seit ewigen Zeiten. Ich habe mir erlaubt, weil Sie mich so höflich eingeladen haben, doch mitzumachen, mir das herauszusuchen zu lassen. Ich habe einen diesbezüglichen Vorschlag am 15. Februar 1985 dem Herrn Landeshauptmann übermittelt, daher ist diese Einladung schon seit damals angenommen, Herr Hofrat – ich darf das nur mitteilen –, hier bei diesen Dingen mitzumachen. (Abg. DDr. Steiner: „Wir werden uns finden!“) Wir haben uns schon gefunden, weil wenn das stimmt, was Sie erzählen, dann haben Sie ohnehin das „erfunden“ mit hochkarätigen Persönlichkeiten, was wir im 75er Jahr übermittelt haben. Wenn es dann eine Liste, gereiht nach einzelnen Punkten, gibt, dann können Sie diese Reihung mit den dazugehörigen Punkten jederzeit veröffentlichen, ohne daß irgendeine Kommission prüfen muß, ob damit Datenschutz verletzt wird oder nicht, weil die konkreten persönlichen Merkmale ja nicht mehr da sind, sondern die Punkte da sind. Auch aus dieser Reihung kann selbstverständlich jeder, wenn er ein Hellseher ist, wieviel Posten künftig frei sein werden – und dieser Hellseher ist natürlich nicht jeder –, ablesen, wie weit hinten er rangiert, und er kann natürlich auch feststellen, ob jemand, der unter Umständen hinter ihm rangiert hat, möglicherweise vor ihm einen Posten gefunden hat. Darum geht es ja den arbeitslosen Lehrern im wesentlichen, und dafür habe ich auch Verständnis. Daß er sagt, bitte, ich verstehe nicht, ich wäre auf Grund meiner gesamten Situation früher daran gewesen. Das ist wirklich ein Streit um des Kaisers Bart. Ich möchte nicht noch einmal, wie in den vergangenen Jahren, erläutern, wie wir uns das vorstellen, weil wir uns ohnehin finden, wie ich sehe. Ich möchte Ihnen nur noch eines in Erinnerung rufen, was vor allem die in der Zwischenzeit erfreulicherweise zahlreicher gewordenen Damen in

diesem Haus besonders freuen wird: Ich habe mir herauschreiben lassen, welche Auswirkungen das Objektivierungssystem für Direktoren in Oberösterreich gehabt hat, vor allem in Hinblick auf das Zustandekommen von weiblichen Direktoren. Vor Einführung des Punktesystems war das Verhältnis männliche Direktoren zu weiblichen Direktoren 80 zu 20. Nach drei Jahren Punktesystem war das Verhältnis 70 zu 30. Nach sieben Jahren Punktesystem war das Verhältnis 60 zu 40, und im Augenblick dürften wir ungefähr in Parität sein. Das ist ein wirklicher Erfolg dieses Punktesystems, und ich glaube, die Damen müßten jetzt applaudieren, denn das ist ein positiver Aspekt, von dem bisher kaum geredet worden ist.

Meine Damen und Herren! Ich lasse mich nicht aus über die Diskussion, die jetzt zwischen Univ.-Prof. Dr. Schilcher und Freitag stattgefunden hat über die Frage der Schulgesetzgebung. Das haben sie sich in der Vergangenheit wirklich beide gemeinsam immer ausgemacht. Das haben sie gemeinsam zu verantworten, und ich befürchte, wenn man die Situation nicht ändert, werden sie das auch weiter gemeinsam zu verantworten haben. Es gibt kein Schulgesetz, das nicht mit Zustimmung der beiden großen Parteien im Parlament beschlossen wurde, weil eben die Zwei-Drittel-Mehrheit notwendig war. Möglicherweise, ich weiß, daß das jetzt eine ketzerische Anmerkung ist, hätte man ohne diese Zwei-Drittel-Gesetzgebung mit Mehrheit mit dem einen oder anderen Fall etwas Vernünftiges machen können, ist aber nicht geschehen. Ich bin selbst sehr lange Elternvereinsobmann und -mitglied gewesen. (Abg. Pörtl: „Ihre Herren Minister waren auch dabei!“) Beim Zwei-Drittel-Gesetz waren meine Herren Minister nicht dabei, sofern sie überhaupt Mitglied des Parlaments waren! (Abg. DDr. Steiner: „Ich habe mir vom Parlament alle Beiträge der Freiheitlichen beziehungsweise die Anträge zu diesem Thema geben lassen. Das Ergebnis war dürftig!“) Was wollen Sie bitte verlangen, wenn Sie das vorher schon ausgepackelt haben mit zwei Dritteln? Was soll man sich anstrengen in einem Bereich, der ohnehin nicht läuft. Da haben wir uns lieber auf jene Bereiche konzentriert, wo etwas weitergegangen ist, aber darüber werden wir uns in den nächsten drei Tagen ja noch ausführlich unterhalten können.

Der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba sagt, daß der Herr Hofrat noch einen Hunderter Spende braucht, also bitte, wir können anschließend darüber reden. Wir haben allerdings kein Limit, wo wir dann etwas zahlen müssen, weil sonst würde ich mir den Hunderter am Ende wieder zurückholen, wenn ich auf Grund Ihrer Zwischenrufe länger rede. Ich kann der Schlußfolgerung des Direktors Freitag leider nicht folgen. Er hat nicht gesagt: Der Weisheit letzter Schluß, aber daß diese neue Hauptschule wirklich ein guter Griff war. Ich war lange genug in Elternvereinen tätig und schaue mir das auch jetzt noch an. Ich habe dazugehört, und ich habe als Elternvereinsobmann sehr geworben in den vierten Klassen der Volksschulen für diese neue Hauptschule. Was wir uns aber versprochen haben, ist bei Gott nicht eingetreten. Überhaupt nicht. In Wahrheit war es ein Fehlgriff, und man sollte das zugeben. (Abg. Freitag: „Das ist sicher eine Frage der Zeit!“) Wir können im nächsten Jahr weiterreden, ich glaube, daß sich unser Urteil in dieser Frage nicht

ändern wird, vielleicht deines, aber meines sicher nicht, glaube ich.

Lassen Sie mich aber auf ein anderes Thema eingehen, weil ich glaube, daß eine Budgetdebatte eine gute Gelegenheit ist, darüber in diesem Hause Aufklärung zu erbitten. Der Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher hat heute am Vormittag in seiner wirklich für mich sehr beeindruckenden Wortmeldung auch das Thema Forschungsgesellschaft Joanneum angeschnitten und hat mitgeteilt, daß es in Verhandlungen gelungen sei, vermutlich mit der SPÖ, diese Forschungsgesellschaft auf neue Beine zu stellen. Mich interessiert das deshalb, weil ich mir erlaubt habe, im Vorjahr einen Vorschlag zu unterbreiten, zuerst schriftlich an den Herrn Landeshauptmann und dann auch mündlich hier in diesem Hause, wie es mit der außeruniversitären Forschung weitergehen könnte. Ich würde wirklich bitten, diese Diskussion dazu zu benutzen, dem Hause Aufklärung darüber zu geben, wie diese neuen Beine der Forschungsgesellschaft ausschauen sollen, wie sie konstruiert sein sollen, wer hier das Sagen haben soll. Ich bin auch am vergangenen Wochenende über eine Zeitungsmeldung gestolpert, in der, was für mich neu war, mitgeteilt wurde, daß Dr. Raimann aus der Geschäftsführung der Forschungsgesellschaft ausscheiden sollte, allerdings mit einem zusätzlichen Konsulentenvertrag wieder gebunden sein soll, also quasi ein Ausscheiden durch Nichtausscheiden. Ich will mich in diesen konkreten Fall nicht einmischen, aber es interessiert mich insbesondere deshalb, weil ja auch in der öffentlichen Debatte um die Forschungsgesellschaft der Herr Dr. Raimann doch eine Rolle gespielt hat und man sich auch hier in der öffentlichen Debatte über jene Dinge ereifert hat, mit denen er abgegolten wurde. Ich habe hier den Dienst- und Pensionsvertrag des Dr. Raimann, und ich habe hier jene Unterlagen, die Sie auch kennen und die öffentlich diskutiert wurden, und mich würde es sehr interessieren, wie sich die neue Geschäftsführung, der neue Aufsichtsrat, der sich, wie ich auch heute am Vormittag gehört habe, nicht mehr aus Politikern zusammensetzen soll, was ich ja an sich begrüße, zusammensetzen soll und wie die außeruniversitäre Forschung künftig funktionieren soll. Denn eines, meine Damen und Herren, sollte man der Forschungsgesellschaft nicht antun, daß man nämlich signalisiert, daß man den Vorstand aberberuft, ihn herausnimmt, aber ihn gleichzeitig mit einer Umwegkonstruktion wieder mit einbaut. Entweder der Herr Dr. Raimann ist ein gutes Vorstandsmitglied, dann sollte er bleiben, oder er ist kein gutes Vorstandsmitglied, dann soll er herausgenommen werden. Eine Konstruktion, die die Debatten offenläßt, das scheint eine zu sein, falls es stimmt, was ich da gelesen habe, scheint mir weder gut für die Forschungsgesellschaft noch gut für die außeruniversitäre Forschung insgesamt. Was noch notwendig ist, meine Damen und Herren, und auch, wenn es Ihnen nicht gefällt: Ich halte es für erforderlich, daß diese Frage und auch der „untergegangene“ Untersuchungsausschuß einem Ende zugeführt wird, und nicht einem Ende dadurch, daß man ihn schlafen läßt, weil er untergegangen ist, sondern daß man ihn neuerlich einsetzt und daß man sicherstellt, daß er wirklich einen Bericht vorlegen kann, wobei ich für mich, und das sage ich gleich, der Meinung des Univ.-Prof. Dr. Schilcher bin, der ich mich schon das letzte Mal angeschlossen habe. Er hat das

letzte Mal verlangt, daß der Obmann des Kontrollausschusses auch diesen Untersuchungsausschuß leiten soll. Bitte schön, er hat damals von mir die Zustimmung dafür bekommen. Ich würde das auch jetzt so sehen. Wenn wir einen neuerlichen Untersuchungsausschuß machen, dann würde ich dafür eintreten – auch gegen die Interessen meiner Fraktion –, daß auch jetzt wieder der Obmann des Kontrollausschusses diesen Untersuchungsausschuß leitet, damit dieses Kapitel endgültig zu Ende ist und wir positiv aufbauen können. (Beifall bei der FPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

**Abg. Pußwald:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Auch ich möchte zum Thema Pflichtschulen Stellung beziehen. Was erwarten wir uns von der Volksschule? Der Volksschullehrer hat das Kind in das formelle und geordnete Denken einzuführen, er hat dem Kind die Welt des Geistes zugänglich zu machen und es zu befähigen, nach dem ersten Schuljahr zu lesen, zu schreiben und die Zahlenwelt bis 30 zu erfassen. Dies ist, sehr geehrte Damen und Herren, für den Lehrer eine enorme Aufgabe, aber eine ganz besondere Leistung für das Kind. Durch das Angebot der Schulbücher, die oft nur mehr ein Wort oder ein Satzglied als Ergänzung offen lassen, haben unsere Kinder leider viel Kreatives eingebüßt.

Der passive Sprachschatz, der durch das Medium Fernsehen ohnedies im Vormarsch ist, wird durch diese Art der Unterrichtsbehelfe verstärkt. Noch immer ist es aber wichtig, sich mündlich und schriftlich ausdrücken zu können. Gerade als Frauen müßten wir das als Unterrichtsziel vehement fordern.

Im Bereich der Zahlen hat das Kind sich im dekadischen System von oben nach unten, gemessen und vervielfacht auszukennen. Geistig begabten Kindern gelingt dies, aber was ist mit den weniger begabten? Was ist mit den Kindern, deren Mütter aus Zeitgründen und Lebensumständen nicht so viel Zeit haben, sich mit dem Kind zu befassen? Wo bleiben die Kinder, um die sich niemand kümmert, denen niemand Halt und Stütze gibt, denen auch niemand ein Wort des Lobes und der Anerkennung zollt, wenn sie eine Leistung erbracht haben? Wir müssen in unserem Grundschulbildungssystem deshalb fordern und festhalten, daß weniger mehr ist. Weniger Inhalte anbieten, aber die Grundlagen festigen, auf die dann aufgebaut werden kann. Wiederholungen sollen ein bleibendes Wissen vermitteln.

Unsere Kinder brauchen auch musische Erziehung. Singen, musizieren, Tanzen, Bewegen, bildnerisches und handwerkliches Gestalten sind schöpferische Gestaltungselemente, die unserem Leben Sinn geben. Das müssen wir in der Grundschule verlangen.

Eine Sorge habe ich im Volksschulbereich deswegen, weil meine Vorredner sich um die arbeitslosen Lehrer sehr bemüht haben. Auch ich möchte es tun, aber ich möchte hier einen Gedanken dazu anfügen. Vom vergangenen Schuljahr zum heurigen haben wir wieder eine Volksschule zugesperrt. 25 Klassen sind weniger geworden, oder 3429 Kinder gehen weniger

im heurigen Schuljahr in die Volksschule. Dieser Rückgang signalisiert deutlich eine Bevölkerungsentwicklung.

Die Hauptschule baut auf die Volksschule auf. Die Hauptschule ist naturgemäß in einem größeren Bereich untergebracht. Wir haben zur Zeit 201 Hauptschulen in der Steiermark mit insgesamt 2172 Klassen. Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Rückgang von 102 Klassen oder von 2903 Schülern. Im Volksschulbereich sind 391 Lehrer arbeitslos, im Hauptschulbereich sind es 206. Ich unterstütze die Forderung meiner Vorredner vollinhaltlich. Hier müssen wir wirklich Hilfe für die arbeitslosen Lehrer schaffen. Die Hauptschule befindet sich auch in einer inneren Umorientierung. Der Herr Abgeordnete Freitag und am Vormittag der Herr Abgeordnete Schilcher haben dazu schon Stellung bezogen. Ich möchte einen neuen Aspekt einfügen. Der leistungsdifferenzierte und leistungsorientierte Unterricht ist sicher sehr idealistisch gesehen. Die begabtesten Kinder bekommen eine Förderung, aber – und hier möchte ich etwas einleiten – wenn die Einteilung nach Leistungsgruppen erfolgt ist, ist der Ansporn und der Ehrgeiz für die Kinder entschwinden. Viele Schüler tun nur mehr, was notwendig ist. Die fehlende intensive Klassengemeinschaft bringt auch nicht den Ansporn. (Abg. Freitag: „Frau Kollegin, Sie geben schon zu, daß das System besser ist als die Klassenzüge? Kennen Sie etwas Besseres?“) Es ist wirklich die Frage. Es gibt begabtere Kinder, und es gibt weniger begabte Kinder. Für die begabteren ist es besser, für die weniger begabten, glaube ich, ist es noch schlechter. Ich stelle damit auch gleich eine generelle Frage an alle: Warum sind so viele Kinder nach acht Pflichtschuljahren so schulmüde, frustriert und auch desinteressiert? Liegt es nur am Schulsystem, liegt es an den Unterrichtszielen?

Positiv zur Hauptschule vermerken möchte ich, daß das Lehrziel der drei leistungsdifferenzierten Unterrichtsfächer sehr klar formuliert und präzise abgestimmt ist und daß der Lehrkörper innerhalb dieser differenzierten Leistungsgruppen ein wesentlich besseres Zusammenarbeiten erbringt.

Das neunte Pflichtschuljahr läßt sich auf verschiedenen Wegen absolvieren: Durch den Polytechnischen Lehrgang, der eine gute, lebensnahe Unterrichtsweise bildet, durch einjährige Haushaltungsschulen und durch die ersten Klassen aller weiterführenden mittleren und höheren Schulen. Da ich selbst an einer Hauswirtschaftsschule unterrichte, möchte ich einige Bemerkungen zu diesem System machen. In 16 einjährigen Haushaltungsschulen des Landes Steiermark werden 948 Schülerinnen unterrichtet. Sie sind bewußt im ländlichen Raum stehend und über die ganze Steiermark verteilt. Der Bildungsauftrag ist, ein ganzheitliches Menschenbild zu schaffen, wenn Sie wollen, ein sehr modernes Erziehungsziel und dennoch schon recht alt. Josef Steinberger hat es bereits formuliert. Die ganzheitliche Menschenbildung umfaßt den Geist, den Körper, die Hände und das Gemüt!

Da die Hauswirtschaft die Drehscheibe der Familienstruktur und des Familienlebens ist, ist die ganzheitliche Menschenbildung naturgemäß in der hauswirtschaftlichen Ausbildung verankert. Der Haushalt hat eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aufgabe. Genauso hat es heute vormittag der Herr Abgeordnete

Trampusch für das Land formuliert. Deshalb ist es nicht uninteressant, daß die wirtschaftliche Aufgabe sich auf die Deckung aller Lebensbedürfnisse der Familienmitglieder erstreckt. Es ist nicht gleichgültig, ob wir heimische oder ausländische Waren verwenden. Es ist auch nicht gleichgültig, ob wir irgendwelche Wasch-, Reinigungs- oder Hygieneartikel verwenden oder ob wir biologisch abbaubare benutzen. Es ist auch nicht gleichgültig, ob wir uns mit Naturfasern oder Chemiefasern kleiden, die einen hohen Energieaufwand zur Erzeugung brauchen. Es ist auch nicht gleichgültig, ob wir gesunde einheimische, kontrollierte Lebensmittel in geeigneter Menge und Zubereitung, auf Alter und Leistung der Familienmitglieder bezogen, auf den Tisch bringen. Es ist auch nicht gleichgültig, ob wir kurzlebige Saisonartikel zur Ausstattung unserer Wohnungen verwenden, die wir bald wegwerfen, oder ob wir Qualität und Stabilität verwenden. Gelingt es, über die Haushalte Druck auf die Erzeuger und auf die Verteiler auszuüben, umweltbelastende Produkte nicht zu kaufen, der Werbung zu widersprechen, die uns zu manchem auffordert, was wir nicht immer benötigen, so sichern wir in einer selbstverständlichen Weise die Welt unserer Nachkommen.

Die soziale Aufgabe des Haushaltes besteht darin, daß wir von der Tatsache ausgehen müssen, daß immer mehr Menschen den Lebenssinn in der Drinnenwelt, das heißt in Familie und Partnerschaft, finden. Und hier haben wir die besondere Bedeutung im sozialen Bereich des Haushaltes, das Zusammenleben, das Gespräch, die Konfliktbewältigung und Partnerschaft zu lernen. Partnerschaft ist eine soziale Aufgabe, zwischen den Lebenspartnern, den Eltern und Kindern, Alt und Jung, gesunden und kranken Menschen, zwischen Stadt und Land, zwischen Konsumenten und Produzenten. Viele psychosomatische Krankheiten gäbe es nicht, würde diese Aufgabe verstärkt wahrgenommen. Der Haushalt hat auch eine kulturelle Aufgabe. Kultur ist nicht nur Erlesenes, Besonderes, Außergewöhnliches, Künstlerisches eben, sondern Kultur ist der Umgang der Menschen untereinander, Kultur ist wertbezogenes Handeln aus Tradition und Gegenwart. Wir haben eine Kultur der Ehe, eine Eß- und Tischkultur, eine Wohnkultur. Positive Geisteshaltung pflegen ist auch Kultur. Diesen Lehr- und Bildungsauftrag zu erfüllen, ist innerer Auftrag und Freude. Vielleicht können wir unseren zukünftigen Müttern, Hausfrauen und Hausmännern die Welt der Zukunft bewältigen helfen, denn Hanns Koren sagte: „Die Sitte erhält die Sippe“. Danke. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander. Ich erteile es ihr.

**Abg. Kammlander:** Ich möchte gleich auf die Wortmeldung vom Abgeordneten Freitag eingehen. Wir haben am 25. November einen Antrag eingebracht, der den gleichen Inhalt hat wie die Vorschläge, die Sie hier vorher gebracht haben. Ich wundere mich sehr, daß Sie diesem Antrag nicht Ihre Unterstützung gegeben haben. Das möchte ich hier nur anmerken. (Abg. Freitag: „Darf ich kurz unterbrechen? Wir haben nur zehn Minuten Zeit gehabt, diesen Antrag durchzulesen. Das ist uns zu kurz! Sie hätten ihn früher einbrin-

gen müssen!“) Ich möchte nicht mehr darauf eingehen. Ich habe eigentlich auch angenommen, daß Sie das ziemlich schnell verstehen können, aber bitte! Sie haben auch mit den gleichen Lehrern verhandelt wie ich. In Zukunft werden wir es Ihnen eine Stunde vorher vorlegen. Ist es dann möglich? Gut!

Hinsichtlich der öffentlich einsehbaren Warteliste werden wir hoffentlich bald Gelegenheit haben, eine Debatte zu führen. Wenn am Ende ein gemeinsames Papier herauskommt, dann umso besser, Herr Abgeordneter DDr. Steiner.

Ich möchte mich dann noch allgemein zur Gruppe 2 zu Wort melden, und zwar nicht direkt zur Schule. Wenn den Kindern die Zukunft gehört, dann ist jedoch die gegenwärtige Situation gekennzeichnet durch folgende Tatsachen: Angefangen vom Geborenwerden in der Institution Krankenhaus unter hochtechnisierten aber un menschlichen Bedingungen, über Versorgungsinstitutionen, wie Krabbelstuben und große Kindergartengruppen, bis hin zur Anpassungsstätte Schule tut ihnen die menschliche Umwelt Gewalt an. Die Beschränkung ihres Wohnraumes, die Zerstörung und Zubetonierung ihres Lebensraumes tragen zur Isolierung der Kinder und Jugendlichen bei. Wir zwingen Kinder in Institutionen, deren einziges Erziehungsziel ist, größtmögliche Anpassung und Angleichung zu erreichen. Wir lassen es zu, daß Kinder verschmutzte Luft atmen, verseuchtes Wasser trinken und vergiftete Lebensmittel essen. (Abg. Schützenhöfer: „Frau Kollegin, sagen Sie einmal etwas Positives!“) Ich lasse mich nicht mehr unterbrechen, denn das geht auf unsere Zeit. Statt unsere Kinder und uns selbst weiterhin diesem System anzupassen, sollten wir überall nach Alternativen suchen, in deren Rahmen Individualität respektiert, kritisches Denken und Kreativität gefördert wird. (Abg. Pörtl: „Was ist das?“) Das ist die Frage. Sie wissen nicht, was Kreativität ist? Wir müssen Voraussetzungen schaffen, unter denen wir und unsere Kinder menschenwürdig miteinander leben können. Das würde heißen, daß anstelle von Kinderheimen und Heimerziehung die Schaffung von Tagespflegeplätzen, der Ausbau des Pflegeelternverbundsystems, die Förderung von Wohngemeinschaften für Alleinerzieher vorrangiges Ziel sein müssen. Auch das gemeinsame Lernen und Leben behinderter und nicht-behinderter Kinder in behindertengerecht gestalteten Kindergärten und Schulen wird von uns gefordert. Das ist das sozial-integrative Modell, vom dem auch der Herr Abgeordnete Freitag am Beispiel Kalsdorf geredet hat.

Wir treten ein für die Verbesserung der Kindergarten-situation durch Reduzierung der Anzahl der Kinder pro Gruppe, zusätzliche Anstellung von Kindergärtnerinnen und Kindergärtern, die Anpassung der Öffnungszeiten an die Bedarfssituation, die Zusammenarbeit und Mitsprache gleichheit der Eltern. Private Kindergruppen mit maximal fünf Kindern könnten als bezahlte Nachbarschaftshilfe den örtlichen Bedarf an individueller Kinderbetreuung befriedigen.

Jugendliche machen in unserer Gesellschaft die Erfahrung, daß sie – trotz gegenteiliger Beteuerungen von Politikern – wenig zu melden haben. Autonome Handlungs- und Lebensräume werden kaum ermöglicht.

In den letzten Jahren verschärfen sich die Konflikte in der Schule durch verstärkten Leistungsdruck und einen Schulabschluß ohne berufliche Perspektiven. Durch die Suche und das „Ergattern“ eines Lehrberufes und die Aussicht, nach der Lehre auf der Straße zu stehen, kommt es zu verstärkten Konflikten im und außerhalb des Elternhauses. Jugend-, Sozial- und Arbeitsämter, in der Folge oft auch Polizei und Jugendgerichte sind bei der Lösung der Jugendarbeitslosigkeitsprobleme überfordert. Wenn der Budgetvorschlag für Jugendzentren und Jugendprojekte nur 700.000 Schilling vorsieht, dann können damit sicher kaum Selbsthilfeinitiativen, das sind: selbstorganisierte und selbstverwaltete Freizeit- und Wohnmodelle, verteilt in der ganzen Steiermark, ausreichend gefördert und unterstützt werden. Offene Jugendarbeit nach dem Prinzip der Selbstbestimmung und Selbstverwaltung auch im Rahmen des Landesjugendreferates ist anzustreben.

Ich habe dann noch einen wichtigen Punkt, und zwar möchte ich zu den land- und forstwirtschaftlichen Schulen anregen: eine ökologische Schule, deren Lehrplan alle Erkenntnisse des ökologischen Landbaues vermittelt. Dieses notwendige fortschrittliche Angebot ist in der Zeit der kranken Böden allen jungen Bauern und anderen Interessierten zu machen. Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Schaller, ich weiß, daß Sie zu den aufgeschlossenen Verantwortlichen im land- und forstwirtschaftlichen Schulwesen gehören. Die Grün-Alternativen möchten Sie einladen, dieses Modell einer Fachschule für ökologischen Landbau ernsthaft zu überdenken. Ich danke schön.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kirner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kirner:** Hochverehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach den zwei charmanten Vorrednerinnen gestatten Sie mir, einige Ausführungen aus der Gruppe 2 zur Erwachsenenbildung und Wissenschaft auszusprechen. Ich wollte eigentlich meine erste Wortmeldung für eine Kritik verwenden, weil ich seit in der Früh immer wieder auf diesem Platz aus die Mikrofonanlage äußerst schlecht gehört habe. Die beiden Damen haben mich eines besseren belehrt. Scheinbar ist es die rauhe Stimme der Männer, die man so schlecht aus der Mikrofonanlage hört. Aber nachdem wir im Jahr des Friedens leben, darf ich vielleicht mit Napoleon beginnen. Im Jahre 1797 hat Napoleon in Leoben, und zwar im Stift Göß, gewohnt, und er hat im gleichen Jahr am 18. April, damals noch als General Bonaparte, im Eggenwaldschen Gartenhaus in der Innenstadt von Leoben den Vorfrieden von Leoben unterzeichnet, der dann in die Weltgeschichte eingegangen ist. Der obersteirische Kulturbund wird im April des nächsten Jahres sein 40jähriges Jubiläum als anerkannte steirische Erwachsenenbildungsorganisation begehen, und der Herr DDr. Steiner hat ja sehr temperamentvoll und sehr eingehend die Bedeutung der Erwachsenenbildung in der Steiermark zum Ausdruck gebracht. Dieser Kulturbund ist am 19. April 1947 mit einem Vortrag über diesen Vorfrieden von Leoben im Jahre 1797, gehalten vom damaligen Univ.-Prof. Dr. Hans Pirchegger, dem Senior der steirischen

Geschichtsgelehrten, erstmals an die Öffentlichkeit getreten.

Am 6. April des nächsten Jahres, zum 40jährigen Jubiläum des Kulturbundes und zum 190jährigen napoleonischen Jubiläum – Österreich feiert natürlich ja auch Niederlagen, wie bei Wahlen –, wird dieser Vortrag mit dem gleichen Thema von 1947 gehalten werden, nur diesmal aus der Sicht eines jungen Wissenschaftlers, vom verdienstvollen Leiter des Stadtmuseums Leoben Universitätsdozent Dr. Günther Jontes. Ein Rückblick, meine Damen und Herren, in die Vergangenheit beziehungsweise in die Gründerzeit versetzt uns in eine so grundverschiedene Lebenssituation, daß Vergleiche eigentlich nur schwer möglich sind, auch wenn man selbst von Anfang an dabei war. Ein Vergleich sei mir aber dennoch gestattet, da wir kurz vor Weihnachten stehen. Aus der lesenswerten Zeitschrift für Rentner und Pensionisten für Dezember 1986 konnte ich folgendes entnehmen: In der Woche vom 23. bis 29. Dezember 1946 – also vor 40 Jahren – gab es für Normalverbraucher über 18 Jahren auf Lebensmittelkarten lediglich zehn Dekagramm Schweinefleisch, zehn Dekagramm Schmalz, 18 Dekagramm Mehl, fünf Dekagramm Hülsenfrüchte, neun Dekagramm Haferflocken, 75 Gramm Gerstenmehl, nicht genau eineinhalb Kilo Erdäpfel und etwas weniger als drei Kilogramm Brot als Wochenration, und dies nur dann, wenn die Auslieferung funktionierte. Die ältere Generation hier in dieser Runde wird sich sicherlich noch bitter daran erinnern können. Vor einer verstrahlten Milch brauchte man sich nicht zu fürchten, denn für Erwachsene gab es keine Milch und auch keinen Zucker. Auch Eier und Butter konnte man offiziell nicht haben. Vielleicht waren wir aber trotzdem gesünder als heute in der Überflußzeit, nur wollen wir uns diese Zeit nicht wieder herbeiwünschen. Wenn es damals in unserer Heimat dennoch beherzte Frauen und Männer gab, die den Mut hatten, die Bevölkerung auch mit geistigen Werten zu konfrontieren, dann könnte man hier dieses bekannte Sprichwort: „Man lebt nicht nur von Brot allein“ besonders treffend in Anwendung bringen. Eine Handvoll solcher Idealisten gab es bei der Gründung dieses von mir vorhin genannten obersteirischen Kulturbundes, der mit allen Kulturträgern der Stadt, mit Kirche und Gemeinde, auf das engste zusammenarbeitet, der mit dem Bezirksjugendausschuß und daher mit den wertvollen Jugendverbänden und mit ihrer Jugendkulturarbeit sehr eng verbunden ist und sicherlich ein Beispiel für viele andere Erwachsenenbildungsorganisationen über die Bedeutung zum Ausdruck bringt. Zu den ältesten Verbindungen zählt sicherlich der Kontakt zur Montanuniversität der früheren Montanistischen Hochschule Leoben. Sämtliche Rektoren haben bis zum heutigen Tag vielen gemeinsamen Veranstaltungen, ob im Bildungswerk im Außeninstitut oder derzeit im Institut für Bildungsförderung und Sport stets ihre fördernde und schützende Hand gegeben, und das sei ein Zeichen der Verbundenheit zwischen Stadt und Universität.

Aber auch ein wirtschaftlich besonders erfreuliches Ereignis wird 1987 dank der Bemühungen und Initiativen durch den Leobner Bürgermeister Direktor Reinhold Benedek in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

und der Montanuniversität zum Tragen kommen. Der Wissenschaftsminister Dr. Heinz Fischer hat Anfang August öffentlich erklärt, daß in Leoben ein Technologietransferzentrum geschaffen wird, das Fachinformation insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe vermitteln und eine Technologieberatung durchführen soll. Dieses Technologietransferzentrum wird daher auf die Forschungseinrichtung der Montanuniversität Leoben und das Forschungszentrum Seibersdorf zurückgreifen und damit die Bedeutung der eigenen Wissenschaft und Forschung zum Ausdruck bringen.

Ich freue mich, daß die räumliche Adaptierung bereits voll im Gange ist und auch ein eigenes Kuratorium bereits konstituiert ist. Die Finanzierung erfolgt durch das Verstaatlichtenministerium, das Wissenschaftsministerium und die Stadt Leoben. Das Land Steiermark hat leider noch keine Willenserklärung für eine finanzielle Hilfe abgegeben. Wir sind aber überzeugt, daß dieses Technologietransferzentrum wesentliche Beiträge auf den Gebieten der Umwelttechnik, der angewandten Werkstofftechnik und der allgemeinen Technik zur Information für bestehende und neu zu schaffende Betriebe leisten wird. Unser ausgezeichnetes Facharbeiterpotential, der international hervorragende Ruf unserer Montanuniversität als Lehr- und Forschungsstätte, die optimistische Zuversicht der Stadtverwaltung und ihre zielgerichteten Handlungen gemeinsam mit der Bundesregierung und der Fleiß unserer arbeitenden Menschen sind letzten Endes die wirtschaftliche Kraft, die aus der Vielfalt und aus der Gemeinsamkeit schöpft – auch dann, wenn es seitens des Landes kein Geld geben sollte. Obwohl wir noch immer hoffen, Herr Landeshauptmann. Es ist ja bald Weihnachten, vielleicht gibt es doch ein Geschenk. In dieser Gesinnung der Region Obersteiermark und der Gruppe 2 herzlichen Dank und ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Dorfer:** Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Wie Sie – ich nehme an, alle – wissen, führt die steirische Handelskammer mit einer einzigen Ausnahme alle Internate, in denen die Lehrlinge an unseren steirischen Landesberufsschulen untergebracht sind. Soweit ich das beurteilen kann, werden diese Internate zur vollsten Zufriedenheit aller Betroffenen geführt. Es ist für mich auch unbestritten, daß derzeit die räumlichen Kapazitäten sowohl an den Berufsschulen wie auch an den Internaten ausreichen, man kann sagen, fast im Gegenteil, wegen der stagnierenden Lehrlingszahlen, die vor einigen Jahren sogar noch abnehmend waren, sind die Räumlichkeiten an einigen Berufsschulen, aber auch an einigen Internaten schon zu groß geworden und diese Häuser eben nicht mehr voll besetzt. Neubauten, so glaube ich, sind nur mehr zur qualitativen Verbesserung des Unterrichtes da und dort notwendig. Ein Beispiel dafür ist die Notwendigkeit des Baues einer Abbundhalle für die Zimmerer neben der Landesberufsschule in Murau, und ich darf den zuständigen Landesrat Dr. Heidinger sehr bitten, daß er diesen Bau vorantreibt, zumal die Landesinnung der Zimmerer den Grundankauf vorfinanziert hat.

Die Folgen der rückläufigen Lehrlingszahlen sind für die Internatsführung sehr oft nicht einfach, weil wegen der geringeren Internatskostenbeiträge zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten sich für die Internatsführung ergeben, und es ist daher eigentlich unlogisch – und darauf möchte ich ohne jede Polemik hinweisen –, daß der Beitrag des Landes an die Handelskammer für die Internatsführung und die Baukostenbeiträge in den vergangenen Jahren gesunken sind und diesmal wenigstens gleichgeblieben sind, insgesamt aber seit Jahren – fünf Jahre zurück gemessen – bedeutend gesunken sind, in einer Zeit, wo die Kosten gestiegen sind, in einer Zeit, wo vor allem die älteren Internate immer mehr Reparaturen und Investitionen erfordern, und dazu kommt, daß wir in den vergangenen Jahren ein Internat – jenes in Knittelfeld –, ein neues, übernommen haben, das uns einen sicheren Abgang für absehbare Zeiten – man kann sagen für immer – garantiert, und zwar in der Höhe von 800.000 Schilling bis zu einer Million Schilling, weil es in diesem Internat einfach unmöglich ist, das Internat vollzubekommen, weil die Schüler an der dortigen Berufsschule zum allergrößten Teil nach Hause fahren.

Ein Thema, das ich jedes Jahr anschneide und nicht müde werde zu erwähnen, ist das Lehrlingszentrum in Graz-St. Peter, in dem alle Lehrlinge, aber auch Lehrer des gesamten Berufsschulzentrums verkehren, zum Mittagessen, Veranstaltungen absolvieren und wo durch die Führung dieses Lehrlingszentrums ein zwangsläufiger Abgang von etwa 1,3 Millionen Schilling entsteht und wo das Land trotz entgegenstehender Landtagsresolutionen für das kommende Jahr wieder 166.000 Schilling zum Abgang von 1,3 Millionen dazuzahlen wird. Ich betone, daß ich nicht jammern will, daß für das Jahr 1987 die Handelskammer das noch verkraften wird können, möchte aber feststellen, daß diese Schere verständlicherweise auf Dauer so nicht weitergehen kann.

Nun erlauben Sie mir, Hohes Haus, einige Bemerkungen zur Lehrlingssituation im November 1987: Ich glaube, es ist unbestritten, daß die Ausbildung der Lehrlinge für die Entwicklung unserer Wirtschaft von enormer Bedeutung ist, weil die Facharbeiter immerhin jene Kräfte in der Wirtschaft sind, die ganz wesentlich zur Mehrung unseres Sozialproduktes beitragen und ohne die die Wirtschaft einfach nicht funktionieren kann. Leider stellen wir in mehreren Bereichen der Wirtschaft schon einen recht beachtlichen Facharbeitermangel fest. Es gibt viele Firmen, und selbst in Bezirken, etwa im Mur-Mürz-Bereich, wo man glauben könnte, es gibt Überschüsse an Facharbeitern, weil es dort so viele Arbeitslose gibt, ist es unmöglich, über das Arbeitsamt oder auch durch Inserate jene Facharbeiter zu bekommen, die Firmen brauchen; selbst im Bereich etwa der Eisen- und Stahlverarbeitung, wo man annehmen könnte, hier gibt es eine Menge Arbeitslose. Warum ist das so? Ich glaube, das hat viele Gründe. Zum einen ist es immer mehr eine Sozialprestigefrage für viele Eltern, Kinder nicht ein Handwerk erlernen zu lassen, nicht in eine gewerblich-industrielle, kaufmännische Lehre zu schicken, sondern sie weiter lernen zu lassen in AHS, sie möglichst auch auf Hochschulen zu schicken, zum anderen ist es, was mit anderen Worten der Kollege Mag. Rader schon erwähnt hat, eine Art, wie ich es bezeichnen würde „Zweiteilung der Arbeits-

welt“, die arbeitsmarktpolitisch durchaus gefährliche Formen annimmt. Ich meine damit, daß wir auf der einen Seite einen pragmatisierten Bereich haben, das ist gegen niemanden ein Vorwurf, ich zähle mich gerne auch zu jenen mit einem gesicherten Arbeitsplatz und relativ höherem Einkommen, und auf der anderen Seite einen Risikobereich der Arbeitswelt von Arbeitern, Angestellten in der Privatwirtschaft, Bauern, Unternehmern aller Art, mit relativ geringen und vor allem ungesicherten Einkommen. Früher war es wenigstens so, daß dort, wo das Risiko größer war, im Durchschnitt auch der Lohn, das Einkommen höher war. Aber die Folge dieser „Zweiteilung der Arbeitswelt“ ist eben, daß sehr viele ausgezeichnete Facharbeiter aus dem Risikobereich bestrebt sind, hinüberzuwechseln in den pragmatisierten Bereich. Pragmatisiert auch nicht im wörtlichen Sinn, sondern in den öffentlichen oder halböffentlichen Bereich. Weil sie sich dort sicher fühlen, auch wenn sie noch ein wenig weniger verdienen. Wir haben von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba gehört, und von jedem Personalreferenten, von jeder öffentlichen Institution können wir es hören, wie viele Hunderte und Tausende Bewerbungen aus dem Risikobereich hochqualifizierter Damen und Herren im pragmatisierten Bereich vorliegen. Ich erlebe zur Zeit, ein Beispiel, das ich erwähnen muß, da hat ein Schulwart einer Berufsschule die Absicht, in Pension zu gehen, und schon bewerben sich 15 junge Männer, davon 13 Facharbeiter: Schlosser, Tischler, Kfz-Mechaniker, einer davon ist sogar der Leiter einer Kfz-Werkstätte mit zwölf Facharbeitern, der sich auch sagt, wer weiß, wie lange das gut geht, ich gehe als Schulwart in die Berufsschule, dort bin ich sicher; dort habe ich zwar etwas weniger, aber wenn ich älter werde, habe ich dort sogar mehr und einen sicheren Posten. Ich erzähle das deswegen ein bißchen ausführlicher, weil uns diese Entwicklung zu denken geben muß. Dazu kommt, daß wir gerade in der Steiermark auf unserem Arbeitsmarkt auch feststellen müssen, daß sehr viele beste Fachkräfte, die wir insbesondere auch für den Fremdenverkehr in den Schulen in Bad Gleichenberg oder oben in Aigen im Ennstal ausbilden, wenn sie ausgelernzt haben, in den Westen gehen, weil sie dort etwas mehr verdienen oder überhaupt ins Ausland gehen. Das heißt, es wandern sehr viele Fachkräfte aus unserer Region ab. Trotzdem müssen wir immer wieder den Appell an unsere Unternehmungen richten, Lehrlinge auszubilden, weil das eine Existenzfrage für die Zukunft unserer Wirtschaft ist. Die derzeitige Situation ist so, daß wir etwa 1986 insgesamt um 450 weniger Pflichtschulabgänger haben als das Jahr zuvor. Die Lehrlingszahlen, das können wir jetzt im Dezember 1986 feststellen, sind gegenüber einem Jahr vorher praktisch gleichbleibend, während sie zwischen 1981 und 1985 zum Teil recht beachtlich fallend gewesen sind, und die genaue Ziffer per 30. November 1986 ist, daß wir zu diesem Zeitpunkt 913 Lehrstellensuchende hatten und 446 offene Lehrstellen. Wobei es wieder so ist, daß bei männlichen Bewerbern die Zahl der Lehrstellensuchenden gleich groß ist wie die Zahl der offenen Lehrstellen. Bei weiblichen ist allerdings die Zahl der Lehrstellensuchenden noch wesentlich höher. Natürlich gibt es hier intern noch eine Menge verschiedener Probleme, branchenweise ist das völlig verschieden, regional ist das verschieden, und leider lassen auch bei

vielen Lehrstellensuchenden die persönlichen Qualitäten und Voraussetzungen für eine Lehre sehr zu wünschen übrig. Die Tendenz ist jedenfalls die, wenn man einige Jahre zurückblickt, daß die Zahl der offenen Lehrstellen ständig zunimmt. Die Folge ist ein echter Lehrlingsmangel, der sich im Westen Österreichs, aber insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren schon bemerkbar macht, und die Folge wird ein zusätzlicher Facharbeitermangel für unsere Wirtschaft sein. Auch das wird wieder den Facharbeitermangel vergrößern. Ein Problem, das bislang ungelöst ist. Ein ungelöstes Problem für die Lehrlingsausbildung ist leider auch, daß die Kostenbelastung der Betriebe durch die Lehrlingshaltung den Plafond erreicht hat. Die Folge davon ist, daß die Bereitschaft, Lehrlinge zu nehmen, oder anders ausgedrückt, die Möglichkeit, Lehrlinge zu nehmen, immer geringer wird. Das gilt für die kleinen Betriebe genauso. Jeder, der von Ihnen in einem großen oder größeren Betrieb ist, weiß das zu bestätigen.

Ich möchte sagen, daß hier auch gewisse sicherlich gutgemeinte sogenannte sozialpolitische Maßnahmen sich zu einem Bumerang für die Betroffenen entwickelt haben. Ich will da gar nicht auf Detailbestimmungen des Jugendbeschäftigungsgesetzes eingehen, auf die Kostenentwicklung der Lehrlingshaltung, auf Verordnungen, die es da insbesondere auch in Durchführung verschiedener Gesetze gibt. Sehr vieles davon ist wirklichkeits- und wirtschaftsfremd mit dem Ergebnis, daß das den Lehrlingen selbst und den jungen Leuten insgesamt im höchsten Maße schadet. Ich glaube, daß diese Fehlentwicklung auf ein realistisches Maß zurückgeschraubt werden muß, wobei natürlich niemals, insbesondere was die Arbeitswelt betrifft, Leben und Gesundheit der Mitarbeiter, insbesondere der jungen Mitarbeiter, gefährdet werden darf und solche Gefahren und Möglichkeiten niemals verniedlicht werden dürfen. Insgesamt kann ich sagen, daß eine praxisbezogene Berufsinformation für die Jugendlichen wichtiger denn je ist, und hier haben wir noch einen großen Nachholbedarf. Wir müssen auch eine praxisorientierte Ausbildung in den berufsbildenden Schulen sicherstellen. Hier klappt es zum Teil, aber beileibe noch nicht überall. Und schließlich brauchen wir mehr praxisbezogene Weiterbildung in den gewerblichen Berufen. Ich nenne hier die Möglichkeiten bei WIFI, bei BFI, für die besonders guten Leute die Möglichkeiten über das bestehende Technologiezentrum in Graz und das künftige in Leoben. Und was wir ganz allgemein in der Arbeitswelt noch mehr brauchen, ist mehr berufliche Mobilität, und zwar in jeder Hinsicht, ich möchte fast sagen, mehr amerikanisches Jobbewußtsein.

Meine Damen und Herren, ich kann nicht umhin, abschließend dem zuständigen Referenten in der Steiermärkischen Landesregierung, dem Landesrat Dr. Heidinger, aber auch allen seinen Beamten für die kooperative Zusammenarbeit mit der Handelskammer im gesamten Lehrlings- und Internatsbereich aufrichtig zu danken, einer Zusammenarbeit zum Wohle unserer Mitarbeiter in der Wirtschaft und zum Wohle der steirischen Wirtschaft insgesamt. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kohlhammer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Kohlhammer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Thema von meinem Vorredner Kollegen Dr. Dorfer würde mich natürlich sehr reizen, weil ich diesem sehr verbunden bin. Ich möchte mich aber doch beherrschen und mich darauf beschränken, zum Thema Wissenschafts- und Forschungsförderung, und da wieder sehr eingeschränkt und eingegrenzt zum Thema Forschungsgesellschaft Joanneum, etwas zu sagen. Ich glaube, daß dieses Kapitel beinahe erzwingt, daß man dazu etwas sagt und womöglich eben auch darüber diskutiert. Ich bitte Sie aber gleich jetzt, mit mir gedanklich zu unterscheiden zwischen den Wirkungsbereichen der Wissenschaftler einerseits und andererseits deren Mitarbeiter und dem Verantwortungsbereich der Verwaltung, des Managements und der dafür verantwortlichen Hierarchien. Der wissenschaftliche Bereich ist nicht nur völlig außer Streit, die Arbeit und die Ergebnisse daraus werden von der Fachwelt und der Wirtschaft in höchstem Maße anerkannt und gewürdigt, und von allen bisher schon im Haus vertretenen Parteien wurden sie bei jeder Gelegenheit ebenfalls anerkannt. Diese große Bedeutung gerade dieser wissenschaftlichen Arbeit erzwingt sozusagen die weitere Behandlung strittiger Problemkreise der Verwaltung, des Managements und auch der Aufsicht.

Kurz zur Erinnerung: In den Medien wurden im Sommer 1985 schwerwiegende Vorwürfe, betreffend Mißbräuche, Versäumnisse, mangelnde Aufsicht und so weiter, an die Adresse der Geschäftsführung, an Vorstandsmitglieder und an das Präsidium der Forschungsgesellschaft Joanneum erhoben. Ein Untersuchungsausschuß wurde vom Landtag am 15. Oktober 1985 eingesetzt, dem ich angehören durfte. Eine genaue Aufgabenstellung seitens des Landtages an den Untersuchungsausschuß wurde definiert, eine abschließende Berichterstattung an den Landtag konnte aber wegen der zeitlichen Erfordernisse der Rechnungshöfe und der Neuwahl des Landtages nicht erfolgen. Festzustellen ist auch, glaube ich, daß ein Großteil der erhobenen Vorwürfe wegen der zwischenzeitlich erfolgten gesellschaftlichen Veränderungen weder von den Rechnungshöfen noch vom Untersuchungsausschuß des Landtages untersucht werden konnte. Zumindest der Rechnungshofbericht des Bundes wird noch im Ausschuß und im Landtag zu behandeln sein und Gelegenheit geben, Teilgebiete und Detailfragen zu diskutieren. Damit wird auch die vom Untersuchungsausschuß selbst auferlegte Vertraulichkeit durch den Bericht zumindest teilweise behoben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mir ist jedenfalls bei dieser Arbeit im Untersuchungsausschuß sehr verdeutlicht worden, in welchem Ausmaß Rufmord durch Berichterstattung möglich ist. Auch dadurch schon möglich ist, wenn nur Fragen in den Raum gestellt werden. Mir ist bewußter geworden, daß durchaus übliche Leistungen an Mitarbeiter kriminalisiert werden können, indem die Neidgesellschaft angesprochen wird. Ein Vorgang, der sich zwischenzeitlich ja öfter wiederholt hat, wenn ich zum Beispiel an die Berichterstattungen über Leistungen an Beamte, an Mitarbeiter der EVU oder auch immer wieder Hinweise auf die Politikerprivilegien denke. Mir ist allerdings auch sehr

viel mehr bewußt geworden, daß eine korrekte Abgrenzung und Abwicklung von Leistungen an Mitarbeiter beziehungsweise befaßte Personen umso erforderlicher wird, je mehr öffentliche Agenden berührt werden, je mehr öffentliche Leistungen mitverantwortet werden, und besondere Transparenz und Sorgfalt dann organisiert und angewendet werden muß, wenn Politiker mitbetroffen sind beziehungsweise direkt in Verantwortung stehen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben im Untersuchungsausschuß sehr viel Zeit für Befragungen aufgewendet, und der Stoß der Protokolle ist beachtlich hoch. Eine, wie mir scheint, ganz wesentliche Beurteilung ist mir jedenfalls nicht gelungen. Jedenfalls die Beurteilung der Frage: Wer verantwortet die Zustände in der Forschungsgesellschaft Joanneum, und wer verantwortet in welchem Ausmaß? Der Präsident trägt laut Satzungen die Verantwortung für den Einfluß, den er genommen hat, und vor allem – wie ich meine – die Verantwortung für den Einfluß, den er nicht genommen hat. Präsident Landeshauptmann Dr. Krainer hat eine einzige Kuratoriumssitzung einberufen, und zwar aus Anlaß der Umstrukturierung im Jahr 1982, und hat auch nur an dieser Sitzung selbst teilgenommen. Sein Name scheint in keinem weiteren Protokoll einer sonstigen Kuratoriumssitzung oder einer Hauptversammlung auf. Er war nie anwesend. Es steht für mich die Beurteilung der Frage im Raum: Wer verantwortet den Gestaltungsumfang der Forschungsgesellschaft Joanneum, das Umsatzvolumen von 200 Millionen Schilling? Wer den äußerst bedenklichen Schuldenstand, der heute dazu führen würde, daß die Forschungsgesellschaft ihre Arbeit nicht weiterführen könnte, wenn nicht das Land einspringen würde? Haben sich die Herren dort berechtigt oder nicht berechtigt darauf verlassen können, daß der Präsident gleichzeitig der einflußreichste Mann der Steiermark, nämlich der Landeshauptmann, ist und sozusagen in jedem Fall die Ausfallhaftung übernehmen würde? Ich darf feststellen, in Wirklichkeit übernehmen jetzt wir diese. Oder anders gefragt: Sind die bislang verantwortlichen Manager dort bezüglich ihrer Vorwärtsstrategie als Helden zu feiern oder haben sie fahrlässig und unverantwortlich gehandelt? Es ist nach meiner Auffassung jedenfalls ein starkes Stück, Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher, wenn Sie sich heute hinstellen und in einem Atemzug Herrn Direktor Raimann und Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer ausdrücklich Dank und Anerkennung für die Arbeit der Forschungsgesellschaft Joanneum aussprechen. Es ist eine im Land vielfach geübte Spielregel der Mitglieder der Landesregierung, sich Kompetenzen zu sichern, um sie dann zu delegieren. Ich stelle in Frage, ob diese Vorgangsweise überhaupt optimale Ergebnisse bringen kann oder ob es nicht zweckmäßiger wäre, von vornherein befähigte Personen mit den erforderlichen Kompetenzen und der Verantwortung zu betrauen, wie das im Wirtschaftsleben üblich ist oder wenigstens üblich wird. Dieses Beispiel der Forschungsgesellschaft Joanneum jedenfalls gibt mir leider recht. Dem Rohbericht des Bundesrechnungshofes vom 25. Mai 1986 – die Stellungnahme wird, wie ich gehört habe, derzeit von der Landesregierung bearbeitet, und danach ist erst mit dem Schlußbericht zu rechnen – ist in der Schlußbemerkung die doch sehr schwerwiegende Aussage zu entnehmen – ich zitiere auf

Seite 165, 63, Punkt 1, Punkt 2 –: „Eine Aufrechterhaltung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen in der Steiermark und damit eine weitere und allenfalls auch zusätzliche Förderung durch die öffentliche Hand im allgemeinen und das Land Steiermark im besonderen läßt sich daher nur dann rechtfertigen, wenn dieses Fehlverhalten beseitigt wird.“

Es schließen hier Maßnahmen an. Ich zitiere: „Festlegung des Landesinteresses durch Ausarbeitung eines entsprechenden Förderungsprogrammes mit klarer Aufgabenstellung; weiters Schaffung einer der Aufgabenstellung entsprechenden Organisation der Forschungsförderung; weiters Verbesserung beziehungsweise Neuordnung der Struktur des Forschungsverbundes, insbesondere eindeutige Festlegung der personellen Verantwortlichkeit sowie Beseitigung der Infrastrukturschwächen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute einen Antrag eingebracht, der dieses Thema berührt beziehungsweise ein weiteres, nämlich diesen ehemals von uns vorgeschlagenen Beirat behandelt mit dem Ziel, daß diese Vorschläge, die im Raum stehen, tatsächlich kurzfristig bearbeitet werden. Einer dieser Vorschläge war auch, daß kurzfristig eine Finanzierung seitens des Landes erfolgt. Diese scheint jetzt vereinbart zu sein. Wenn Herr Univ.-Prof. Dr. Schilcher eine höhere Bundesförderung verlangt hat, so schließe ich mich an, hoffe aber oder erwarte, daß jetzt, nachdem hier wirklich eine Reorganisation der Forschungsgesellschaft erfolgt, der bisherige Ablehnungsgrund seitens des Bundes wegfallen wird. Sehr geehrte Damen und Herren, ich weiß, daß ich damit eine heikle Frage anschneide, aber ich sage hier offen, daß ich von einer Neubestellung eines Untersuchungsausschusses nicht sehr viel halte. Denn wie immer die Ergebnisse bewertet werden, nützen die in keinem Fall der Forschungsgesellschaft und auch nicht dem Land. Wenn die Optik es verlangt, will ich es nicht zu verhindern versuchen, aber ich stelle fest, strafrechtlich verfolgbare Fehlhandlungen seitens der in den Medien zitierten Personen wurden weder vom Untersuchungsausschuß noch von anderen mit der Aufklärung befaßten Stellen festgestellt. Fehlhandlungen wurden durch die Untersuchungen erfaßt, liegen vor und warten auf rasche Behebung beziehungsweise Beseitigung. Ich gebe zu bedenken: Ein formeller Schlußbericht eines neuen Untersuchungsausschusses würde längere Zeit in Anspruch nehmen, als es die Sache erlaubt. Überfällige Maßnahmen würden weiter auf sich warten lassen. Wenn Herr Mag. Rader einen raschen Abschluß verlangt, so schließe ich mich dem gerne an. Aber ich würde vorschlagen, daß die Arbeit des alten Untersuchungsausschusses im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung beziehungsweise in einem Unterausschuß zu Ende geführt wird und gleichzeitig Vorstellungen der zuständigen Stellen der Landesregierung mitberaten werden. Ich gehe davon aus, daß der Landtag sehr daran interessiert ist, wie die außeruniversitäre Forschung im Land weitgeführt wird. Es müßte im Sinne des wissenschaftlichen Personals sein, endlich eine solide Grundlage für ihre wertvolle Arbeit vorzufinden, und es müßte in unserem Interesse sein, dafür Sorge zu tragen, daß dies jetzt endlich geschieht. Von der Geschäftsführung, von Vorstandsmitgliedern und auch von Institutsmitgliedern wurde aufgezeigt,

daß die Affäre der Forschungsgesellschaft Joanneum geschadet habe. Wenn die Untersuchungen, die Diskussionen, die Verhandlungen dazu geführt haben, daß jetzt eine neue Grundlage geschaffen wird und die künftigen Verantwortlichen ihrer Aufgabe tatsächlich gerecht werden, können wir alle damit zufrieden sein.

Meine Damen und Herren! Wir stehen am Neubeginn einer neuen Legislaturperiode. Der Landeshauptmann hat in seiner Regierungserklärung von Zusammenarbeit gesprochen. Wir sollten darauf hinarbeiten, daß es für diesen wichtigen Bereich der Forschungstätigkeit kein Lippenbekenntnis bleibt. Wir können unseren guten Willen in dieser wichtigen und heiklen Frage sehr schnell beweisen. Wir sollten es im Sinne der Sache jedenfalls versuchen. Danke schön. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Lopatka:** Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Es gibt wohl keinen der Abgeordneten, der heute noch in diesem Haus sitzt, der nicht von sich behauptet, ein Herz für die Anliegen der Jugend zu haben: ob schwarz, rot, alternativ, grün-vereint oder blau, das Lob für die Jugend kommt in Sonntagsreden von Politikern immer vor. In Wirklichkeit unterscheiden sich aber die politischen Parteien, was die Behandlung der Jugend, und hier insbesondere was die kritische, engagierte Jugend betrifft, grundlegend. Der beste Beweis dafür, welcher Wert der Arbeit der Jugend von den Parteien beigemessen wird, offenbart sich bei der Bereitschaft, Mittel für die Jugendförderung bereitzustellen. Sehr geehrte Damen und Herren! Wenige Zahlen sagen hier, glaube ich, mehr als eine lange Rede. Wo es die SPÖ in den letzten Jahren in ihren Händen hatte, hat sie die Jugendmittel brutal gekürzt, und hätte der Herr Landesfinanzreferent der Steiermark die Möglichkeit gehabt, sein Budget hier durchzusetzen, dann hätte auch er die Jugendmittel brutal gekürzt. Den Budgetposten für Jugendzentren und Jugendprojekte in der Höhe von 700.000 Schilling wollte er zur Gänze streichen. Er wollte damit, so scheint es mir, das nachvollziehen, was in den Bundesländern, in denen Sozialisten die Hauptverantwortung tragen, und im Bund bereits vollzogen worden ist, nämlich eine unverantwortbare Kürzung der Jugendmittel mit unabsehbaren Folgen für die Jugendarbeit. So kürzte unser Nachbarbundesland, das Burgenland, die Jugendförderung im Jahre 1984 um sage und schreibe 83 Prozent, was einen deutlichen Rückgang der Aktivitäten der Jugendorganisationen zur Folge haben mußte, wie mir erst kürzlich burgenländische Jugendvertreter ihr Leid geklagt haben. So mußte die österreichische Jugend auch auf Bundesebene eine Kürzung der Mittel um immerhin 15 Prozent zur Kenntnis nehmen, Mittel, die seit 1970 von den sozialistischen Bundesregierungen nie erhöht worden waren. So wurden auch die Mittel für die Landjugend, der größten und wichtigsten überparteilichen Jugendorganisation des ländlichen Raumes, seitens des Landwirtschaftsministeriums von 470.000 Schilling im Jahre 1982 auf 155.000 Schilling im Jahre 1985 und 1986 gar nur mehr auf 62.000 Schilling gekürzt. Das ist die

sozialistische Jugendförderung. Bei der Jugend setzen die Sozialisten den Rotstift an. Was ihnen nicht schwergefallen ist, da sie in ihren Reihen auf keinen Widerstand stoßen konnten, denn wirkliche Jugendvertreter hat die SPÖ in ihren Reihen nicht. Auch hier in der Steiermark hätte es Landesrat Dr. Klauser nicht sehr schwer gehabt, die Zustimmung der Abgeordneten der sozialistischen Landtagsfraktion für das brutal gekürzte Kapitel „Förderungsmaßnahmen für die Jugend“ zu finden. Denn wo sitzt denn links von mir ein Jugendvertreter? Wer ist denn in dieser Landtagsperiode der Berufsjugendliche Ihrer Fraktion? Wer bitte? (Abg. Gottlieb: „Hammer!“) Abgeordneter Hammer ist der Jugendvertreter oder – ich weiß es nicht – vielleicht der Herr Abgeordnete Vollmann, weil er vor Jahrzehnten einmal bei der JG war. Ich weiß es nicht. (Abg. Tschernitz: „Noch bestimmen wir, wer in den Landtag kommt!“) Sie haben vollkommen recht. Es soll nicht meine Sorge sein, wer in der SPÖ die Jugend vertritt – da gebe ich Ihnen recht. Meine Sorge ist es aber, daß hier im steirischen Landtag die Interessen der Jugend vertreten werden, und ich wäre schon sehr glücklich darüber, wäre auch in dieser Reichshälfte einer, der sich tatsächlich Jugendvertreter nennen könnte. Den Abgeordneten, die es mit der Einbindung der Jugend in unsere Demokratie, in unsere Gesellschaft ernst meinen, muß die Jugendförderung etwas wert sein. Will man eine unabhängige politische Jugendarbeit, will man neue soziale Bewegungen, die gerade von der Jugend getragen werden – ich denke hier insbesondere an die Friedensbewegung, an die Umweltbewegung –, dann muß man diese Gruppen auch finanziell unterstützen. Will man unabhängige Jugendzentren und Kulturklubs, dann darf man ihnen nicht die Mittel zur Gänze streichen, liebe sozialistische Kollegen. (Abg. Freitag: „Das, liebe, kannst du dir ersparen!“) Dann nicht „liebe“, sondern nur sozialistische Landtagskollegen! Und will man kritische Jugendorganisationen der im Landtag vertretenen Parteien, dann muß man ihnen auch Mittel geben, die sie nicht im Parteisekretariat abholen müssen. In der Tat, glaube ich, müßten Politiker gerade den engagierten und kritischen Jugendlichen sehr, sehr dankbar sein. (Abg. Gennaro: „Sie sind sehr einseitig orientiert!“) Ihre Fraktion, was die Vertretung der Jugend betrifft? Ich gebe Ihnen recht. Wenn Politiker ernsthaft an einer Mitarbeit der Jugend interessiert sind – und das müßten sie sein –, dann müssen sie auch der Jugend sehr dankbar dafür sein, daß sie sich gegen Fehlentwicklungen gewehrt hat. Zwentendorf wäre längst in Betrieb, wären nicht Jugendgruppen so aktiv gewesen. Fragen des Umweltschutzes hätten nie den Stellenwert bekommen, wären es nicht Jugendvertreter gewesen, und die Hainburger Auen wären längst zubetoniert, wären nicht Jugendvertreter dort gewesen. (Abg. Gennaro: „Vor 20 Jahren habe ich auch so geredet, warte, bis du 40 Jahre alt bist!“) Wären nicht Jugendorganisationen, hätten wir – glaube ich – noch mehr einsame Jugendliche. Ohne Jugendorganisationen hätten es arbeitslose Jugendliche noch schwerer, nicht von vornherein zu völligen Außenseitern degradiert zu werden. Heute haben wir eine Vertretung von arbeitslosen Jugendlichen hier gehabt, und egal wer dahintersteckt, das Anliegen ist das Wichtige, und das Anliegen braucht Jugendorganisationen, die nicht durch die brutale Kürzung der

Jugendmittel von vornherein zur Aufgabe ihrer Aktivitäten gezwungen werden. Ohne Jugendorganisationen hätten wir noch mehr Jugendliche, deren Freizeitgestaltung sich im Konsum von Alkohol, Nikotin und manchmal leider auch von Drogen beschränkt. Ohne engagierte Jugendgruppen hätten wir eine Vielzahl von Jugendlichen, die ausstiegen, bevor sie überhaupt richtig in unsere Gesellschaft eingestiegen sind.

Die 19 größten Jugendorganisationen der Steiermark – politische, Sport-, Umwelt- und Schülerorganisationen –, die im Dachverband der Jugendverbände, dem Landesjugendbeirat, zusammenarbeiten, konnten im letzten Jahr durch die Mittel des Landes Steiermark ihren vielfältigen Aufgaben nachkommen. Dem Landesjugendreferat war es darüber hinaus sogar möglich, 50 weitere kleine Projekte zu fördern: Projekte von Jugendtheatergruppen, Jugendzeitschriften, Arbeitslosenprojekten bis hin zu Projekten der Friedensbewegung. 18 Jugendzentren konnten, durch die Mittel des Landes unterstützt, Jugendlichen Kommunikationsräume zur Verfügung stellen, in denen junge Menschen jenen Freiraum finden, in dem sie ihren Interessen ohne Konsumationszwang, der ja in Gasthäusern und Diskotheken gegeben ist, nachgehen können. Aber gegen eines wehre ich mich, Frau Kollegin Kammlander: wenn man mit Jugendförderungsmitteln Wohnmodelle finanzieren möchte. Wenn schon, dann mit der Wohnbauförderung, bitte, aber nicht mit den ohnehin nicht sehr großen Jugendmitteln.

Die letzte Initiative, die durch die Förderung des Landes möglich gemacht worden ist, ist die Ludothek, die landesweite Spieleberatung, die kommunikative und kooperative Spiele anbietet, die – wie es in der Geschäftsordnung dieser Einrichtung heißt – „zum Frieden und zur Humanität beitragen und gegen Isolation, Verrohung und Aggressivität wirken soll“. Mehr als 12.000 Steirer, 70 Prozent davon Kinder und Jugendliche, haben von dieser Einrichtung seit Mai 1986 Gebrauch gemacht. Dieses Pionierprojekt des Landesjugendreferates bedarf wie die Landesjugendorganisationen und die Jugendzentren auch in Zukunft der finanziellen Unterstützung des Landes. Ich bin daher Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer gerade namens der engagierten steirischen Jugendlichen sehr, sehr dankbar dafür, daß die Förderungsmittel für die steirischen Jugendverbände und deren Veranstaltungen, für die Jugendzentren, für die Jugendprojekte und auch für die internationale Jugendarbeit nicht gekürzt wurden. Ich freue mich, daß die Jugendmittel, wenn auch nur bescheiden, so doch in den letzten fünf Jahren aufgestockt werden konnten. Denn jeder, der in einer Jugendorganisation, in einer Jugendgruppe, in einer Initiativgruppe aktiv ist und mittut, weiß, wie notwendig Jugendgruppen jeden einzelnen Schilling brauchen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Jugendkultur ist ja im Gegensatz zur Erwachsenenkultur keine mit Millionen subventionierte Konsumkultur. Weder Popkonzerte noch Ausstellungen junger Künstler werden durch öffentliche Mittel gestützt. Jugendliche müssen für ihre kulturellen Veranstaltungen jeden Schilling selbst berappen. Machen wir es daher den Jugendgruppen und Jugendzentren nicht noch schwerer als sie es ohnehin schon haben. Zwingen wir sie nicht, wegen der Kürzung der Jugendmittel bei ihren Ver-

anstaltungen erhöhte Eintritte verlangen zu müssen, die Jugendliche dann kaum bezahlen können. So bitte ich Sie darum, meine Damen und Herren, daß wir in Zukunft gemeinsam verhindern, trotz der notwendigen Sparsamkeit, daß die Jugendförderungsmittel gekürzt werden. Geben Sie mir wie Hunderten anderen Jugendlichen die Chance und die Möglichkeit, eine unabhängige, eine kritische Jugendarbeit leisten zu können. Denn es ist ja nicht mehr so selbstverständlich wie einst, wer von wem mehr zu lernen hat, wer den nachahmenswerten Lebensstil verkörpert, wer der anderen Seite immer Vorschriften zu machen hat – die Jungen den Alten oder die Alten den Jungen. Ich wage es, an dieser Stelle hier im Landtag zu behaupten, daß die engagierte Jugend heutzutage oft viel zukunftsweisender und verantwortungsbewußter denkt als mancher, der von sich selbst behauptet, Verantwortungsträger zu sein. Unser Land braucht den Idealismus und die Einsatzbereitschaft der steirischen Jugend, einer Jugend, die nicht alles als selbstverständlich und gegeben hinnimmt, die kritisch ist, die manchmal auch über das Ziel hinausschießt, immer aber von dem Bewußtsein getragen ist, notwendige Änderungen herbeiführen zu müssen. Verbürgen wir uns daher auch für die nächsten Jahre, für die entsprechenden Förderungsmaßnahmen und Förderungsmittel für die steirische Jugend gemeinsam einzutreten. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Erhart. Ich erteile es ihm.

**Abg. Erhart:** Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus!

Als ich das letzte Mal hier von diesem Podium aus zu Ihnen sprach, und zwar auch in Fragen der Jugend, habe ich noch keine Brillen gebraucht. Das hat sich inzwischen geändert. Als 46jähriger wollte ich eigentlich mittlerweile zu diesem Thema nicht mehr sprechen, und ich muß in Anerkennung in Richtung ÖVP sagen, daß Sie einen sehr engagierten jungen Mann, den Herrn Dr. Lopatka, nun hier in diesen Reihen sitzen haben, der zu den Jugendfragen spricht.

Meine Gratulation zu Ihren Aussagen (Beifall bei der ÖVP.), nicht was den Inhalt betrifft, sondern zu Ihrem Engagement, aber auch in vielen Punkten zum Inhalt, das muß ich sagen. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bekannt ist, was sich zu diesem Thema in den letzten Jahren abgespielt hat, über was wir gesprochen haben. Jedenfalls, die von Ihnen heute ausgedrückte Sorge habe ich einige Jahre lang als Jugendsprecher meiner Fraktion auch vorgetragen, vor allem diese Geldsorgen der Jugendorganisationen. Ich möchte sagen, mindestens mit gleichem Engagement habe ich in die andere Richtung gesprochen, Sie geben heute der SPÖ-Fraktion die Schuld, daß im Land so wenig Geld für die Jugend vorgesehen ist. Ich habe es immer mehr in die Richtung der Mehrheit gesagt und gefordert, daß man mehr Geld ausgeben müßte. Aber in der Sachfrage „mehr Geld und mehr Förderungsmittel für die Jugend“ haben wir das hier in diesem Hause schon sehr oft gehört, und es freut mich, daß wir wieder jemanden haben, der sich dafür engagiert einsetzt. Denn auch ich glaube, daß die Arbeit der Jugendorganisationen, ganz gleich, von welcher Couleur her,

positiv ist. Es ist ganz egal, ob es Ihre oder unsere Jugendbewegung ist, ob es diejenigen Gruppen sind, die sich mehr im neutralen Sektor betätigen, vor allem die Landjugend, die Sie zitiert haben, die ja eine der aktivsten ist. Vielleicht haben Sie das eine übersehen, Herr Dr. Lopatka, wir haben die Grundsatzdebatte ja vor einigen Jahren schon abgeführt, nämlich als es darum ging, ein Jugendförderungsgesetz zu schaffen. Ich kann Ihnen etwas aus der Vergangenheit erzählen. Wir sind zusammengesessen, und es trifft sich gut, daß der Herr Berichterstatter, der Herr Abgeordnete Schwab, der damalige Jugendsprecher Ihrer Fraktion, und ich zusammengespannt waren und wir hier dieses Jugendförderungsgesetz vorbereitet haben. Ich kann mich noch gut erinnern, daß wir voll Idealismus eigentlich schon genau gewußt haben, wie das gehen soll, und in der Frage der Finanzierung bereits einen Konsens gefunden hatten, nämlich uns auf einen Prozentsatz des ordentlichen Haushalts festzulegen. Später haben wir das abgewandelt auf den Ermessensspielraum. Aber zuerst waren wir der Meinung, in Richtung Budget kann man das limitieren und im Jugendförderungsgesetz einbauen. Es war dann niemand geringerer, und Sie entschuldigen, daß ich Sie im Gespräch störe, Herr Landeshauptmann, ich möchte Sie nämlich zitieren, es war niemand geringerer als der Herr Landeshauptmann, der nicht einverstanden war, daß wir im Jugendförderungsgesetz einen Prozentsatz im Budget vorsehen. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich bekenne mich dazu!“) Natürlich, es ist Ihr gutes Recht, Herr Landeshauptmann. Aber ich glaube, da sind wir uns einig, daß es so war. Der Herr Landeshauptmann war damals nicht einverstanden, das mit einem Prozentsatz zu koppeln. Der Herr Abgeordnete Grillitsch ist auch ein Fachmann in Jugendfragen, stelle ich gerade fest. Ich weiß nicht mehr genau, wo der Herr Landeshauptmann das gesagt hat, aber daß er es gesagt hat, weiß ich ganz sicher. Jetzt fällt es mir ein: Im Zusammenhang mit dem von mir damals getätigten Ausspruch von der Budgetwahrheit. So war es. Da habe ich noch geschimpft und gesagt, daß es nicht zusammenstimmt, hat der Herr Landeshauptmann korrigierend eingegriffen und hat gesagt: „Tatsache ist, daß die Jugend ja weit mehr Geld bekommt, als hier in diesem Budgetansatz steht“. Und das ist ja auch rechnerisch richtig. Sie hat auch mehr bekommen. Ich habe damals gesagt, warum man das nicht gleich im Budget festhalten kann. Aber es war Ihre Partei, Herr Doktor, die sich damals gegen einen automatisch sich jedes Jahr vergrößernden Anteil für die Jugendarbeit ausgesprochen hat, und nicht unsere. Daher war Ihr Vorwurf in dieser Richtung nicht berechtigt. Ich will es kurz machen, ich habe mich nur einer kleinen Berichtigung wegen hier eingeschaltet. (Abg. Dr. Hirschmann: „Bist du der Jugendsprecher?“) Ich spreche zum Mann, der hinter Ihnen sitzt. Wollen Sie das bitte nicht verhindern, er hört mir nämlich aufmerksam zu, doch wenn Sie dazwischen eine Schallmauer aufstellen, habe ich Schwierigkeiten.

Herr Dr. Lopatka, wir haben doch einiges zusammengebracht. Sie werden das sicherlich als engagierter Jugendfunktionär verfolgt haben. Ein Jugendförderungsgesetz, ich möchte nicht aufzählen, wer den ersten Antrag gestellt hat, ein Spielapparategesetz, eine Novellierung des Jugendschutzgesetzes. Ich möchte Sie noch etwas fragen: Glauben Sie, daß das

Heil der Jugendarbeit vom Geld abhängt? (Abg. Dr. Lopatka: „Nein, aber grundlegende Mittel braucht die Jugend!“) Richtig! Die hat sie auch. Ich weiß sogar, daß die Möglichkeiten, die laut Jugendförderungsgesetz gegeben sind, gar nicht zur Gänze ausgenutzt werden. Ich habe mich mit dieser Thematik sehr wohl immer wieder befaßt und möchte heute, und ich hoffe, wirklich zum letzten Mal, sagen: Ich persönlich bin der Ansicht, daß es vielmehr darauf ankommt, daß wir die jungen Menschen motivieren können, daß wir die segensreiche Tätigkeit der Jugendorganisationen vom Ideal her wieder verstärken können, da sind wir einer Meinung, wie wichtig das ist. Die Geldfrage dabei ist sicher sekundär. Aber auf jeden Fall möchte ich, und damit komme ich zum Schluß, klarstellen, daß die Mittel in der Landesjugendförderung, wenn wir das so global nennen wollen, sicherlich nicht von der Meinung der Sozialisten abhängen, die immer dafür eingetreten sind, sondern daß Sie eher in Ihrer Fraktion dafür sorgen können, daß sie höher dotiert werden. Ich danke schön. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hammer. Ich erteile es ihm.

**Abg. Hammer:** Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Zeitpunkt der Budgetdebatte bringt es immer mit sich, daß bei der Betrachtung des Sportes, der ja auch in dieses Kapitel fällt, der Wintersport eigentlich immer im Vordergrund steht trotz des Schneemangels, der uns heuer beschert ist. Hier ist es aber auch wieder der alpine Skilauf, und in dieser Saison warten wir auf dem alpinen Skilaufsektor noch immer auf den großen Sieg. Bei den Damen hat zum Winterbeginn die Steirerin Karin Buder auf sich aufmerksam gemacht. Insgesamt müssen wir jedoch feststellen, daß die Steiermark bei internationalen Wettkämpfen, wie etwa der Olympiade 1984 in Los Angeles, gering vertreten war. Von 104 österreichischen Teilnehmern kamen nur vier aus der Steiermark. Es drängt sich daher die Feststellung auf, daß wir in der Steiermark die Sportförderung neu überdenken sollten. Derzeitige Grundlage für unsere Sportförderung ist das Gesetz aus dem Jahr 1953, und es scheint doch in vielen Phasen bereits überholt zu sein. Mit dem nordischen Ausbildungszentrum in Eisenerz wurde sicherlich ein für die Zukunft des Sportes und der sporttreibenden Jugend erfolgversprechender gemeinsamer Weg eingeschlagen, der es wert ist, weiter fortgesetzt zu werden. Die Eröffnung der Mattenschanze in Eisenerz hat dafür sicherlich einen entsprechenden Beweis gebracht. Wir sollten uns weiter darauf konzentrieren, daß schulische und berufliche Ausbildung es ermöglichen, junge Menschen gleichzeitig für den Leistungs- beziehungsweise Spitzensport aufzubauen. Dennoch möchte ich hier festhalten, daß allen Personen der Zugang zum Sport offen sein muß. Die Sportförderung darf sicherlich nicht mit den Einkommen der großen Profisportler verglichen werden. Sie muß aber eine erreichbare und zumutbare finanzielle Unterstützung für jene Sportler sein, die bereit sind, höchste sportliche Leistungen für unser Land zu bringen. Deshalb wäre es höchst wünschenswert, daß die Verhandlungen über den Verordnungsentwurf zum Entwicklungsprogramm für das Sportwesen im

Interesse des Sportes ehe baldigst positiv abgeschlossen werden. In diesem Entwurf ist in breiten Grundsätzen darauf Rücksicht genommen worden, daß Breitensport, Leistungssport und auch Spitzensport ihre Definition erfahren. Es wird aber auch darauf Rücksicht genommen, daß Randgruppen in der Ausübung und Förderung ihrer sportlichen Tätigkeit, wie Verkehrtensport, Behindertensport, berücksichtigt werden, sowie auf die Stellung des Sports zur Gesellschaft, Umwelt, Wirtschaft und Volksgesundheit. Die Aufteilung der Budgetmittel sieht für heuer einen Betrag von 352.000 Schilling für die Fachverbände vor. Wir haben in der Steiermark 43 solcher Fachverbände. Hier wäre eine Verlagerung der Förderung besonders notwendig, weil ja aus den Fachsparten die Leistungssportler aus jenen Disziplinen kommen, wo es keine Werbeverträge oder Firmenunterstützungen gibt.

Für viele in der Steiermark errichtete Sportanlagen hat der sozialistische Gemeindefereferent beträchtliche Förderungen zur Verfügung gestellt. Ich darf daher Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross für diesen Einsatz sehr herzlich danken. (Beifall bei der SPÖ.) Für eine effiziente Förderung des Sportes wären grundsätzliche Sofortmaßnahmen notwendig:

Erstens: Die kostenlose Zurverfügungstellung von Sportartikeln und Ausrüstung sowie der entsprechenden qualifizierten Trainer.

Zweitens wäre auch die Einführung einer Aufwandsentschädigung für Training und Wettkampf der Sportler sicherzustellen.

Drittens: Die Kostenübernahme für nationale und internationale Wettkampfbeschiekung.

Ebenso notwendig wäre eine kostenlose gesundheitliche Betreuung der Sportler.

Die vorangeführten Punkte stellen bisher für die Vereine und Verbände und Sportler oft nicht erschwingbare finanzielle Belastungen dar. Es darf hier vermerkt werden, daß es gerade die ehrenamtlichen und freiwilligen Mitarbeiter in den Vereinen sind, die die Grundlage für die Abwicklung von großen und kleinen Sportveranstaltungen erbringen. Im kommenden Jahr wird vom 4. bis 8. Juni 1987 das internationale ASKÖ-Bundesfest in der Steiermark durchgeführt werden. Es wird in 17 Veranstaltungsorten sicherlich eine positive Demonstration und Werbung für den Sport geben. Ich darf Sie, meine Damen und Herren, zu dieser Veranstaltung recht herzlich einladen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) -

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Maitz:** Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

In einer halben Stunde genau werden das UEFA-Cup-Spiel FC Tirol gegen Spartak Moskau und das Spiel Mönchen-Gladbach gegen Glasgow Rangers angepfeifen werden. An einem solchen Abend zu arbeiten, ist für alle Fußballfreunde natürlich ein echtes Opfer, aber wir tun es ja für den Sport, Herr Kollege Hammer.

Ich möchte wie im Vorjahr einige Punkte beitragen und damit beginnen: Jetzt liegt die Abrechnung der Kosten für das Wiener Stadion vor. Ich habe damals

gesagt: „Es ist eigentlich sehr bedauerlich, daß in dieser zentralen Institution – die wir alle für Länderspiele brauchen – so viel Geld, aber in der Steiermark für die Stadien nicht nur wenig, sondern gar nichts vom Bund beigetragen wurde.“ Ich habe damals schon gesagt, Sturm und GAK wären für jeden Schilling dankbar gewesen – sie haben nichts bekommen. Das Bundesstadion in Wien wurde allerdings nicht wie geplant mit 310 Millionen Schilling errichtet, sondern mit 418 Millionen Schilling. Das heißt also, noch eine Steigerung der einseitigen Ausgabe um 35 Prozent der projektierten Kosten. Das ging zu Lasten der Länder, und das ist unrecht.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen, warum der Bund eigentlich in Länderveranstaltungen und in Ländereinrichtungen stärker einsteigen sollte. Wir haben über Initiative des Landeshauptmannes Dr. Krainer eine Konstruktion zustandegebracht, bei der durch den Fleiß und die Umsicht der Organisatoren Fritz Traffler und Hupo Neuper bei der Skiflugweltmeisterschaft im März am Kulm ein Musterbeispiel bei der Verwendung öffentlicher Mittel gesetzt wurde. Es gibt ein Gutachten, das das sehr deutlich zum Ausdruck bringt. Das Land Steiermark und die Gemeinden Bad Mitterndorf und Tauplitz haben insgesamt sieben Millionen Schilling beigetragen beziehungsweise Ausfallhaftung übernommen. Durch Steuereinnahmen kamen für die Gemeinden und für das Land 900.000 Schilling herein. Das heißt, der Einsatz der Steiermark betrug 6,1 Millionen Schilling. Man wird noch sehen, wie der Ertrag, der ja auch Dank dieser guten Organisation und des Zusammenwirkens vorhanden ist, aufgeteilt beziehungsweise weiterverwendet wird. Der Bund hat sich über Drängen des Landeshauptmannes dann doch entschlossen, auch fünf Millionen Schilling beizutragen – (Abg. Hammer: „Über Vermittlung von Landeshauptmannstellvertreter Gross, das ist schriftlich belegt worden!“) Moment! – und hat danach 4,8 Millionen Schilling Steuereinnahmen aus dem Umsatz wieder zurückbekommen. Das heißt, es würde sich für den Bund sehr rentieren, für so gute Veranstaltungen in den Bundesländern mehr Geld einzusetzen. Dies als Beispiel, wie man es machen kann. (Abg. Tschernitz: „Was macht man mit dem Gewinn?“) Der wird weiterverwendet, nehme ich an, aber darüber wird noch zu verhandeln sein.

Ich freue mich außerordentlich, daß diese Art der Sportförderung ein gutes Beispiel des Zusammenwirkens zwischen Land, Gemeinden und schließlich auch dem Bund geworden ist. Ich freue mich aber besonders, daß wir jetzt einen Landesrat für Sport haben, der in unzähligen Veranstaltungen, in Bürgermeistersprechtagen, in Sportreferentenbesprechungen und Zusammenkünften mit Sportvereinsobmännern und Besichtigungen von solchen Sportanlagen quer durch die Wiese, Herr Kollege, nicht – wie hier behauptet wurde – einseitig, also 170 Gemeinden des Landes für Agenden des Sportes besucht, 500 Sportanlagen besichtigt und mit rund 600 Damen und Herren, die im Sportbetrieb unmittelbar als Funktionäre oder aktive Sportler tätig sind, Kontakt aufgenommen hat, der mit den Sportlern also an Ort und Stelle über ihre Probleme spricht und damit eine Aufwertung dieses so wichtigen Teiles unseres Lebens, dieses Ausgleiches, den wir zwischen Beruf und Freizeit im Sport finden, leistet.

Es hat der Kollege Kurt Hammer auch erwähnt, daß das Sportgesetz aus dem Jahr 1953 sicherlich nicht unserer heutigen Vorstellung entspricht. Ich freue mich darüber. Ich habe auch die Absicht gehabt, das hier so vorzutragen. Es ist sicher, daß die Diskrepanz zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den tatsächlichen Verhältnissen im Sport heute sehr groß ist. Wir werden also gemeinsam – so nehme ich an – ein neues Steiermärkisches Sportgesetz beschließen können; die Vorarbeit dazu ist im Referat des Herrn Landesrates Dipl.-Ing. Hasiba aufgenommen, und er wird uns alle einladen, zu diesem neuen Sportgesetz unsere besten Beiträge zu liefern.

Im Jahr 1986 – und das ist auch wieder ein Anliegen, das mir persönlich sehr am Herzen liegt – hat der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba eine gemeinsame Sportveranstaltung zwischen gesunden und behinderten Jugendlichen durchgeführt. Das war eine österreichweite Neuheit, hat sich auch sehr bewährt und wird im Jahre 1987 neuerdings stattfinden. Ich freue mich auch, daß die intensive technische und bauliche Beratung für die Gemeinden nunmehr wieder eine neue interessante Lösung erhalten hat. Der bisherige Berater Prof. Walter Götz vom Österreichischen Institut für Sportstättenbau ist aus seiner Funktion ausgeschieden. Er hat über 20 Jahre diese Funktion ausgeübt. Es ist ihm sehr dafür zu danken, und neuerdings haben wir im Einvernehmen zwischen dem Herrn Landeshauptmann und unserem Sportreferenten Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba einen Mann gefunden, der diese Aufgaben ab Beginn des kommenden Jahres besonders gut vorbereitet übernehmen wird. Hofrat Dipl.-Ing. Gernot Siber, der in der Fachabteilung IV a bereits viel konkrete Erfahrungen in der Beratung der Gemeinden gesammelt hat und das auch weiter tun wird, wird zu seinen Agenden auch diese Fachberatung für technische und bauliche Anlagen im Sportbetrieb dazu übernehmen können.

Ich darf noch auf einen Punkt hinweisen, den ich auch im letzten Jahr hier bei der Budgetdebatte angesprochen habe und bei dem wir ebenso weitergearbeitet haben: Das steirische Institut für Sportmedizin, also ein wesentliches Anliegen für Sportler und für Sportfunktionäre, ist eine referatsüberschneidende Sache. Es hat mit Gesundheit zu tun und damit mit dem Referat des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Prof. Jungwirth, und es hat wesentlich mit Sport zu tun, daher im Referat des Landesrates Dipl.-Ing. Hasiba. Es gibt dazu seinerzeit schon die große Bereitschaft einer großen Anzahl von Fachärzten, und es gibt dazu eine neue Arbeit eines der ersten akademisch ausgebildeten Sportwissenschaftler an der Universität Graz, des Kollegen Mag. Herbert Wiesenhofer. Er beginnt seine Darstellung der Notwendigkeit, seitens der Sportwissenschaft und der Sportmedizin diese Gemeinsamkeit zu finden, mit einer für mich zumindest schockierenden Auflistung für die Anfälligkeit von Haltungsschäden. Er sagt: „Aus einer Sammlung von mehreren Statistiken geht hervor, daß schon im Vorschulalter mehr als 20 Prozent der Kinder am Bewegungssystem geschädigt sind. Mehr als 60 Prozent aller Schüler haben bereits Haltungsschäden oder eine Anfälligkeit, die sichtbar ist. Oder im jugendlichen Alter bei den Studierenden ist es etwa gleich, aber bei der in der Lehre stehenden Jugend erhöht sich das noch. Bei

Erwachsenen ist gar ein Prozentsatz von 70 Prozent Haltungsschäden zu konstatieren. Das muß uns alarmieren, und der wirtschaftliche Teil davon ist noch, daß rund 200.000 Krankenstände auf das Konto der Begleiterscheinungen von Haltungsschäden gehen. Also eine wichtige Sache für die Arbeitswelt, aber auch besonders für die sportliche Belastung. Es sind Programme entwickelt worden. Es sind für die Leistungssportler, aber auch für die Freizeitsportler eine Reihe von wissenschaftlichen Erkenntnissen vorhanden. An uns wird es liegen, diese zusammenzufassen und in eine Institution der Steiermark, in ein sportmedizinisches Institut, zusammenzuführen. Denn Qualität gibt es genug. Es geht lediglich um die Koordination dieser Aufgabe und um eine, natürlich, wie könnte es anders sein, Dotierung, wenn sie auch minimal ist im Vergleich zu anderen Ausgaben, die, wie ich glaube, jedenfalls gerechtfertigt ist. Sport als Möglichkeit der Selbstentfaltung. Ich glaube, wir sind in diesem Jahr seit der letzten Budgetdebatte einen großen Schritt weitergekommen. Ich freue mich nochmals über den so engagierten Sportreferenten in der Landesregierung und danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Strenitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Strenitz:** Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die Steiermark hat das Glück, vier hohe Schulen in ihren Grenzen zu beherbergen. Wir haben im vergangenen Jahr das 400. Jubiläum der Karl-Franzens-Universität gefeiert, und heuer haben wir der TU zum 175jährigen Bestand gratuliert. Im steiermärkischen Landesvoranschlag sind rund 84 Millionen Schilling für die hohen Schulen eingesetzt, und auch der Aufwand des Bundes im Wissenschaftsbudget mit insgesamt rund 16,3 Milliarden Schilling kann sich durchaus sehen lassen. In den vergangenen Jahren haben Kollege Univ.-Prof. Dr. Schilcher auf der rechten Seite dieses Hohen Hauses und mein Freund Kohlhammer oder auch ich auf der gegenüberliegenden Seite bisweilen in dieser Materie die Klänge gekreuzt. Die Schilderungen mögen je nach Standpunkt durchaus pointiert gewesen sein, und so war es auch heute ein bißchen in der Generalrede des Kollegen Univ.-Prof. Dr. Schilcher, später dann in der Rede des Kollegen DDr. Steiner. Die Wahrheit wird wie immer, hüben wie drüben, in der Mitte liegen. Also weder totale Demontage und Untergang des akademischen Wesens, noch absolute Problemlosigkeit.

Meine Damen und Herren! Die Ursache aller Probleme ist eigentlich kein Grund zur Sorge, sondern Anlaß zur Freude, denn es ist einmal die ungeheure Studentenerosion in den vergangenen 25 Jahren, und damit Sie nicht sagen, meine Statistik wäre parteipolitisch gefärbt, beginne ich nicht 1971, sondern schon 1961. Damals studierten an unseren Hochschulen insgesamt 31.858 Hörer. Zehn Jahre später waren es 49.000. Wieder zehn Jahre später 112.930 Studierende, und im jetzigen Wintersemester beträgt die Zahl der Studenten in Österreich schon rund 177.000. Man muß allerdings dazusagen, daß die Zuwachsraten im

Abflauen begriffen ist und die seinerzeitige Steigerung von rund 7 Prozent an jährlichen Erstinskribenten auf etwa rund 3 Prozent Erstinskribenten zurückgeht. Diese Expansion, meine Damen und Herren, wird oft als Entwicklung zur Massenuniversität dargestellt. Ich glaube, man sollte dieses Wort ohne negativen Beigeschmack verwenden. Wir wollen auch das Gegenteil nicht, nämlich eine Privilegiertenuniversität, sondern wir sollten die Sache vielmehr so sehen, daß Spitzenleistungen umso eher erreichbar sind, je breiter die Basis ist.

Ich will Sie mit Ziffern möglichst verschonen, aber es muß festgestellt werden, daß in den vergangenen 15 Jahren die Hochschulen in Österreich eine ungeheure Entwicklung mitgemacht haben. Das Hochschulbudget hat sich von 1970 bis heute nominell in etwa versechsfacht. Dem Wert nach ist es noch immer das Vierfache. Der Personalstand 1970 betrug 8683 Wissenschaftler und sonstige Mitarbeiter, heute sind es über 13.800. Gegenüber 1970 gibt es rund 1000 zusätzliche Professoren. Die Universitäten sind offen für alle Bildungswilligen. Wir haben keinen Numerus clausus. Die Förderausgaben, gemessen am Bruttonationalprodukt, sind von damals 0,6 Prozent auf heute 1,3 Prozent gestiegen. Die Bauleistung hat die damals rund 450.000 Quadratmeter verfügbaren Raumes auf heute über 900.000 Quadratmeter vergrößert. Das ist keine Frage.

Natürlich gibt es einzelne Sparten in den Studienrichtungen, in denen die Hörerzahlen in den ersten Semestern nach wie vor gigantisch sind, zum Beispiel bei den Rechtswissenschaftlern in Graz. Aber auf der anderen Seite sind die Bauleistungen auch in der Steiermark so, daß Sie mir vielleicht noch die Zeit geben, einige Ziffern zu nennen. Fertiggestellt wurden – und jetzt nur für den Bereich der Steiermark – in Graz neue Hörsäle und Seminarräume im Bereich des ehemaligen Heizhauses: 28 Millionen Schilling; die Universitätssportanlage Rosenhain: 98 Millionen Schilling; in Bau ist die Generalsanierung für die Pathologische Anatomie: 75 Millionen Schilling; in Planung – jetzt dieses spezielle Problem betreffend – das rechts-, sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Zentrum mit einem Gesamtbauaufwand von rund 500 Millionen Schilling und zusätzliche Investitionen mit einem Betrag von etwa 270 Millionen Schilling. Die Technische Universität wurde fertiggestellt; die Institute auf den Inffeldgründen: 685 Millionen Schilling; in Bau sind die Projekte Schörgelhofgründe: 115 Millionen Schilling und so weiter und so fort. Fertiggestellte Projekte, in Bau befindliche und in Planung begriffene insgesamt in Milliardenhöhe.

Wir nehmen diese Äußerungen, diese Memoranden, alle sehr ernst, aber man muß, bitte schön, auch die allgemeine reale Entwicklung sehen, und ich versuche ja, die Begleitumstände zu schildern. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Die Universität Graz hat 370.000 Quadratmeter Raum, die Universität Salzburg hat 300.000 Quadratmeter Raum. In Graz haben wir 27.000 Studenten, in Salzburg 9000; das ist die Sorge des Grazer Rektors.“) Das ist die Sorge des Grazer Rektors, aber es ist umgekehrt natürlich auch schön für Graz und die Steiermark, daß 27.000 Hörerinnen und Hörer hier studieren.

Man kann halt nicht alles auf einmal machen. Hören Sie allein die Personalkosten. Der Personalaufwand des Bundes – da sind natürlich auch alle Universitätsprofessoren darunter – im vergangenen Jahr: 1199 Millionen Schilling, also 1,2 Milliarden Schilling allein für die Universitäten in der Steiermark. Darüber hinaus, weil heute auch ein bißchen die angeblich mangelnde Bereitschaft des Bundes zur Förderung von Wissenschaft und Forschung angeschnitten wurde, habe ich hier die Zahlen des Ministeriums, nur die Steiermark betreffend: Expertengutachten und Auftragsforschung 1986: 13,9 Millionen Schilling; 1985 war es sogar mehr: 22,4 Millionen Schilling. Eine lange Liste von Solarenergie- bis Recyclingforschung, Teilnahme am Space-lab-Projekt, Erfassung der Wasserreserven des Landes Steiermark und vieles andere. Fonds zur Förderung der Wissenschaft und Forschung: Allein in der Steiermark Aufträge 1986: 62,7 Millionen Schilling, Bundesaufträge 1985: 65,5 Millionen Schilling. Förderungsforschungsfonds der gewerblichen Wirtschaft 1985: 84,9 Millionen Schilling, 1986: 67,5 Millionen Schilling.

Ich nenne diese Zahlen deswegen so detailliert, weil Sie immer wieder und ständig darüber klagen, daß der Bund die Forschungsgesellschaft Joanneum nur mit rund 1,5 Millionen Schilling fördert. Zugegeben, auch wir sagen, es könnte mehr sein. Aber wenn man nur diese Klagen hört, wird natürlich das Bild insgesamt schon ein bißchen verzerrt, und der Bund war ja nicht zuletzt auch deswegen gerade bei dieser Forschungsangelegenheit so zurückhaltend, weil halt doch gewisse Kritik am Management geäußert wurde. Nicht an den Wissenschaftlern, sondern am Management, wie das der Bundesrechnungshof und auch der Bericht des Landesrechnungshofes getan haben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch einige Überlegungen zu den Studenten, ihrem explosionsartigen Anwachsen und ihren Chancen anstellen: Wir haben in Österreich die breiteste Begabtenförderung, die man sich vorstellen kann, nämlich dadurch, daß wir einen Numerus clausus vermeiden konnten. Wir wollen nicht verschweigen, daß der Anteil der Arbeiterkinder an der studierenden Jugend nach wie vor höher sein könnte. Er ist nämlich von 12,6 Prozent im Jahr 1971 auf nur 13,7 Prozent 1985 gestiegen, was in erster Linie auf die größere Bildungsbeteiligung der Mädchen zurückzuführen ist. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Ist diese geringe Steigerung nicht traurig, Herr Kollege?“) Ich sage, daß das eine Situation ist, über die wir nicht froh sind. Da gibt es auch andere Barrieren – es gibt finanzielle Barrieren, aber nicht in dem Maß –, eher sind das bildungspolitische Barrieren, die mit der Einstellung des Elternhauses zu tun haben. Allerdings ist der Anteil der Kinder von Angestellten ohne Matura in der Zwischenzeit von 11,3 Prozent auf etwa 18 Prozent gestiegen. Aber, was erfreulich ist, meine Damen und Herren – und jetzt spreche ich vor allem zu den Damen dieses Hohen Hauses –: Der eigentliche Durchbruch in der Bildungspolitik ist bei den Mädchen erzielt worden. Während im Jahr 1970/71 von den damals rund 7800 Studienanfängern lediglich 2300 Mädchen waren – also rund 30 Prozent –, so waren es 1984/85 von den 18.400 Studienanfängern 9300, also 51 Prozent. Meine Damen und Herren, die Bildungsbenachteiligung der

Mädchen ist in diesen 15 Jahren aufgehoben worden, und da wurde die Quotenregelung voll und ganz erfüllt, worüber wir uns wirklich freuen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Noch eine Frage, die uns alle bewegt: Produzieren wir zu viele Akademiker? (Abg. DDr. Steiner: „Nein!“) Produzieren wir eine Akademikerarbeitslosigkeit? Nein! Sie haben recht, Herr Kollege DDr. Steiner. Wirklich nicht! Im internationalen Vergleich: Die Akademikerquote – ich könnte auch die Studentenquote nennen – auf 100 Einwohner: Österreich 4, Bundesrepublik Deutschland 8,6, Frankreich 5,5, Italien 6, Niederlande 3,7, Schweden 11, Schweiz 5,2, Vereinigte Staaten 8,9.

Es ist richtig, daß man die Situation der arbeitslosen Akademiker auch im Vergleich mit der übrigen Arbeitsmarktsituation sehen muß, meine Damen und Herren. Und gerade da liegt Österreich nicht nur in der allgemeinen Arbeitslosenquote, die uns auch sehr schmerzt, unter dem europäischen Durchschnitt, wir liegen in der Arbeitslosenquote der Akademiker noch weit unter dem europäischen Durchschnitt. Dazu kommt, daß sich die Akademikerarbeitslosigkeit von derzeit rund 2,2 Prozent zusammensetzt aus 1,5 Prozent tatsächlich arbeitslosen Akademikern und rund 1000 Akademikern, die sich im sogenannten Akademikertraining befinden, also im strengen Sinn des Wortes ja eigentlich nicht beschäftigungslos sind. Im übrigen ist es gelungen, die Zahl der beschäftigten Akademiker von 1971 bis heute von damals 94.800 auf rund 150.000 zu erhöhen.

Ein allerletztes Wort zu den Lehramtsstudien, weil auch heute die Situation vieler Lehramtsabgänger mit Recht besorgniserregend dargestellt wurde. Aber auch da gibt es einen gewissen Lichtstreifen am Horizont. Die Zahl der Lehramtsstudien nimmt prozentuell an den Gesamtabsolventen ab. 1975/76 waren noch 23,9 Prozent aller Studienabgänger solche mit Lehramtsstudien, heute sind es nur 11,3 Prozent. Beim Medizinstudium ist zum Beispiel die Situation so, daß die Zahlen der Studienanfänger deutlich rückläufig sind. Sie sind von 2335 im Jahr 1981/82 auf 1599 im vergangenen Jahr gesunken, und damit um rund 28 Prozent. Die Engpässe, meine Damen und Herren, liegen beim Turnus, das wissen wir. Da gibt es zum Teil sehr lange Wartezeiten, und dieses Problem müssen wir lösen. Aber von einer Ärzteschwemme, vor allem auf dem flachen Land, kann sicherlich keine Rede sein.

Die Hochschulen selbst, meine Damen und Herren, sollten sich einer gewissen kritischen Prüfung durch die Öffentlichkeit nach wie vor stellen, das heißt, daß die Hochschulen nach innen vom demokratischen, partnerschaftlichen Geist getragen sein, nach außen hin sich öffnen und immer mehr öffnen sollten.

Also den schon oft beschworenen elfenbeinernen Turm vergangener Zeiten hinter sich lassen, mit einem Wort: um ihre Gesellschaftsbezogenheit wissen. Über die akademische Situation, bei aller Problematik, die es gibt, brauchen wir uns in Österreich und auch in der Steiermark keine Sorgen zu machen. (Beifall bei der SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Das Wort erteile ich nun dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth.

**Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth:**  
Frau Präsident, Hohes Haus!

Wir haben eine ausführliche Debatte in der Gruppe 2 hinter uns. Sehr heterogen, weil es ja verschiedene Arbeitsgebiete in dieser Gruppe gibt. Ich werde in einigen Punkten zur Debatte Stellung beziehen, sofern sie mein Referat betreffen. Es geht in dieser Gruppe um Bildung, Erziehung, Jugend. Es wird verständlicherweise heute sehr oft weniger über Inhalte gesprochen, sondern sehr oft über Statistiken. Wir kennen die Gründe, und ich werde auch in aller Kürze ein paar Zahlen nennen. Zahlen, die sich auf die steirischen Pflichtschulen beziehen und die zeigen sollen, daß in unserem Land große Anstrengungen unternommen werden, um den jungen Menschen, die sich dem Lehrberuf widmen, wirklich auch die Chance zu geben, diesen Beruf auszuüben. Im Vergleich zwischen 1981 und 1986, das heißt in einem Vergleichsraum von fünf Jahren, haben wir in der Steiermark in diesem Schuljahr rund 25.000 Pflichtschüler weniger als vor fünf Jahren; zugleich um 385 Lehrer mehr als 1981. Das heißt mit anderen Worten, man hat auf die vielfältigste Art und Weise versucht, Plätze zu schaffen, Klassen zu erhalten, Klassenteilungen zu schaffen, so daß ein Maximum an Plätzen für die Lehrerinnen und Lehrer entstanden ist. Wenn man jetzt ganz einfach eine Rechnung anstellt und sich fragt, wieviel Schüler auf einen Lehrer in den steirischen Pflichtschulen kommen, alle in einen Topf geworfen – nicht nach einzelnen Klassen aufgeschlüsselt –, die Volks-, Haupt-, Sonderschüler und die von den Polytechnischen Lehrgängen, dann sind es weniger als zehn Schüler pro Lehrer. Statistisch gesagt 9,6. Das heißt, bei allem guten Willen muß man sagen, daß wir an den Grenzen des Möglichen sind. Denn letzten Endes geht es um die Frage, wer das alles noch finanzieren kann. Man wird vielleicht da und dort noch ein wenig mehr schaffen können, aber die Grenzen sind sicherlich erreicht, und ich glaube, in der ganzen Diskussion, die wir hier mit den jungen Lehrern haben, müssen wir das den jungen Leuten sagen, und mir geht diese Aussage zu sehr ab. Es haben auch dieses Jahr an den beiden Pädagogischen Akademien in Graz wiederum über 300 junge Leute zu studieren begonnen. Ich hoffe, jedem von ihnen hat man die Wahrheit gesagt: Du, wenn du in ein paar Jahren herauskommst, hast du nach menschlichem Ermessen keine Chance. Du wirst vielleicht sehr lange warten müssen, und du wirst etwas anderes studieren oder dir einen anderen Job suchen müssen. Ich selbst habe als Lehrer den Schülern gesagt, die zu mir gekommen sind vor der Matura mit der Frage: „Ich interessiere mich für das oder für das, was soll ich studieren?“ „Was interessiert dich?“, und ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, daß man den jungen Leuten sagen soll, daß sie das machen sollen, was sie wirklich interessiert und was sie gerne machen wollen, auch wenn es im Augenblick so aussieht, daß sie am Ende ihres Studiums keine Chance haben. Aber sie werden die Durststrecke, davon bin ich überzeugt, dort am ehesten überwinden, weil sie sich eben einem Studium oder einem Beruf widmen, der ihnen interessant erscheint. Denn das Schlimmste ist ja, gegen sein eigenes Interesse gebildet oder verbildet zu werden und dann vielleicht lebenslänglich einen Beruf ausüben zu müssen, der einem überhaupt nicht liegt. Solche Menschen gibt es,

und die sind sehr arm. Wir müssen den jungen Leuten die Wahrheit sagen. Das ist hart, das ist nackte Statistik, aber sie stimmt leider. Auf der anderen Seite wollen wir nicht den sogenannten Numerus clausus, nämlich die Beschränkung der Studienzugänge. Ich glaube, mit Recht soll man diese Barrieren nicht aufbauen. Es gibt in Frankreich Hochschulen mit Numerus clausus. Wenn man dort hineingeht und die Studienbedingungen erfüllt, und die sind beinhart, und wenn man herauskommt, dann hat man eine fixe Anstellung. Das gibt es aber nur für ganz beschränkte Gebiete und für wenige Schulen, weil diese Garantie natürlich nur in einem ganz limitierten Ausmaß möglich ist. An den sogenannten Massenschulen und Massenuniversitäten gibt es den vollen Zugang ohne den Numerus clausus, und als jetzt die Regierung in Frankreich versuchte, diese Zugänge zu beschränken und unter anderem auch die Selektion zu verstärken, also den Numerus clausus zu beginnen, waren eine Million Schüler und Studenten aus ganz Frankreich in Paris auf der Strecke, und sie haben dafür demonstriert, daß man nicht die Verhältnisse ändert, sondern die Verhältnisse beläßt; und den Numerus clausus nicht einführt. Ich nehme an, so ähnlich wäre auch bei uns die Stimmung in Österreich. Also: freier Zugang, aber bitte die volle Wahrheit den jungen Menschen. Die volle Wahrheit geht natürlich auch darauf zurück, daß wir ganz einfach schmale Geburtenziffern haben. Jedes Jahr berichte ich an dieser Stelle darüber, und ich muß es in diesem Jahr wiederum tun. Wir waren im vergangenen Jahr in der Steiermark wiederum unter 14.000 Lebendgeburten. Das ist das Minimum, das wir im Jahre 1978 das erste Mal hatten. Die Grenze 14.000 haben wir 1978 das erste Mal unterschritten. Dann ist es etwas hinaufgegangen, und jetzt sind wir wieder unter 14.000 seit zwei Jahren, und es wird dieses Jahr nicht besser werden. Das ist ganz einfach die Situation. Die steht natürlich in Beziehung zu dieser Problematik der Schulen.

Zu den Inhalten möchte ich nur in einem Satz zu den Äußerungen der Abgeordneten Freitag und Pußwald sagen: Ich glaube, man soll der neuen Hauptschule etwas Zeit lassen. Sie ist vielleicht keine ganz geniale Erfindung, aber man darf sie nicht schon nach dem ersten Jahr verdammen. Sie soll sich bewähren können oder auch nicht. Dann wird man eben wiederum etwas daran ändern müssen, aber eine gewisse Zeit des Anlaufes muß man ihr, den Lehrern und auch den Schülern geben. Das ist meine Überzeugung.

In den Kindergärten haben wir auch eine interessante Entwicklung. Seit dem vergangenen Jahr sind es zwölf Kindergärten mehr in der Steiermark, das sind durchwegs Kindergärten der öffentlichen Hand, also Gemeindekindergärten. Die privaten schaffen es nicht mehr, können sich nicht mehr verbreitern, die sind sozusagen mit der Luft am Ende und können nur mehr den Status quo halten. Wir haben derzeit 520 Kindergärten mit 887 Gruppen. Das sind 22 mehr als im vergangenen Jahr. In diesen Kindergärten werden fast 23.000 Kinder behütet oder gebildet, soviel wie noch nie zuvor. Das heißt wiederum mit anderen Worten: Wir haben so wenig Kinder, leider, wie nie zuvor in unseren Geburtenjahrgängen, und wir haben so viel Kinder in den Kindergärten wie nie zuvor. Das heißt, der Bedarf ist stark da, er ist sogar noch gestiegen. Wie

immer man darüber denken mag, man muß den Kindergarten hoch einschätzen, man darf ihn nicht als das Abstellgeleise sehen. Das wäre ganz, ganz schlimm, obwohl ihn manche Erwachsene natürlich als solches verstehen. Das ist arg, das ist das Schlimmste, was dem Kindergarten und vor allem dem Kind passieren kann. Wir müssen auch dafür kämpfen, daß es so weit wie möglich bei Halbtagskindergärten bleibt. Wir wissen sehr wohl, daß es in gewissen Fällen ohne Ganztagskindergarten nicht geht – alleinerziehende Mütter und ähnliche Fälle –, das ist uns natürlich bekannt, aber wir müssen wissen, daß auch der Kindergarten, so gut er geführt ist, für das Kind eine Belastung ist, wenn es den ganzen Tag in dieser Gruppe, in diesem Haus, in diesen Räumen sein muß. Auch wenn es dort noch so nett zu spielen ist und die Tante sehr besorgt ist und so weiter, das ist doch sehr viel Einengung für das Kind, wenn es von früh bis spät in diesem Kindergarten ist. Also, unsere alte Parole lautet nach wie vor: So viele Ganztagskindergärten wie nötig, aber so viele Halbtagskindergärten wie irgend möglich. Dabei soll es bleiben. Und wenn schon dieser Kindergarten so gefragt ist, dann kommt es natürlich auf die Arbeit an, die dort geleistet wird. Ich glaube, da ist wirklich Grund dafür, zu sagen, daß wir unseren Kindergärtnerinnen in der Steiermark dankbar sein müssen, die sich mit sehr viel Engagement, mit sehr viel Liebe um ihre Kinder kümmern, trotz mancher Schwierigkeiten, die sie natürlich haben, daß viele Träger auch verständnisvoll hinter ihnen stehen und daß – und das nehme ich auch in Anspruch – unsere Inspektorinnen, unser Kindergarteninspektorat und das ganze Kindergartenreferat in der Rechtsabteilung 13 sehr engagiert für diese wichtigen Einrichtungen im ganzen Land tätig sind.

Und es ist interessant, meine Damen und Herren, und vielleicht doch auch ein gutes Zeichen, daß am nächsten Wochenende – in zwei, drei Tagen – ausgerechnet in Graz der erste Österreichische Kindergärtnerinnenkongreß stattfindet. Das ist kein Kongreß, den irgendein Amt einberufen hätte und zu dem jetzt vielleicht Kindergärtnerinnen befohlen worden wären – das ist nicht der Fall –, sondern das ist eine Initiative der Berufsgruppe Kindergärtnerinnen, die sich in der Steiermark vor Jahren bereits gebildet hat. Auch sehr interessierte und durchaus, wenn es sein muß, kämpferische junge Frauen, die ihre Interessen gemeinsam vertreten, auch über Parteigrenzen hinweg – dort sind alle Farben vertreten und auch solche, die sich zu keiner politischen Partei bekennen. Ich möchte sagen, eine Art von Bürgerinitiative, die sich aber sehr positiv auswirkt. Und sie haben nun also im Zusammenwirken mit ihren Kolleginnen in den anderen Bundesländern diesen Kongreß unter dem Thema „Kind sein, selbst sein in Familie und Kindergarten“ einberufen. Es ist interessant, die Titel der Arbeitskreise zu beobachten, weil sie eigentlich zeigen, wie umfassend man die Arbeit im Kindergarten sehen kann, weil es dort tatsächlich um den ganzen Menschen, um das ganze Kind gehen soll. Diese Arbeitskreise heißen: „Kind sein in Familie, in der Teilfamilie, im Kindergarten, in den Medien, in der Politik, in der Architektur, in der Religion, mit der Person des Erziehers, in der Konsumwelt, in der Partnerbeziehung, und Kind sein mit der Behinderung.“ Ein ganz breiter Bogen, der hier in Arbeitskreisen abgehandelt werden soll. Wir können

erwarten, daß mancher Impuls über die Steiermark hinausgehen wird, und wir sollen uns freuen, daß dieser erste Kongreß tatsächlich in Graz, in der Steiermark stattfindet.

Es geht also hier durchaus, so wie in der Schule, um den ganzen Menschen. Genauso geht es um ihn in Sachen Jugendarbeit. Auch darüber haben einzelne Damen und Herren Abgeordnete gesprochen, ich möchte daher zusammenfassend sagen, daß die Kooperation zwischen vielen Jugendgruppen, -verbänden in der ganzen Steiermark auf der einen Seite und unserem Landesjugendreferat unter Hofrat Wulfing Rajakovics mit seinen engagierten Mitarbeitern – glaube ich, sagen zu dürfen – wirklich vieles bringt und gut läuft. Die Jugend braucht Verständnis, die Jugend braucht Gemeinschaft. Das Landesjugendreferat hat vor ungefähr einem Jahr eine Umfrage in der Steiermark veranstaltet und hat von den jungen Menschen unter anderem die Antwort bekommen, wenn sie eine interessante, gute Jugend- oder Sportgemeinschaft in ihrer Nähe hätten, dann würden sie gerne beitreten. Das war die Antwort von zwei Dritteln der jungen Leute. Sie finden nicht immer diese Gemeinschaft in ihrer Nähe, aber es ist sicher, daß sie sie suchen. Das braucht Erwachsene, das braucht etwas Geld, das braucht auch Räume. Deswegen also auch Budgetposten in unserem Landesbudget, von denen gesprochen worden ist und die zum Glück gehalten oder sogar aufgestockt werden konnten. Ich danke für dieses Verständnis auch dem Herrn Landeshauptmann, der sich dafür wirklich persönlich sehr eingesetzt hat – ich weiß das. Ich möchte aber zugleich an die Gemeinden appellieren. Auch dort, bitte sehr, geht es um dieselben Probleme, nur noch viel hautnäher. Die Jugend braucht keine großen Zentren. Große Zentren werden meistens gar nicht angenommen, sind nur sehr teuer im Bau, viel Beton, viel Glas und hohe Betriebskosten. Vielleicht funktionieren sie da und dort – ich hoffe es, ich wünsche es ihnen von Herzen –, aber die Erfahrung zeigt, daß die jungen Leute die großen Zentren gar nicht brauchen, daß sie kleinere Räumlichkeiten haben wollen, die sie sich auch selber adaptieren. Mit etwas Unterstützung von uns, den Erwachsenen, schaffen sie sehr viel – eigene Räume, in denen sie sich treffen können. Ich bitte die Gemeinden und die Bürgermeister um ihr Verständnis. Mit wenig Geld können sie sich viele Sorgen abnehmen und den jungen Menschen und auch ihren Eltern viele Sorgen wegräumen und wegschaffen, den jungen Menschen helfen, etwa nicht auf irgendeine schiefe Drogenebene zu kommen. Ich stelle immer wiederum diese Milchmädchenrechnung an: Haben wir einen jungen Menschen, der in diese Szene hineinkommt, und wollen wir ihn resozialisieren und heilen, kostet er uns mindestens 500.000 Schilling. Der Herr Kollege Gruber wird das sicher bestätigen können. Das sind Gelder aus irgendwelchen Sozialreferaten und anderen Einrichtungen – sehr viel Geld, von der menschlichen Tragödie natürlich ganz abgesehen. Mit viel weniger Geld kann ich für eine ganze Jugendgruppe so viel leisten, daß in ihr ein Netz der Geborgenheit entsteht und daß die jungen Leute wissen, wohin, wenn sie ihre freie Zeit haben.

Ähnliches, meine Damen und Herren, gilt für die Volksbildung. Auch hier geht es um Netze, auch hier

geht es darum, daß man Menschen, in dem Fall Erwachsenen, hilft, in ihrem Leben zu einer Orientierung zu kommen. Ich spreche jetzt nicht von der berufsbezogenen, sondern ganz einfach von einer allgemeinen Volksbildung. Alles, was dort an Initiativen auf verschiedensten Ebenen geschieht, ist - so meine ich - wertvoll. Es ist wertvoll auch in einer Zeit, in einer Entwicklung, in der über Kabel, über Satelliten, über Flimmerstreifen aller Art unzählige Programme auf die Menschen schon jetzt herniederkommen oder in Kürze herniederprasseln werden.

Ich glaube, es ist richtig und gut zu sagen: Helfen wir den Menschen, ihr eigenes Programm zu machen. Das kann ruhig auch ein Fernsehprogramm sein - selbstverständlich -, aber das sollen auch andere Programme sein können. Denn was uns zumindest an kommerziellem Fernsehen erwartet oder auch schon halb über uns ist, das ist nicht unbedingt das Beste und das Begrüßenswerteste. Es ist eine artifizielle Welt, es ist eine Amüsierwelt - Neal Postman: „Wir amüsieren uns zu Tode“, dieses Buch ist, glaube ich, eines der wichtigsten, die in den letzten Jahren herausgekommen sind. Es droht uns in Europa durchaus ein Identitätsverlust, weil wir ganz einfach fremde, artifizielle und nicht besonders wertvolle Programme kritiklos über uns ergehen lassen, wenn wir uns dieser Situation nicht bewußt sind.

Ich meine, daß man ohne Übertreibung sagen kann, daß hier eigentlich seit Jahren eine stille Kulturrevolution im Gange ist und daß sie noch stärker auf uns zukommt und daß wir uns dessen bewußt sein müssen. Es ist gerade ein Medienkongreß in Wien im Gange, der wird sich sicherlich mit dieser Problematik beschäftigen, alles dazu beizutragen, in Europa eigene Programme zu machen, einzeln oder in Kooperation, oder auf der anderen Seite den Schauer, den Fernseher dazu anzuregen, daß er wirklich ganz bewußt mit diesem Knopf umgehen kann. Bewußt zu schauen oder nicht, das ist die Bewältigung dieses großartigen Mediums Fernsehen. Viele Programme also sollten Menschen für sich machen können, um bewußt mit ihrem kostbaren Gut Zeit umzugehen. Die außerschulische Jugendarbeit versucht ihnen dabei zu helfen, Volksbildung ebenso.

Einen Dank all jenen, die in Bildungswerken, Bildungshäusern, Volkshochschulen, wo auch immer in diesem Sinne tätig sind. Zu diesen Programmen gehört, und das möchte ich abschließend sagen, weil ich noch einen besonderen Dank auszusprechen habe, auch das Buch. Das Buch ist nicht tot. Das Buch lebt dort, wo es gut, geschieht und freundlich an die Menschen herangetragen wird. Da kommen die Leser in hellen Scharen. Wir merken das in vielen Büchereien in der ganzen Steiermark. Gerade in diesen Tagen ist durch die österreichische Presse die Meldung gegangen, daß die Volksbüchereien in der Steiermark ganz besonders gut funktionieren und frequentiert sind. Uns soll es freuen Wir glauben an dieses Lob. Aber wir haben auch ein paar große zentrale Bibliotheken, und so möchte ich einen Dank sagen symbolisch für viele Menschen, die in Schulen und anderen Instituten beschäftigt sind, einen Dank für einen Mann, der in den Ruhestand tritt und der in diesem Haus ist. Es handelt sich um Herrn Hofrat Dr. Johann Hegenbarth. Herr Dr. Johann Hegenbarth ist in Pirka bei Graz im

Jahre 1921 zur Welt gekommen. Er hat in Graz maturiert, war 18 Jahre alt, als der Zweite Weltkrieg ausgebrochen ist; er hat diesen ganzen Krieg durchdienen müssen und ist aus der Kriegsgefangenschaft heimgekommen, um an der Grazer Universität Geschichte und Philosophie zu studieren, und ist im Jahre 1955 in die Landesbibliothek eingetreten. Er hat 31 Jahre lang an diesem Institut gedient, diesem Institut, das durchaus auch dem joanneischen Geist entsprungen ist, es geht auf den Leseverein zurück, den Erzherzog Johann gegründet hat, ein großes Haus mit über einer halben Million Büchern, mit unzähligen Zeitungen und Zeitschriften, das im Schriften- und Tauschverkehr mit der halben Welt in Verbindung steht. Herr Dr. Hans Hegenbarth hat sich in diesem Haus hochgedient, hat 1967 die provisorischen Agenden der Leitung übernommen, und im Jahre 1971 wurde er zum Leiter, zum Direktor der Landesbibliothek bestellt. Er hat also dieses Haus bis heute 15 Jahre lang mit seinen Mitarbeitern geleitet. Mit einem Stab, der auch dafür gesorgt hat, daß es immer wieder in seinen Depots modernisiert wird. Auch in der Verwendung der elektronischen Datenverarbeitung und der Mikrofilme steht das Haus durchaus in der ersten Kategorie in Österreich. Unter seiner Leitung hat die Landesbibliothek auch an großen Unternehmungen des Landes mitgewirkt. Die Landesausstellung 1976 „Literatur in der Steiermark“ oder die Roseggerausstellung im Jahre 1983 seien erwähnt. Wir wünschen Herrn Hofrat Dr. Hans Hegenbarth alles Gute. Er ist einer, der nach Erkenntnis ringt, und ich glaube, er wird in Zukunft mehr Zeit haben, sich seinen Hobbys zu widmen, der Philosophie, der Theologie, den Naturwissenschaften. Wir wünschen ihm alles Gute. Wir danken ihm für viele Jahre, die er dem Land Steiermark treu gedient hat, und ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Nächster Redner ist der Herr Landesrat Dr. Heidinger.

**Landesrat Dr. Heidinger:** Frau Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit möchte ich es sehr kurz machen, aber ich darf doch zu zwei Punkten Stellung nehmen. Das eine ist der Ansatz 22 in diesem Kapitel „Berufsschulen“. Der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer hat ja sehr vieles gesagt, ich möchte nichts wiederholen und möchte diejenigen Abgeordneten, die sich detaillierter informieren wollen, auf den Bericht über das Berufsschulwesen im letzten Schuljahr verweisen und bitten, ihn bei Interesse in meinem Büro anzufordern.

Ich möchte nur auf einen Punkt, den auch der Herr Abgeordnete Dr. Dorfer angeschnitten hat, kurz eingehen, und zwar auf die Ansätze 2513 und 2514. Das ist das Landesschülerheim Fürstenfeld und die Zuschüsse an die Handelskammer für alle anderen Schülerheime, die die Handelskammer betreut. Bitte betrachten Sie sich diese beiden Ansätze, und Sie werden sehen, daß es sehr zweckmäßig ist, daß die Handelskammer diese Heime führt, weil das für das Land wesentlich wirtschaftlicher ist, und ich möchte der Handelskammer dafür auch herzlich danken. Die

sinkenden Lehrlingszahlen sind auch unsere Sorge in den Berufsschulen, aber darüber hinaus für die ganze gewerbliche Wirtschaft. Es gibt darüber zwei Studien aus dem Österreichischen Institut für Berufsbildungsforschung, die uns für das Jahr 1993 in einer Vorschau nur mehr 7700 Lehrlinge in einem Jahrgang gegen 10.000 Lehrlingen verheißen. (Abg. Kohlhammer: „Herr Landesrat, kann man diese Studie auch bekommen?“) Die können Sie gerne haben. Ich habe einen Vorabdruck, und der wird Ihnen gerne zur Verfügung gestellt. Ist schon registriert.

Im Baubereich sind wir im wesentlichen mit unseren Aktivitäten fertig. Es sind ja im Ausschuß ausführlich die Frage der Finanzierung und Ausfinanzierung sowie der Ankauf der Schule Knittelfeld aus dem Leasingvertrag besprochen worden. Nicht fertig sind wir mit den Sportstätten, wobei uns ganz besonders Graz mit seiner Bürokratie schmerzt, weil ein Fehler des Flächennutzungsplanes uns hindert, mit dieser Sportstätte zu beginnen. Die Frage der Halle in Murau hoffe ich, obwohl kein Ansatz vorhanden ist, lösen zu können. Ich möchte damit schon zum Schluß kommen. Ich möchte allen mit dem Berufsschulwesen befaßten Stellen herzlich danken. Den Direktoren und Lehrern, den Erziehern der Heime, dem Landesschulrat und den Mitarbeitern der Berufsschulabteilung unter der bewährten Leitung von Oberregierungsrat Dr. Frisee.

Lassen Sie mich noch kurz zur Forschungsgesellschaft Joanneum etwas sagen, nachdem ich in den vergangenen Monaten gemeinsam mit dem Herrn Landtagsabgeordneten Univ.-Prof. Dr. Schilcher von unserer Seite und dem Herrn Landesfinanzreferenten um eine neue Lösung gerungen habe, die auf der einen Seite der notwendigen Flexibilität und dem notwendigen Management gerecht wird, auf der anderen Seite auch die notwendige Kontrolle zur Seite hat. Wir haben nun einvernehmlich einen Gesellschaftsrechtsentwurf fertiggestellt. Die Entwürfe des Vertrages werden von Wirtschaftstreuhandern und von Professor Jud noch auf ihre rechtliche und steuerrechtliche Fundiertheit geprüft werden, daß da ja kein Fehler passiert, denn die alte Gesellschaft ist in einer Betriebsprüfungssituation, wo es möglicherweise durch sehr eigenwillige Auslegungen der Finanzverwaltung, wenn ich mich vorsichtig ausdrücke, zu Umsatzsteuernachzahlungen kommen könnte – ich möchte das hier jetzt im Detail nicht näher ausführen –, die sehr, sehr beachtlich sind und die natürlich am Land Steiermark hängenbleiben würden. Die Ges. m. b. H. soll bis 1. Jänner gegründet werden, die Aktivitäten der alten Gesellschaften sollen liquidiert in die neue überführt werden, wobei auch die Arbeitnehmer in die neue Gesellschaft überführt werden. Es wird ein dreigliedriger Vorstand als Management vorhanden sein, ein sechsgliedriger Aufsichtsrat zur Kontrolle und ein wissenschaftlicher Beirat, der die Beratung und wissenschaftliche Konzeption mitbestimmen wird.

Ich hoffe, daß ich damit auch Ihre Frage, Herr Abgeordneter Mag. Rader, in den Grundzügen beantwortet habe. Ich möchte zu Herrn Abgeordneten Kohlhammer nur soviel sagen: Ich gehe mit weiten Strecken Ihrer Ausführungen konform. Es hat mich sehr beeindruckt, daß Sie festgestellt haben, wie leicht man durch „ins Gerede kommen“ in die größte Peinlichkeit kommen kann. Das hat sicher niemand der Forscher,

aber auch das Management bei allen Kleinigkeiten an Schlampereien, die da passiert sind und die ja die Rechnungshöfe aufgezeigt haben, wirklich nicht verdient. Und ehrlich gesagt, meine Tätigkeit in diesen Monaten war es, sicherzustellen, daß der angeknackste Ruf bei meinen Kollegen in den Banken – und das ist mir Gott sei Dank gelungen – nicht dazu führt, daß diese Panikreaktionen durchgeführt hätten, die den Bestand der Forschungsgesellschaft ernstlich gefährdet hätten. Das ist nun, so will mir scheinen, vorbei, und wir sind mit Ihnen d'accord, daß der Ausschuß in einer der Geschäftsordnung entsprechenden Form zu Ende geführt werden sollte, dem Sie ja zum Schluß, Herr Abgeordneter, vorgesehen sind, und wir sind interessiert, daß nicht der Eindruck entsteht, mit dem Ende der Legislaturperiode sollte irgendetwas unter den Teppich gekehrt werden. Ganz im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß der Name „Forschungsgesellschaft Joanneum“ bald wieder ohne Makel und ohne Hintergedanken ausgesprochen werden kann.

Ich hoffe, damit dem Hohen Haus zu diesem Punkt Aufklärung gegeben zu haben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Letzter Redner in der Gruppe 2 ist der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba.

**Landesrat Dipl.-Ing. Hasiba:** Frau Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Es ist wirklich und ehrlich gesagt nicht zynisch gemeint, wenn ich Ihnen um diese Stunde jetzt sage, daß durch die Verschiebung des Verhältnisses von Arbeitszeit und Freizeit unserer Mitbürger zugunsten der Freizeit dem Sport ein neuer Stellenwert eingeräumt wurde. Aber das ist eine Tatsache.

Ich möchte Ihnen sagen, daß im vergangenen Jahr über 500 Förderungsansuchen beim Land eingelangt sind und daß ein erheblicher Teil davon nach örtlicher Besichtigung auch zumindest zum Teil positiv erledigt werden konnte. Ich darf Ihnen auch mitteilen, daß zahlreiche Sportler nicht nur zu uns gekommen sind, zu großen Skiveranstaltungen und anderen Sportveranstaltungen, sondern auch steirische Sportler bei ihren Teilnahmen im Ausland gefördert wurden und daß es im kommenden Jahr in der Steiermark ebenfalls wieder mehrere hervorragend besetzte Großveranstaltungen, wie Europa- und Weltmeisterschaften, geben wird.

Und nun zum Budget 1987: Natürlich hat es nicht unbeachtliche Kürzungen gegeben, aber sie sind in der Endphase des jetzt vorliegenden Budgets für den Sport nicht so schlimm ausgefallen, wie sie im ersten Entwurf enthalten waren. Man kann dadurch hoffen, daß es trotz dieser Kürzungen möglich sein wird, die Sorgen und Wünsche vieler Gemeinden und Vereine zumindest zum Teil zu erfüllen. Eine Problematik für uns ist auch, daß der Breitensport wesentlichen Aufschwung genommen hat, hingegen der Spitzensport, vor allem in den klassischen Disziplinen, wie etwa in der Leichtathletik, wesentlich an Boden verloren hat, und zwar international, aber auch national in Österreich. Ich werde mich bemühen, 1987 dem steirischen Spitzensport durch spezielle Schwerpunktmaßnahmen eine direkte Förderung zukommen zu lassen und einen Impuls zu setzen.

Denn, meine Damen und Herren, ich weiß aus eigener Erfahrung, wie positiv sich der Sport auf den einzelnen und auch auf die Gruppe auswirkt, und ich sehe daher meine Aufgabe als Sportreferent auch darin, ein organisatorisches und, wenn nötig, auch gesetzliches Umfeld zu schaffen, in dem sich der Sport unbürokratisch, jedoch praxisnah und zukunftsorientiert entwickeln kann. Ich bitte Sie diesbezüglich um Ihre Unterstützung und möchte allen Funktionären, Mitarbeitern und Sportlern, den Dach- und Fachverbänden und allen, die im Dienste des steirischen Sportes tätig sind, herzlich danken und bitte den hier anwesenden Präsidenten Hofrat Dr. Ernest Brauchart, der heute Nachmittag für das nächste halbe Jahr den Vorsitz als geschäftsführender Präsident der Landessportorganisation übernommen hat, das auch seiner Organisation und den steirischen Vereinen mitzuteilen. Herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

**Präsident Klasnic:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zur Gruppe 2 vor. Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

**Abg. Schwab:** Ich ersuche um Annahme der Ansätze für die Gruppe 2, Frau Präsident.

**Präsident Klasnic:** Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 2 einverstanden sind, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Die Gruppe 2 ist somit mit Mehrheit angenommen.

Ich unterbreche die Sitzung bis morgen, 8.30 Uhr, und wir beginnen dann mit der Gruppe 3. (Unterbrechung um 22.20 Uhr, Wiederaufnahme der Sitzung am 11. Dezember 1986 um 8.30 Uhr.)

**Präsident Wegart:** Hohes Haus!

Wir kommen zur Gruppe 3, Kunst, Kultur und Kultus. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Richard Kanduth, dem ich das Wort erteile.

**Abg. Kanduth:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 3 umfaßt Kunst, Kultur und Kultus und sieht Einnahmen in der Höhe von 17,333.000 Schilling und Ausgaben von 390,029.000 Schilling vor.

Ich ersuche um Annahme dieser Gruppe.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Pfohl, dem ich es erteile.

**Abg. Dr. Pfohl:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Trotz der bekannten tristen Budgetsituation des Landes sieht der Landesvoranschlag 1987 für die Gruppe Kunst, Kultur und Kultus eine Erhöhung von 380 auf 390 Millionen Schilling vor. Ein Gutteil dieser Erhöhung, etwa ein Drittel, wird dem steirischen Musikschulwesen zugute kommen. Begabten jungen Menschen in der ganzen Steiermark soll der Zutritt zum Instrumentalunterricht und zu einer gediegenen Musikausbildung ermöglicht werden.

1970 gab es 33 Musikschulen, an denen 330 Lehrer für 7500 Schüler beschäftigt waren. Das Land förderte damals mit 6 Millionen Schilling. 1986 gibt es in der Steiermark 44 Musikschulen mit 540 Lehrern und 12.500 Schülern. Das Land legt 73 Millionen Schilling dafür aus. Während ein Musikschüler das Land im Jahre 1970 800 Schilling kostete, wird im Jahre 1987 das Land 5840 Schilling für die Ausbildung eines jungen Musikers aufwenden müssen. Mit Ausnahme des Raumes Mariazell, wo noch kein starkes Interesse vor Ort festzustellen ist, ist das Netz des steirischen Musikschulwesens nunmehr abgeschlossen und stellt in seiner Qualität einen entscheidenden Beitrag zur sogenannten infrakulturellen Kulturpolitik des Landes dar.

Eine ähnlich erfreuliche Entwicklung ist über die öffentlichen Büchereien in der Steiermark zu berichten. 1986 existieren 193 Büchereien, weiters 36 Pfarr- und zwei Gewerkschaftsbüchereien. Interessant ist die große Anzahl der neuen, so von 1970 bis 1986 gegründeten Büchereien, und zwar konnten 173 Büchereien eröffnet werden.

Meine Damen und Herren! Seit mehreren Monaten findet ein eher ungewöhnliches Gebäude, besser gesagt dessen Fassade zustimmende Beachtung im Herzen der Grazer Altstadt: die Fassade des alten Karmeliterklosters am Karmeliterplatz. Sie wurde vom steirischen Künstler Wolfgang Buchner mit einer fröhlichen blauweißen Sonnenuhr gestaltet, die ein öffentliches Signal für das interessante Innenleben des renovierten Hauses sein soll, nämlich für das Steiermärkische Landesarchiv. Wenn es auch nicht in die Budgetgruppe 3 fällt, so möchte ich doch verspätet zur Gruppe 2 eine kurze Bemerkung machen. Seit den siebziger Jahren laufen Planungen, das Steiermärkische Landesarchiv im ehemaligen Kloster am Karmeliterplatz zu konzentrieren. Vor dreieinhalb Jahren wurden die baulichen Arbeiten begonnen, nunmehr wurde die erste Etappe abgeschlossen: der Trakt direkt am Karmeliterplatz und das alte Kirchenschiff wurden saniert. Damit ist nun das Landesarchiv, unser „historisches Gedächtnis des Landes“, in der Lage, sieben Kilometer Archivalien ordnungsgemäß zu lagern. Weiters können die Historische Landeskommission und die Urkunden-Dokumentation als ständige Archivalienausstellung ab Frühjahr 1987 dort untergebracht werden. Die gestalterische Lösung sieht die volle Revitalisierung historisch wertvoller Bausubstanz sowie eine ökonomisch sinnvolle Lösung von neuen Bauten um das alte Kloster vor. Das Ziel des großen Unternehmens – der volle Ausbau – ist es, die voneinander getrennten Archivabteilungen in der Hamerlinggasse und in der Bürgergasse zu vereinigen und dadurch einen rationelleren Betrieb zu ermöglichen. Die derzeitige Unterbringung des Archives ist ein unzulängliches Provisorium in ungeeigneten Räumen. Die Archivalien sind durch die Verschlechterung der Umweltbedingungen, wie Luftfeuchtigkeit und Umweltbelastungen, durch Auftreten von Tintenfraß und Pilzen gefährdet. Dadurch ist auch eine frühzeitige Alterung von wertvollen Unikaten absehbar, was wiederum Restaurierungskosten verursachen könnte. Deshalb wurden bereits in der ersten Etappe der Sanierung des Karmeliterklosters notwendige technische Einbauten, wie Gasfilter für Zuluft und ähnliche neuartige Systeme,

bereits eingebaut beziehungsweise vorgesehen. Die Errichtung des Zentralspeichers im sogenannten zweiten Hof wird in nächster Zeit als äußerst vordringliche Maßnahme erfolgen müssen.

Nun zur Landesausstellung 1986: Sie war das bisher größte Ausstellungsereignis in der Steiermark. Hier einige Zahlen: 311.578 Besucher, 7050 Führungen, 13.300 Kataloge wurden verkauft. Gegenüber dem Einnahmenvoranschlag von fast 4,5 Millionen Schilling wurden etwa 9 Millionen Schilling, also nahezu das Doppelte, eingenommen. Die präliminierten Ausgaben wurden um 1,5 Millionen Schilling überzogen und betragen 15,2 Millionen Schilling. Die Besucheraufschlüsselung ist interessant: 103.000 erwachsene Einzelbesucher, das sind über 33 Prozent, 129.000 Erwachsene in Gruppen, das sind etwa 42 Prozent, und rund 78.000 Schüler und Bundesheerangehörige, das sind über 25 Prozent.

Hinsichtlich der Herkunft der Besucher dominiert natürlich die Steiermark mit rund 60 Prozent, gefolgt von Wien mit 16 und Niederösterreich mit 10,5 Prozent; der Anteil der Ausländer wurde mit 3,15 Prozent ermittelt, davon 2,52 Prozent aus der BRD. Vor allem die Zahlen betreffend Wien und Niederösterreich zeigen, daß die Werbeerwartungen voll aufgegangen sind.

Die Landesausstellung, meine Damen und Herren, wäre nicht so erfolgreich gewesen, wenn nicht eine ausgezeichnete Partnerschaft zwischen dem Kulturreferat und dem Landesfremdenverkehrsreferat auf Landesebene und dem regionalen Entwicklungsförderungsverband Hartberg auf lokaler Ebene gefunden worden wäre.

Interessant ist die Errechnung, daß im Zusammenhang mit der Ausstellung eine Umsatzsteigerung von rund 80 Millionen Schilling in der Region zu registrieren war. Nahezu sämtliche baulichen Maßnahmen wurden von oststeirischen Firmen ausgeführt, und man kann annehmen, daß jeder Ausstellungsbesucher etwa 200 Schilling rund um die Ausstellung ausgegeben hat.

Nun das nächste obligate Thema: die Vereinigten Bühnen. Die Subvention für die Vereinigten Bühnen einschließlich des Zuschusses an das Grazer Philharmonische Orchester mit zusammen über 121 Millionen Schilling ist – wie bisher immer schon – die größte Budgetpost der Gruppe 3. Gegen diese Beträge nimmt sich die Subvention an den Musikverein Steiermark mit 2,8 Millionen Schilling recht bescheiden aus, trotzdem können wir mit den uns dargebotenen Konzertveranstaltungen sehr zufrieden sein und auch damit, daß das 171. Arbeitsjahr des Musikvereins für Steiermark am 9. Dezember eine ausgeglichene Bilanz für die Saison 1985/86 vorgelegt hat. So sehr sich der Theaterausschuß einen solchen Abschluß auch für die Vereinigten Bühnen wünschen würde, so bleibt das vorerst ein Wunschtraum. Trotz wesentlicher Aufbesserungen, die durch das neue Theaterabkommen vom Vorjahr von den theatererhaltenden Gebietskörperschaften Land Steiermark und Stadt Graz beschlossen wurden, ist es der Theaterleitung nicht gelungen, die Schuldenlast abzutragen. Bis Ende der Saison 1989/90 muß das aber gelingen, soll nicht der dann antretende Intendant und kaufmännische Direktor die neue Ära mit einer schweren Hypothek beginnen müssen. Ich gebe es gerne zu und freue mich darüber, daß die

Grazer Oper und das Schauspielhaus auch in der vergangenen Saison und im Herbst dieses Jahres durch ihre künstlerische Tätigkeit das kulturelle Ansehen der Grazer Theater erhalten und auch steigern konnten.

Zwei Probleme engen die notwendige Beweglichkeit der Vereinigten Bühnen zusehends ein: die rasch wachsende Last der freiwillig zugesagten Pensionszuschüsse für Mitglieder des Grazer Philharmonischen Orchesters und die gesetzlichen Arbeitszeitregelungen, die heute für jeden Theaterbetrieb unzumutbar sind, das ist aber kein typisches Grazer Problem, ja nicht einmal ein österreichisches, sondern ein westeuropäisches.

Wenn unsere Theater nicht an zwei Tagen in der Woche geschlossen bleiben sollen, dann muß bald eine Regelung über die Flexibilisierung der Arbeitszeit getroffen werden. Ich darf in diesem Zusammenhang auf einen Ausspruch des gewerkschaftlichen Verhandlungsführers, Arbeiterkammerpräsident Cettel, verweisen, der nach dem Abschluß der Kollektivvertragsverhandlungen der Metallindustrie gesagt hat, wer die Notwendigkeit der Flexibilisierung der Arbeitszeit nicht einsieht, ist einfach dumm. Ich möchte diese Aussage ganz besonders für die Theaterbranche unterstreichen. Oft höre ich von älteren Theaterbesuchern Klagen über das Programm, insbesondere über das des „steirischen herbstes“ im Schauspielhaus.

Wenn man die Besucherzahlen – und zwar der zahlenden Besucher – als Gradmesser nimmt, ob ein Stück ankommt oder nicht, dann zeigt uns die Statistik, daß es vielfach – allerdings nicht immer – die Stücke sind, die die höchsten Einspielergebnisse haben, die vom alteingesessenen Stammpublikum abgelehnt werden. Eine Tatsache, die die Theaterleitung zur Kenntnis nehmen muß. Aber welche Stadt ist außer Graz noch in der Lage, zum avantgardistischen „steirischen herbst“ – sozusagen als Kontrastprogramm – eine Styriarte zu bieten? Zum 19. Mal ist der „steirische herbst“ mit seinem vielfältigen Programm im Spannungsfeld zwischen Experiment und Qualität ins Land gezogen. Interessant scheint der Trend: in der zeitgenössischen Kunst setzt sich mehr und mehr Qualität durch. Sie wird auch stärker vom Publikum angenommen. Eine kluge Mischung aus klassischer Moderne und Innovation zieht von der Steiermark aus ihre Bühnenkreise nach Wien, Brüssel und ins Fernsehen. Wieder haben zahlreiche Journalisten in heimischen und ausländischen Zeitungen und Radiosendern über den „steirischen herbst“ berichtet.

Freilich muß sich unser Festival auch Kritik gefallen lassen. Umso bemerkenswerter ist jedoch eine Kritik eines Kritikers an dieser Kritik. Ich zitiere: „Was bei allen Ermüdungserscheinungen, die dem ‚steirischen herbst‘ nach beinahe 20 Jahren anhaften, immer noch das unverwechselbare Profil ausmacht, ist die Bereitschaft, unbekümmert um die Zustimmung einer breiten Öffentlichkeit ‚Vorreiter‘ zu sein, der jungen neuen Kunst Breschen zu schlagen. Man hat dabei vielleicht etwas die Übersicht verloren, ist bei der Pflege des Neuen, Unerprobten paradoxerweise in Routine verfallen, wie das halt so geht, wenn man sich gewissermaßen zum offiziellen Sachwalter der Avantgarde erhoben sieht. Was ich aber immer noch spüre, ist die Neugier, die Lust am Neuen, die sich regelmäßig in

diversen Uraufführungen niederschlägt: jene Risikobereitschaft, die nicht abwartet, bis das Neue so alt geworden scheint, daß man es ungefährdet dem Kanon des Vertrauten einverleiben und mittels Orden und Staatspreisen versilbern kann." Ende des Zitates.

Eine erfreuliche Bilanz, ein Auftrag für die Zukunft. Seit zwei Jahren, meine Damen und Herren, ist die Steiermark um ein herausragendes musikalisches Veranstaltungsprogramm reicher geworden: die Styriarte – jenes Festival, das Prof. Kurt Jungwirth mit dem großen Steirer Nikolaus Harnoncourt ins Leben gerufen hat.

In diesem Jahr hat Styriarte zum zweiten Mal frühommerlichen Hochglanz in die steirische Landeshauptstadt gebracht: Claudio Monteverdi, der große oberitalienische Komponist, zu einer Zeit geboren, als oberitalienische Künstler und Architekten gerade die innerösterreichische Residenzstadt Graz mit jener Schönheit ausgestalteten, die heute so bewundert wird, stand im Zentrum der zweiten Styriarte.

Höhepunkte: die „Marienvesper“, das bedeutendste Madrigalwerk Monteverdis und seiner Epoche. Ihre Aufführungen im Grazer Dom waren ein guter Anlaß für die Fernsehproduktionsgesellschaft Unitel und für die Schallplattenfirma Teldec, Aufzeichnungen für Fernsehsendungen in der ganzen Welt und für eine Schallplatte, die im nächsten Jahr herauskommen wird, durchzuführen. Die Aufführungen waren nicht nur in künstlerischer Hinsicht Glanzlichter. Ihre Aufzeichnungen werden unsere Landeshauptstadt und damit die Steiermark wieder einmal weltweit bekannt machen.

Styriarte hat alle Chancen, mit Nikolaus Harnoncourt im Zentrum, allmählich ein mitteleuropäischer Musikmagnet zu werden.

Das Programm der Styriarte 1987 ist fertig. Joseph Haydn, der vor genau 200 Jahren im Reinerhof, dem ältesten existierenden Haus in Graz, konzertierte hat, wird das gesamte Programm gewidmet sein.

Zum Abschluß ein Wort zum Bauausschuß der Vereinigten Bühnen: Obwohl bald zwei Jahre seit der Opernhausöffnung vergangen sind, existiert er noch, wickelt die Verrechnungen ab und bringt Reklamationen in Ordnung. Das aber wäre kaum erwähnenswert. Wesentlicher ist, daß ihm von Land und Stadt die zusätzliche Aufgabe übertragen wurde, auch die Sanierung des Schauspielhauses durchzuführen. Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt – und das ist gut so für die Arbeit –, wurde bereits seit Ende der Saison 1985/86 an der Sanierung gearbeitet. In den kommenden Theaterferien werden die notwendigen Bauarbeiten durchgeführt werden.

Wenn das Ergebnis der Sanierung auch nicht so spektakulär sein wird wie im Opernhaus, so sind die Arbeiten dringendst notwendig, um nicht in eine Situation zu kommen, wie wir sie im Opernhaus erlebt haben.

Daß die Arbeit des Bauausschusses in den fünf Jahren seines Bestehens so effizient verlaufen ist, verdanken wir weitgehend dem Arbeitsausschuß des Bauausschusses. Daß sie in einer guten Atmosphäre der Zusammenarbeit so konstruktiv und reibungslos verlaufen ist und verläuft, verdanken wir den Mitgliedern des politischen Gremiums des Bauausschusses, in

dem die bisherigen drei Parteien vertreten sind und die alle Entscheidungen einhellig treffen müssen.

Ich danke allen Mitgliedern des Bauausschusses, sowohl denen des Arbeitsausschusses als auch den Parteienvertretern, für ihre gute Arbeit zum Nutzen der Vereinigten Bühnen Graz. Meinen besonderen und herzlichen Dank für seine Unterstützung in oft heiklen Situationen sage ich dem heute leider nicht anwesenden Landesrat Dr. Klausner, der als zweiter Vertreter des Landes in den Bauausschuß entsandt wurde. Dies hier im Hohen Haus zu tun, ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis und eine persönliche Verpflichtung. Danke. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kirner, dem ich es erteile.

**Abg. Kirner:** Hochverehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bei der Budgetdebatte 1981 habe ich in der zu behandelnden Gruppe 3 aus dem Bereich Museen und Denkmalpflege die Bemühungen des Montanhistorischen Vereins für Österreich mit dem Sitz in Leoben kurz dargestellt und seinen Arbeitskreis „Montandenkmal Fohnsdorf“ besonders hervorgehoben. Es ging dabei nicht nur um die Schaffung eines Kohlenbergbaumuseums für den ehemaligen tiefsten Braunkohlenbergbau der Welt, sondern auch um die Erhaltung eines Bauwerkes von industriearchäologischer Bedeutung, nämlich um den 52 Meter hohen Förderturm des ehemaligen Wodzicki-Schachtes. Ich sagte damals unter anderem – ich zitiere –: „Ich hoffe, daß hier die weiteren erforderlichen Mittel in Kooperation mit anderen verantwortlichen Stellen bereitgestellt werden, bevor der Rost diesen mit Seltenheitswert ausgestatteten Förderturm beseitigt.“

Meine Damen und Herren! Heute kann ich mit besonderer Freude feststellen, daß bereits 1983 das Montanmuseum Fohnsdorf durch den damaligen Bundespräsidenten Dr. Rudolf Kirchschläger eröffnet wurde und heute unter der Verantwortung der Herren Othmar Deutschmann, Paul Köfl und Franz Menapace – lauter ehemalige Bergleute – betreut wird und mit Begeisterung und Freude und großem Fachwissen die Besucher durch die technischen Anlagen geführt werden.

Und am 28. Oktober dieses Jahres würde das von mir schon 1981 bereits erwähnte bedeutendste noch erhaltene Fördergerüst Europas, der Förderturm Fohnsdorf, feierlich der Öffentlichkeit übergeben. So lebt dieses größte und eindrucksvollste Kohlenbergbaumuseum in der Erinnerung der dort bis 1978 beschäftigt gewesenen Bergarbeiter weiter und bietet für die Jugend eine ebenso interessante wie lehrreiche Schau über einen der seinerzeit wichtigsten Industrieschwerpunkte der Obersteiermark.

Damit hat sich der Montanhistorische Verein unter seinem verdienstvollen und rührigen Präsidenten Dr. Wilhelm Denk wohl das schönste Geburtstagsgeschenk zum zehnjährigen Jubiläum selbst bereitet.

Landesrat Dr. Helmut Heindinger konnte sich ja bei einzelnen Feierlichkeiten selbst davon überzeugen und kann meine Aussagen bestätigen.

Es haben viele mitgeholfen und tun es noch immer, so etwa das Bundesministerium für Wissenschaft und

Forschung, das Bundesdenkmalamt, die Nationalbank, der Fachverband der Bergwerke und eisenerzeugenden Industrie, der Österreichische Gewerkschaftsbund, die Arbeiterkammer und die Steiermärkische Landesregierung, auch mit einer großartigen Hilfestellung – das darf ich hier besonders hervorheben – durch die Landesbaudirektion.

Es gäbe aber noch viele Privatpersonen und Firmen zu nennen, die es alle verdienen würden, genannt und auch von dieser Stelle aus bedankt zu werden.

Meine Damen und Herren! Dieser Montanhistorische Verein hat aber auch noch weitere Arbeitskreise, die wertvolle idealistische Arbeit leisten und die ich wegen ihrer besonderen Bedeutung für unsere steirische Heimat doch kurz nennen möchte. So etwa den Arbeitskreis Paltental mit den Gemeinden Trieben und Gaishorn, wo es darum geht, dieses Kupfer- und Bronzeindustriengebiet zu erforschen und der dem Arbeitskreis Johnsbach folgend gegründet wurde. Dieser wiederum ist bemüht, das urgeschichtliche Berg- und Hüttenwesen in diesem romantischen Gesäusetal zu erforschen. Ich nenne weiters mit besonderer Freude den Arbeitskreis Montanmuseum Schloß Oberkindberg, der nun zu einem selbständigen Verein geworden ist, wobei die Stadtgemeinde Kindberg dem Museum seit seiner Gründung großzügige Hilfestellung geleistet hat. Ihrer Initiative und deiner verständnisvollen Hilfe, lieber Landtagskollege Vollmann, ist es zu verdanken, daß diese dortige Ausstellung durch ein angeschlossenes Heimatmuseum eine wertvolle Ergänzung erhielt. Auch Kollege Prof. Dr. Eichinger ist von dieser erfreulichen Tatsache betroffen. An dieser Stelle möchte ich ebenso dem Steiermärkischen Landesmuseum Joanneum mit seinem Direktor Hofrat Dr. Friedrich Waidacher und seinen einsatzfreudigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum 175jährigen Jubiläum herzlich gratulieren und Dank sagen für alles, was dieses älteste, der Öffentlichkeit gewidmete Museum und zugleich größte Landesmuseum Österreichs seit seiner Stiftung durch Erzherzog Johann im Jahre 1811 bis heute mit den 14 Abteilungen und Außenstellen geleistet hat und täglich leistet. So wird eben auch das im barocken Schloß hoch über der Stadt Kindberg untergebrachte Museum wissenschaftlich vom Joanneum betreut, und auch die Stadt Leoben und der Obersteirische Kulturbund, den ich gestern bereits zitiert habe, dürfen hier stellvertretend für viele andere einen Dank aussprechen.

Erwähnt sei von mir auch der im Vorjahr aufgelöste Arbeitskreis Neumarkt-Pöllau, der nun durch den Ortsplaner der Gemeinde Neumarkt und ihre Umgebungsgemeinden persönlich weitergeführt wird und bemüht ist, der Bevölkerung dieses Gebietes die Heimat und die verschollenen Werte bewußtzumachen. Der Arbeitskreis und bedeutende Verein Montandenkmal Altböckstein sei ebenfalls von mir erwähnt, ist er doch der Beweis einer bahnbrechenden Vorarbeit durch den Dachverband, wobei Zielsetzungen und Ausrichtung durch die Personalunion des Vizepräsidenten des Montanhistorischen Vereins Hofrat Peter Sika auch durch seine Verantwortung als Obmann des Montanvereins Altböckstein getragen und gewährleistet wird. Über die Arbeitskreise „Eisenerz-Radmer-Hieflau“, „Eisenwurzten“, „Eisenstraße“ oder „Vordernberg“ bedarf es sicherlich keiner näheren Erläuterung, da ich schon

wiederholt über deren bedeutende Aufgaben hier im Hohen Haus gesprochen habe.

Damit hat sich der Kreis einer zehnjährigen erfolgreichen Tätigkeit von Idealisten im Montanhistorischen Verein fast geschlossen, obwohl noch über einige wichtige Bereiche und Aufgabengebiete bis hin zu den internationalen Querverbindungen zu berichten wäre.

Meine Damen und Herren! Auch dem Verein „Steirische Eisenstraße“ geht es um die Rettung und Erhaltung montanhistorischer Denkmäler sowie um die Förderung und Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen der Region zum Wohle der Bevölkerung, angefangen von Leoben, entlang des Vordernberger Tales, von Eisenerz bis St. Gallen, Altenmarkt und Gesäuse, um dann einmal den Anschluß zur oberösterreichischen und niederösterreichischen Eisenwurzten zu finden. Auf Grund der oberösterreichischen Landesausstellung im Jahre 1987 in Steyr unter dem Titel „Arbeit – Mensch – Maschine – Der Weg in die Industriegesellschaft“ und der nachfolgenden Errichtung des Museums „Industrielle Arbeitswelt“ wird wohl diese steirische – einmal mit „ei“ und einmal mit „ey“ geschrieben – Eisenstraße eine starke lebendige Verbindung darstellen. Bei den Bemühungen um die „Steirische Eisenstraße“ geht es auch um den regionalspezifischen Schwerpunkt des Fremdenverkehrs und Gewerbes sowie um entsprechende Maßnahmen zur Schaffung von Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten für schwer in das Erwerbsleben eingliederbare Personengruppen.

Die bisherige Projektgruppe „Eisenstraße“ hat unter dem Vorsitz unseres Landtagskollegen Kurt Hammer wertvolle Vorarbeit geleistet, und nun sollten diese Bemühungen auf eine breitere und finanziell gesicherte Basis gestellt werden, wofür, wie gesagt, bereits beste Voraussetzungen geschaffen wurden. Trotz Vorliegens des Nichtuntersagungsbescheides für diesen neuen Verein seit 9. April 1986 konnte die konstituierende Sitzung bis heute nicht stattfinden, so daß nicht nur kostbare Zeit, sondern auch so mancher Schilling verlorengegangen ist. Ich hoffe sehr, daß nun nach der Wahl der Steiermärkischen Landesregierung auch dieses wichtige Problem ehebaldigst in Angriff genommen wird.

In engster Verbindung mit dieser Frage muß natürlich auch der allgemeine Fremdenverkehr gesehen werden. Durch den plötzlichen Tod des verdienten Fremdenverkehrsverbandsobmannes Ernest Puchner im Juni dieses Jahres ist dieser wichtige Bereich offen geblieben und kann nur im Zusammenhang mit dem Problem Eisenstraße gesehen und behandelt werden. Für die Vereine und Gemeinden ist eine doppelte Beitragsleistung unzumutbar. Hier wäre es also wirklich höchste Zeit, diese wichtigen Umstrukturierungsmaßnahmen zu behandeln.

Nun ganz kurz zu einer anderen Angelegenheit. Im Paragraph 8 des neu geschaffenen Steiermärkischen Kulturförderungsgesetzes ist die bindende Verpflichtung verankert, daß die Landesregierung alljährlich dem Steiermärkischen Landtag einen ausführlichen Bericht über die im Sinne des von mir genannten Gesetzes getätigten Förderungsmaßnahmen vorzulegen hat, doch ist uns bis heute ein solcher Bericht nicht zugegangen. – Man könnte sich am jährlichen Bericht des Unterrichtsministeriums ein Beispiel neh-

men – Daher meine Frage an den Herrn Landeskulturreferenten Prof. Kurt Jungwirth, bis wann mit einer solchen ausführlichen Berichterstattung zu rechnen ist, damit man dann auch die unterschiedlichen Kulturförderungen vergleichen kann. Ich denke hier etwa an die im Rechenschaftsbericht der Steiermärkischen Landesregierung für 1985 ausgewiesene Subvention von 149.000 Schilling an den Steirischen Sängerbund und an die zwar nicht ausgewiesene, aber bekannte bescheidenste Zuwendung an die überaus aktiven steirischen Arbeitersänger.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eigentlich gehört meine jetzige Ausführung zur Gruppe 2, da aber auch in der Gruppe 3 die Musikpflege enthalten ist, kann ich mein besonderes Anliegen sicherlich auch hier unterbringen. Im nächsten Jahr findet der vor 20 Jahren begonnene österreichische Instrumental- und Gesangswettbewerb „Podium junger Künstler“ zum zehnten Mal in Leoben statt. Der Verein „Jugend musiziert“ und Hanns-Koren-Preisträger 1982 hat nun die musizierende Jugend Österreichs zum zehnten Mal aufgerufen, an diesem Wettbewerb teilzunehmen und ihre Leistungsfähigkeit und Begabung vor einer breiten Öffentlichkeit unter Beweis zu stellen und ein Beispiel für die Freude am Musizieren zu geben. Diese Freude spüren wir aber auch schon jetzt bei den vielen, vielen Adventveranstaltungen, so daß man wirklich sagen kann: Es singt und klingt im ganzen Steirerland.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie schon in der Zeit vom 9. bis 18. Oktober 1987 nicht nach Leoben zum Bundeswettbewerb kommen können, so müßte man aber dem steirischen Landeswettbewerb am 4. und 5. April nächsten Jahres in Graz unter der verantwortlichen Leitung von Landesmusikdirektor Prof. Dr. Friedrich Körner besondere Aufmerksamkeit schenken, denn diese Veranstaltung sollte in erster Linie als möglichst eigenständiges Fest der Jugend, und nicht als Vorauswahl für den Bundeswettbewerb gesehen werden. Vielleicht finden wir beim europäischen Wettbewerb in Zürich mit den Instrumenten Oboe und Klarinette auch einen steirischen jungen Künstler. Jedenfalls wünschen wir unserer steirischen Jugend schon jetzt viel Erfolg.

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich noch sagen, daß ich nicht nur wegen des „Jahres des Friedens“ oder wegen des Advents, sondern auch aus zeitökonomischen Gründen aus dem breiten Feld kultureller Aktivitäten, ob positiv oder negativ, manche Geschehnisse nicht behandelt habe. Sie wurden auch zum Teil vom Kollegen Dr. Pfohl betrachtet. Sei es etwa der „steirische herbst“, die Steirische Kulturinitiative, die Vereinigten Bühnen, die Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik, die teuerste aber auch bestbesuchte Landesausstellung 1986, die Subventionsvergaben an den Verein zur Durchführung und Förderung kultureller Aktivitäten, die heftige Kritik breiter Bevölkerungskreise über die ihrer Ansicht nach mißglückte Büste für den verdienstvollen Kulturpolitiker und Landtagspräsidenten a. D. Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren und noch vieles andere mehr. Es wird auch vielfach festgestellt, daß das steirische Kulturleben in den letzten Jahren in eine Ermüdungsphase gegliedert sei. Manche sagen auch, daß an wesentlichen Punkten eine Überalterung eingetreten sei, so daß Auseinandersetzungen, ähnlich wie die Anfang 1986 in Gang gesetzte Diskussion um

den „steirischen herbst“ erwartet, aber auch wahrscheinlich so ähnlich enden werden. Die verdienstvollen Arbeiten der Kulturvertreter und Kulturreferenten der steirischen Gemeinden konnte ich ebenfalls kaum würdigen, obwohl ich glaube, daß wir gerade mit den Kulturreferenten und den aktiven, schöpferisch im Kulturleben tätigen Personen viel mehr Kontakt aufnehmen und pflegen müßten, um diesen Freiraum und die Freiheit von Kunst und Kultur überhaupt besser zu betrachten, zu vertreten und zu erkennen.

Ich darf aber sicherlich von dieser Stelle aus allen Künstlern, den steirischen Kulturreferenten, den Kulturvereinen und auch Organisationen, vielen Mäzenen und Sponsoren für ihre großartige Leistung im abgelaufenen Jahr herzlichen Dank sagen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kammlander, der ich es erteile.

**Abg. Kammlander:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Ausgaben in dieser Gruppe betragen zirka 390 Millionen Schilling, das sind in etwa 1,6 Prozent des Landeshaushaltes. Von diesen Ausgaben der Gruppe 3 wiederum sind nur zirka 9 Prozent Ermessensausgaben beziehungsweise nur zirka 3,5 Prozent Ermessensausgaben im Bereich der Förderungs- ausgaben, was einen Anteil von einem halben Promille an den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes bedeutet. Mit diesen Zahlen kann die Bedeutung der Kultur- und Kunstförderung in der Steiermark grob dargestellt werden. Da hilft nur mehr die Frage: Ist Kultur und Kunst nur das, was sich im betreffenden Teil des Budgets in Form von Ausgaben auch widerspiegelt? Das ist – zumindest nach unserer Auffassung von Kultur – sicher nicht so. Kultur soll mehr sein, als die Herstellung und Konsumierung von Kunst. Kultur findet statt am Arbeitsplatz, in der Freizeit, beim Wohnen, das heißt, in allen alltäglichen Lebensbereichen. In diesem Sinne wird Kulturpolitik in allen anderen Gruppen dieses Budgets ebenfalls betrieben beziehungsweise sollte betrieben werden, zum Beispiel in der Wohnbauförderung. Der Wohnbau eignet sich besonders für die praktische Realisierung von Alltagskultur. Leider wird auch heute noch im Bereich des Wohnungsbaues „sozial“ mit „hässlich“ gleichgesetzt, das heißt mit Ausnahme von einigen Paradeprojekten, die in Wahlkampfzeiten öffentlich wirksam vermarktet werden. Es herrscht noch immer die Auffassung, daß das Dach über dem Kopf eine Sache ist und Kultur eine andere. Wohnbaugenossenschaften bauen noch immer mit Schubladenplänen beziehungsweise haben eine Reihe von Mechanismen gefunden, um bestehende Regelungen, zum Beispiel für die Abhaltung von Architektenwettbewerben, zu umgehen. Offensichtlich besteht ein nur sehr eingeschränkter Wille, die Wohnbaugenossenschaften zu kontrollieren, beziehungsweise stellt sich die Frage, ob die Politik die Genossenschaften kontrolliert oder die Genossenschaften die Politik. Das Beispiel des Wohnungsbaues ist symptomatisch für den heute noch weit verbreiteten Kulturbegriff, der sich auch in diesem Budget niederschlägt.

Kultur heißt auch in der Steiermark immer noch „Hochkultur“, heißt immer noch „Privileg“ von weni-

gen Gebildeten, heißt immer noch „Privileg“ der Bewohner der Landeshauptstadt, heißt „Zentralisierung“, heißt „Vernissage“, heißt „Empfänge“, „Eröffnungen“ und so weiter. Heißt immer noch große Möglichkeiten und finanzielle Mittel für jene Bereiche der Kultur, die man als museale bezeichnen könnte, das heißt, die sich mit der Reproduktion beschäftigen. Heißt verhältnismäßig hohe Einkommen für die in diesem Bereich Tätigen und heißt auf der anderen Seite geringe Möglichkeiten für kreative, für unbequeme Kunst, und „Armutsgrenze“ für jene, die unbequeme, unerwünschte zeitgenössische Kunst produzieren. Kunst und Kultur wird in diesem Land offensichtlich – sogar zunehmend – in Besucherzahlen gemessen. Wenn schon unsere Mittel für Kunst und Kultur auf einige wenige Institutionen konzentriert sind, dann muß man gleichzeitig verlangen, daß die künstlerisch Verantwortlichen in diesen Einrichtungen nicht eine quasi „Pragmatisierung“ durch laufende Verlängerung von Verträgen teilhaftig werden, sondern daß immer neue Ideen nach Graz beziehungsweise in die Steiermark geholt werden. Es soll sichergestellt werden, daß diese Einrichtungen nicht nur angepaßte, gefällige Kunst liefern, sondern auch ihrer Aufgabe gerecht werden, unbequem zu sein.

Kunstförderung und Kulturpolitik soll unserer Auffassung nach weggehen von reproduzierenden und musealen Formen, ja sogar eine Förderung zeitgenössischer Künstler darauf ausrichten, daß diese Künstler sich sehr wesentlich auch mit der Animation, das heißt mit jenen Bevölkerungsschichten, die bis jetzt von kulturellen Aktivitäten mehr oder weniger ausgeschlossen waren, beschäftigen. Ansätze dazu sind im vorliegenden Budget vorhanden, sollten aber in diesem Sinne verstärkt werden.

Zum Stichwort „Kulturinitiative“: Nicht alle Fördernehmer in dieser Budgetgruppe lassen auch einen Schluß zu auf die Verwendung dieser Gelder. Zum Beispiel dürfte dem Landtag kaum bekannt sein, wer sich hinter dem Verein zur Durchführung und Förderung kultureller Aktivitäten in der Steiermark verbirgt, obwohl dieser Verein immerhin mit über 400.000 Schilling in diesem Voranschlag aufscheint. Nicht nur zufällig dürfte der gleiche Betrag an eine andere Institution vergeben werden, und zwar namens Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik. Was hier sichtbar wird, ist die eigentliche Struktur unseres Budgets beziehungsweise der steirischen Politik, nämlich die Aufteilung nach parteipolitischen Kriterien. Gerade für den Bereich Kunst und Kultur muß gelten, daß jährlich ein Förderungsbericht erstellt wird, aus dem hervorgeht, nach welchen Kriterien die Förderungen vergeben werden und an wen sie vergeben werden.

Das Zwischenschalten von einzelnen Vereinen und die Gefahr einer stillen Zensur über parteipolitische Organisationen, die Kulturförderungen vergeben, müssen ausgeschaltet werden. Dementsprechend sollten in künftigen Budgets weit stärker dezentrale und selbstverwaltete Kultureinrichtungen beziehungsweise Organisationen von Künstlern gefördert werden. Möglichkeiten dazu bieten sich gerade für das Land einige. Wir denken dabei an die Zurverfügungstellung von alten Gebäuden für öffentliche Kultureinrichtungen, von Ateliers für Künstler, aber auch an Verkaufsräume und Galerien. Danke schön.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernitz, dem ich es erteile.

**Abg. Tschernitz:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Angeregt eigentlich hat mich gestern die Rede des Abgeordneten Dr. Lopatka, indem er von brutalen Streichungen für Jugendförderungen in seinen Ausführungen gesprochen hat. Vielleicht darf ich heute ein bißchen erfreuliche Dinge mithineinstreuen, indem auch gerade hier in den Budgetposten für Kultur in der Gruppe 3 doch wieder wesentliche Mittel für die Jugend zur Verfügung gestellt werden. Es ist ja auch schon im Finanz-Ausschuß darüber gesprochen worden, daß gerade jener Ansatz, der sich mit der Frage der Heimatpflege beschäftigt, auch in unserem Land eine besondere Bedeutung hat. Hier, glaube ich, könnte man wirklich unseren Finanzlandesreferenten Dr. Christoph Klausner sehr loben, daß dieser Budgetposten nicht gestrichen, sondern wesentlich erhöht wurde; weil gerade hier in diesem Bereich der Heimatpflege viele junge Menschen mitmachen, sich mit für diese Idee begeistern können, wie wir alle gemeinsam an dieser Einrichtung sicher große Freude haben. Ich persönlich freue mich, das darf ich sagen, wie es auch schon im Finanz-Ausschuß zum Ausdruck gebracht wurde, daß jener Budgetposten „Förderung der Heimatpflege“ trotz eines sparsamen Budgets eigentlich einer wesentlichen Erhöhung gerade in diesem Budget für 1987 zugeführt werden konnte. Denn gerade die Trachten-, Heimat-, Schützenvereine, alles, was in diesen Bereich hineinfällt, hat für die Erhaltung des steirischen Kulturgutes sehr wertvolle Dienste in der Vergangenheit geleistet. Gerade diesen Menschen muß man Dank und Anerkennung zum Ausdruck bringen, nachdem sie Tausende Stunden opfern, auch unentgeltlich bereit sind, diese steirische Tradition hochzuhalten. Ich bin wirklich sehr dankbar, weil es nicht nur im Sinne des steirischen Brauchtums ist, sondern auch im Sinne des Fremdenverkehrs. Wir wissen alle, daß auch Tausende Menschen zu Veranstaltungen kommen, wenn es Heimatabende oder andere Veranstaltungen in dieser Richtung gibt. Ich freue mich, daß in diesem Budget wesentliche Erhöhungen drinnen sind, weil man immer wieder feststellen muß, daß sich die Jugend für die Heimat- und Trachtenvereine in der letzten Zeit begeistert. Deshalb muß, so wie es gestern in einer anderen Budgetgruppe zum Ausdruck gebracht wurde, den Feuerwehren oder jenen, die für die Sicherheit des Landes verantwortlich sind, der Dank ausgesprochen werden.

Ich habe auch einen zweiten Punkt, der mich berührt, und zwar, daß man anlässlich des Budgets 1987 feststellen muß, daß Menschen enttäuscht werden müssen, daß in den nächsten fünf Jahren die Landesausstellungen vergeben sind. Ich habe vor kurzem ein Vorwort zu einer Landesausstellung lesen können, wo der Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth zum Ausdruck gebracht hat, daß Ortskerne erhalten werden, daß Revitalisierungen an alten Bausubstanzen wesentlich mehr gedeihen, aber auch regionale und auch lokale Museen im ganzen Land als Ankerplätze für Wünsche, Erinnerungen, für Selbstgefühl und Selbstbewußtsein eigentlich zu finden sind. Eine sehr positive Aufwertung, gerade im Rahmen der

Kultur. Als herausragendes Beispiel für diese Entwicklung ist das Landschaftsmuseum Schloß Trautenfels im Ennstal zu nennen. Ich bin mir nicht ganz bewußt, warum man in den nächsten fünf Jahren das Landschaftsmuseum Schloß Trautenfels im Rahmen dieser Landesausstellungen nicht einbezogen hat. Ich weiß sicherlich, daß alle Teile unseres Landes sich um diese Landesausstellungen bemühen. Mir ist nicht ganz klar, was die Menschen in diesem Lande tun müssen, um anerkannt zu werden, oder nach welchen Gesichtspunkten man diese Landesausstellungen vergibt. Man muß hier gerade feststellen, daß in diesem Bereich eine Initiative der Menschen vorausgegangen ist, daß fast drei Millionen Schilling an Eigenmitteln aufgebracht wurden, daß ein sehr wesentlicher Teil durch Veranstaltungen hereingebracht werden konnte, daß fast eine Million Schilling an Spenden für dieses Schloß aufgebracht wurden, und ich glaube, daß man gerade diese Eigeninitiative der Menschen besonders schätzen soll, weil ich viele andere Bereiche kenne, wo Eigeninitiativen jene Voraussetzungen schaffen, um dann durch das Land mit Förderungen bedacht zu werden. Ich glaube, daß den Menschen in diesem Bereich jene Anerkennung gebühren würde, um eine Landesausstellung durchzuführen. Das ist eigentlich meine heutige Bitte an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, daß man die großartigen Leistungen der Menschen in diesem Bereich berücksichtigen sollte. Ich glaube, Herr Landeshauptmannstellvertreter, daß man doch einen Termin nennen könnte, wann ungefähr eine Landesausstellung in diesem Bereich durchgeführt wird. Ich würde Sie bitten, diesen Termin zu fixieren, weil es sich die Menschen verdient hätten. Gerade im Bereich des Ennstales, wo der Fremdenverkehr eine große Rolle spielt. (Landesrat Prof. Jungwirth: „Herr Abgeordneter, wir werden das gern tun. Das Ennstal war 1980 mit Admont schon dran, aber wir werden Trautenfels berücksichtigen!“) Ich danke dafür. Ich würde Sie aber bitten, daß man einen Termin nennen könnte, weil ich weiß, daß 1989 einmal in einer Aussendung im Gespräch war. Ich glaube, daß es sich die Menschen in diesem Bereich verdienen würden, weil man gerade hier große Vorleistungen für eine solche Ausstellung erbracht hat. Ich würde sagen, daß es im Bereich der Kultur einen positiven Aspekt gibt, daß man die Frage der Heimatpflege wirklich berücksichtigt hat. Heimatpflege, Brauchtum, Trachtenvereine, die viel in diesem Bereich leisten, damit vielen jungen Menschen die Chance gegeben wird, hier mitzuwirken, die viel Freizeit opfern, und auf der anderen Seite, glaube ich, es in unserem Bereich anerkennenswert wäre, wenn eine Landesausstellung durchgeführt werden würde. Ich danke Ihnen und hoffe auf einen sehr positiven Bescheid. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Maitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Maitz:** Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die angesehene steirische Tageszeitung „Südost Tagespost“ schreibt heute in einem Artikel „Ein Prunkstück der Grazer Gotik ist gefährdet“. (Abg. Mag. Rader: „Wer ist der Herausgeber?“) Der österreichi-

sche Verlag. Auf einem Bild wird die Doppelwendeltreppe in der Grazer Burg dargestellt, die „in der künstlerischen Substanz und in der technischen Konzeption eine Rarität von höchstem Rang für den europäischen Bereich ist. In diesem Lichtkanal des Treppenhauses zeigen sich Risse.“ Das Bundesdenkmalamt hat begonnen, diese Schäden zu besichtigen und für eine Beseitigung Vorschläge zu machen. Sorgen dafür müssen wir wahrscheinlich selbst. Das ist der Einstieg für den kurzen Beitrag, den ich hier leisten möchte. Im Arbeitsplatzförderungs- und -strukturprogramm für das Jahr 1987 ist wieder, wie in den drei vorangegangenen Jahren, eine Summe von 10 Millionen Schilling für die Revitalisierung von kunsthistorisch wertvollen Baudenkmalern vorgesehen. Ich habe voriges Jahr dazu sagen können, daß es sich bei dieser Post um eine besondere Kombination der Förderung von künstlerisch wertvollen Bauten und der Beschaffung von Arbeit für Spezialisten und Künstler handelt. Einige Zahlen sollen das noch verdeutlichen: Allein im Jahr 1986 konnten 28 Baumaßnahmen mit diesem Betrag gefördert werden, und zwar 13 weltliche und 15 kirchliche Bauten quer durch die ganze Steiermark. Diese 10 Millionen Schilling für die Revitalisierung künstlerisch wertvoller Bausubstanz haben ein Gesamtbauvolumen, einen Investitionsschub, von 46,5 Millionen Schilling bewirkt. Das heißt, es konnten durch diese Förderung Aufträge an die Künstler und Bauwirtschaft von über 46,5 Millionen Schilling vergeben werden, und damit ist für die Sicherung qualifizierter Arbeitsplätze, einerseits und die Erhaltung von Kunstdenkmälern in der Steiermark ein besonderes Beispiel gesetzt worden. Dieses Programm ist beispielhaft und soll in beiden Bereichen Kunst und Arbeitsplatzförderung einen besonderen Stellenwert haben.

Zu danken ist dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, der seinerzeit diese Post eingeführt hat, und zu danken ist auch der Fachabteilung Ia in der Landesbaudirektion, die in vorbildlicher Weise im Rahmen einer Kommission, die ausschließlich nach fachlichen Kriterien vorgeht, die förderungswürdigen Projekte begutachtet. Das Referat des Landeskulturreferenten Landeshauptmannstellvertreter Prof. Kurt Jungwirth ist in diesem Bereich wiederum um eine ständige Aktion bereichert worden, und ich würde mich außerordentlich freuen, wenn diese Aktion auch in den nächsten Jahren in gleicher Höhe oder sogar etwas höher dotiert werden könnte. Denn der Beweis ist erbracht: Erhaltung von Kunst plus Arbeitsplatzförderung in ganz besonderer Weise. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Gottlieb das Wort.

**Abg. Gottlieb:** Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Die öffentliche Bautätigkeit war nach Kriegsende von der Notwendigkeit geprägt, den elementaren Lebensbedürfnissen des einzelnen Menschen sowie der staatlichen Gemeinschaft zu entsprechen. Dieser Wiederaufbau einer Trümmerlandschaft war eine großartige gemeinsame Kraftanstrengung. Aus dem Bedürfnis heraus, überhaupt ein Dach über dem Kopf zu haben, stand im wesentlichen die Quantität im

Vordergrund. Qualitative Aspekte im Sinne von Baukultur, Baukunst wurden notgedrungenweise vernachlässigt. Die Kunst des Überlebens prägte das Bauen. Dies sei deshalb vermerkt, meine Damen und Herren, weil aus heutiger Sicht der Kritiker im nachhinein oft allzu leicht von Bausünden, von verantwortungslosem Gestalten spricht, ohne auf die Rahmenbedingungen der damaligen Zeit einzugehen. Nie zuvor in der Zweiten Republik war die öffentliche Meinung so ausgeprägt wie heute. Nicht nur die öffentlichen Bauherren sind aufgewacht, sondern eine breite Öffentlichkeit nimmt am Bauen starken Anteil. Dies sollte auch in einer offenen Gesellschaft wohl eine Selbstverständlichkeit sein. Der Bauherr von heute, vor allem der öffentliche Bauherr, hat damit auch auf die kulturpolitische Aufgabe des Bauens für die gesamte Bevölkerung hinzuweisen. Die Zeiten, in denen gebaut wurde, um einen Quantitätsanspruch zu erfüllen, sind weitgehend vorbei. Jetzt geht es darum, die qualitative Komponente des Bauens herauszustreichen. Dies ist die große historische Aufgabe der Gegenwart, die nicht immer leicht zu erfüllen sein wird, geht es doch dabei um eine Integration von Kunst und Bauwerk, von Zeitgeist und gesellschaftlicher Wirklichkeit, um einen Gleichklang von Wohlbehagen und Schönheit, ohne, meine Damen und Herren, die selbstverständliche Erfüllung der Wirtschaftlichkeit außer acht zu lassen. Wenn aber Bauen Zeitgesinnung dokumentiert und als Kulturaufgabe verstanden wird, so muß in dieses Bewußtsein auch die bestehende Bausubstanz miteinbezogen werden. Steiermark, meine Damen und Herren, ist ein Land der Kulturbauten. Sie stellen ein kostbares Inventar dar, das geschützt und gepflegt werden muß. Als Kulturland haben wir eine besondere Verpflichtung zur Erhaltung und Revitalisierung dieser wertvollen Bausubstanz. Im Sinne der Erhaltung unserer Lebens- und Umweltqualität muß daher dem Denkmalschutz, der Altstadterhaltung und der Ortsbildpflege schon im Interesse unseres kulturellen Erbes ein hoher Stellenwert beigemessen werden. Dabei dienen die Bemühungen und die Erhaltung historischer Bausubstanz nicht nur der Geschichtspflege, sondern sie nützen auch der Gegenwart, vor allem, meine Damen und Herren, dem Fremdenverkehr. Dies bedeutet, daß die Baukultur, und damit vor allem die denkmalgeschützten Objekte in unseren schönen Städten, Märkten und Dörfern, die Schlösser, Burgen und Museen, neben der landschaftlichen Attraktion und dem Erholungsangebot als neue dritte Säule des heimischen Fremdenverkehrs anzusehen ist. Für die Pflege und Revitalisierung unserer historischen Bauten sind Bundes- und Landesgesetze zuständig. Auch Zuschüsse sind dazu möglich. In den letzten Jahren ist gemeinsam viel erreicht worden. Ich meine hier das Grazer Altstadterhaltungsgesetz sowie das steirische Ortsbildschutzgesetz.

Wir kennen, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber auch die Situation der öffentlichen Haushalte. Wir sprechen selbst von zukünftigen Einsparungen im Landesvoranschlag. Die Förderungsmitel werden in dieser Gruppe sicher nicht höher werden. Wir müssen uns daher überlegen, wirtschaftliche Anreize – ich meine hier zum Beispiel aus dem Steuerrecht – für den jeweiligen Eigentümer zu schaffen. Bei Beschreitung dieses Weges könnten wir noch besser als bisher unsere wertvolle historische Bausubstanz erhalten,

dem steirischen Fremdenverkehr zu noch mehr Attraktion verhelfen und für die Bauwirtschaft, meine Damen und Herren, zusätzliche Beschäftigung schaffen.

Gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, abschließend noch eine persönliche Bemerkung: Ich bin, so wie einige unter uns, seit Oktober dieses Jahres ein neues Mitglied im Hohen Haus. Ich wurde in den letzten Wochen hier zu einer gewissen Gruppe eingeordnet. Ich möchte hier eine Feststellung aus dem Sport treffen: Ich fühle mich als Mitglied einer guten Mannschaft, die einen guten Kapitän und einen guten Trainer hat, und natürlich hat diese Mannschaft auch den sportlichen Ehrgeiz, daß wir bei dem nächsten Meisterschaftsdurchgang unseren derzeitigen Tabellenrang um einige Plätze verbessern. In diesem Sinne ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

**Präsident Zdarsky:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Weilharter das Wort.

**Abg. Weilharter:** Werte Frau Präsident, Hohes Haus, meine geschätzten Damen und Herren!

In der steirischen Kulturlandschaft greift eine scheinbar einseitige Entwicklung von seiten der verantwortlichen Kulturpolitiker Platz. Durch die Zentralisierung der Schulen und einen daraus resultierenden Mangel an Lehrern und Pfarrern, die im Dorf wohnen, ist das Brauchtum, welches die eigentliche Volkskultur darstellt, arg in Mitleidenschaft gezogen. Gleichzeitig schlägt sich diese Entwicklung auch durch die Entvölkerung des Grenzlandes nieder.

Hohes Haus! Die unzähligen Vereine sind ein nicht wegzudiskutierender Faktor und sind im ländlichen Bereich wohl die Brauchtums- und Kulturträger ersten Ranges. Durch die gebietsweise eingetretene Entvölkerung fehlt es sehr vielen Vereinen nicht nur an finanziellen Mitteln, sondern auch am Bestand von Aktivisten und an Kristallisationspunkten, die die im Dorf wohnenden Lehrer darstellen. Dieser Entwicklung entgegenzusteuern, soll auch eine Ihrer Aufgaben sein, Herr Kulturlandesrat Prof. Jungwirth.

Im gesamtsteirischen Kulturbereich ist nicht einzusehen, daß nur eine kleine Gruppe meistens darüber entscheidet, was Kunst ist. Was für den einen Kunst sein mag, wird vom anderen vielleicht als Kitsch empfunden oder auch umgekehrt, wenn Sie es so haben wollen, geschätzte Damen und Herren. Die künstlerische Leistung, die hinter verschiedenen Werken steht, kann aber durchaus die gleiche sein. Um der künstlerischen Entwicklung einen möglichst weiten Spielraum zu ermöglichen, sollte man als Kulturpolitiker nicht nur Direktförderungen vergeben an Künstler, sondern auch privates Mäzenatentum fördern. Ich fordere daher Sie, Herr Landesrat Prof. Jungwirth auf, zu erwirken, daß künftig der Privatankauf von Kunstwerken steuerlich in Abzug gebracht werden kann. (Landesrat Prof. Jungwirth: „Das ist ein Problem!“ – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Die Regierung in Wien muß du fragen!“) Die nächste Regierung dann, Kollege Prof. Dr. Eichinger! Es ist nicht einzusehen, daß Spenden, die eigentlich Kulturunterstützungen und Zuwendungen sind, steuerlich nicht anerkannt werden.

Hohes Haus! Ich will diese Budgetrede nicht dazu benutzen, um in spezifische Bereiche einzugehen, denn die Problematik erstreckt sich nicht nur darauf, daß die Budgetmittel auch nur einer gewissen Größenordnung unterliegen, sondern ich meine, daß es ab und zu auch am Verständnis mangelt. Wir haben daher seitens der Politik, und zwar von allen politischen Parteien her, die Aufgabe, einerseits ein Klima zu schaffen, das jegliche künstlerische Entwicklung ermöglicht, andererseits aber die Kritikfähigkeit und vor allem die Kritikwilligkeit der Menschen zu wecken. Es kann der Kultur weder damit gedient sein, daß man bestimmte Entwicklungen unterbindet oder durch Ächtung einschränkt, es kann der Kultur aber ebenso nicht dienlich sein, daß man den einfachen Betrachter in die Situation drängt, seine Zustimmung oder vor allem auch Ablehnung nur deshalb nicht zu formulieren, weil er sich sonst fürchtet, als unverständiger Banause dazustehen.

Die Bilderstürmerei liegt gerade uns Freiheitlichen so fern wie nur etwas. Aber die Wechselbeziehung zwischen Künstler und Bevölkerung muß dadurch verstärkt und aufgebaut werden, daß sich der einzelne traut, auch wirklich seine Meinung zu sagen. Genau aus diesem Grund trete ich vehement dafür ein, die dezentrale Kultur im Dorf weiter auszubauen, weil in der kleinen Einheit und in der kleinen Gemeinschaft diese Kritikfähigkeit gesteigert und verbessert wird.

Ich weiß, daß es auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren viele Bemühungen gegeben hat, und wir sollten sie alle unterstützen. Wir Freiheitlichen stimmen den Ansätzen dieser Budgetgruppe im Bewußtsein zu, daß Geld zwar unbedingt notwendig ist für die kulturelle Entwicklung, aber bei Gott nicht kulturelles Verständnis erwirken kann. Unser aller Aufgabe ist daher vielmehr eine ideelle als eine materielle. Ein besonderes Anliegen ist uns Freiheitlichen auch die Sammlung und Wahrung unseres Volksgutes. Leider mußte der Landesrechnungshof in bezug auf das Landesmuseum Joanneum einige, wie mir scheint, doch gravierende Mängel feststellen: So weiß man in vielen Abteilungen nicht, welche Sammlungsgegenstände man überhaupt hat. In zahlreichen Abteilungen weiß man nicht immer, wo die Exponate deponiert sind. In den allerwenigsten Fällen weiß man, welchen Wert die einzelnen Exponate und somit die Sammlung insgesamt hat. Können Sie, Herr Landeshauptmann – er ist momentan nicht im Hause –, dem Landtag berichten, welche Maßnahmen gesetzt wurden, um diese Mängel zu beheben?

Ich möchte mit einem Zitat von Arthur Schnitzler schließen: „Endzweck aller Kultur ist es, was wir Politik nennen. Überflüssig jedoch, Wissenschaft und Kunst der Menschheit unentbehrlich zu machen.“ (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Neuhold. Ich erteile es ihm.

**Abg. Neuhold:** Verehrte Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In der Zeit vom 1. Mai bis 26. Oktober 1987 findet auf der Riegersburg die Landesausstellung mit dem geheimnisvollen Titel „Hexen und Zauberer“ statt. Diese Landesausstellung findet auch im ordentlichen

Landesvoranschlag auf Seite 83 durch die verschiedenen Förderungsposten ihren finanziellen Niederschlag. Ich möchte mit einer Kurzbetrachtung, sehr geehrte Damen und Herren, diese Landesausstellung aus der Sicht der Gemeinde Riegersburg und des Bezirkes Feldbach etwas näherbringen, wobei ich auf den Inhalt dieser Ausstellung nicht eingehen möchte. Eine kurze geschichtliche Anmerkung zu dieser Landesausstellung: Die Entstehung der Riegersburg geht bis in das Jahr 1122 zurück. Damals wurde mit dem Ausbau der vermutlich schon vorhandenen Fluchtburg begonnen. Genau 700 Jahre später, nach vielen geschichtsbekanntem – vielleicht auch nicht bekanntem – traurigen Turbulenzen erstand im Jahr 1822 Fürst Johann Josef von und zu Liechtenstein Schloß und Herrschaft Riegersburg bei einer Versteigerung um 150.000 Gulden. Seither sind dessen Nachkommen beziehungsweise dessen Verwandte die Eigentümer der Riegersburg mit dem angeschlossenen Gut. Ich erwähne dies deshalb, weil gerade das Haus Liechtenstein wie auch die Marktgemeinde Riegersburg beträchtliche Kosten übernommen und großartige Aktivitäten für diese Landesausstellung gesetzt haben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch erwähnen, daß sich die gesamte Bevölkerung von Riegersburg sehr fleißig an den Vorbereitungsarbeiten für diese Landesausstellung beteiligt. Ich möchte erwähnen, daß die Burg neu ausgebaut und renoviert wird – die Renovierungsarbeiten sind im Gang –, daß 23 neu errichtete Räume für die Ausstellung zur Verfügung stehen, daß die Ortsdurchfahrt saniert und ein neuer Gehsteig errichtet wurde, daß weiters ein Färbelungsplan von der Gemeinde gemacht wurde, an dem sich fast ausnahmslos alle Hausbesitzer beteiligen. Diese Aktion wird von der Gemeinde mit 4000 Schilling je Objekt gefördert. Weiters werden drei große Parkplätze errichtet. Wer die Riegersburg kennt, weiß, daß diese Aktion dringend notwendig ist. Weiters werden bei den Steilstücken des Burgaufganges Holzstiegen und Geländer errichtet. Diese vielen Aktivitäten – um nur einige zu nennen – belasten natürlich den Gemeindehaushalt mit zusätzlich 4 Millionen Schilling, und zwar den Gemeindehaushalt der Gemeinde Riegersburg.

Neben der Ausstellung selbst wird eine große Zahl von Rahmenveranstaltungen durchgeführt – um einige zu nennen: Begonnen vom internationalen Fotowettbewerb über Schülerzeichenwettbewerb und verschiedenen Kongressen, Ausstellungen, Aufführungen, einem Preisausschreiben der Gewerbetreibenden von Riegersburg bis hin zu einer eigenen Kinderbetreuung im Burgbereich, wird dem Besucher alles mögliche geboten werden.

Vor allem der Tabor in Feldbach, das Schloß Kornberg, Fürstenfeld mit Loipersdorf, Fehring, Bad Gleichenberg und auch Bad Radkersburg werden durch besondere Veranstaltungen während der Ausstellung ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die zahlreichen Vorarbeiten auf Landesebene, aber auch die großen Anstrengungen des Hauses Liechtenstein und der Gemeinde Riegersburg – wie schon erwähnt – sind sicher eine Gewähr hierfür, daß die Landesausstellung für den Ort Riegersburg selbst, aber auch für die ganze Umlandregion seine positiven und nachwirkenden Erfolge zeitigt und auch einige neue wirtschaft-

liche Impulse für unser Grenzland mit sich bringen könnte, besonders was den Fremdenverkehr betrifft.

In dieser Hoffnung danke ich im besonderen dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer, unserem Kulturreferenten Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth und allen Mitgliedern der Steiermärkischen Landesregierung für die Zustimmung zu dieser Ausstellung und auch für die möglichste finanzielle Förderung derselben.

Ich hoffe, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß ich keine Kompetenzüberschreitung begehe, wenn ich namens der Riegersburger Verantwortlichen und als Feldbacher Abgeordneter und namens meiner Mitkollegen aus dem Bezirk Feldbach die Einladung ausspreche, diese Landesausstellung „Hexen und Zauberer“ im Jahr 1987 in Riegersburg zu besuchen oder an der Eröffnung teilzunehmen. Sie werden auf der Burg Riegersburg weder verhext noch verzaubert werden, höchstens aber bezaubert von dem Gesehenen und von der wunderschönen Aussicht von der Burg aus wieder nach Hause reisen. In diesem Sinn ein herzliches Glückauf für die Landesausstellung 1987! (Allgemeiner Beifall.)

**Präsident Zdarsky:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber:** Sehr geehrte Damen und Herren!

Dieser Bericht des Budgets hat für uns seine besondere Bedeutung, da ja unsere Bewegung selbst eher ein kulturelles als politisches Phänomen darstellt. Kunst, das ist für uns Gefühl, Fähigkeit des Menschseins, Geistiges, das über die materiellen Bedürfnisse hinausreicht. Gerade deshalb ist die künstlerische Betätigung oder auch die organisatorische Umsetzung, sprich Kulturpolitik, schwer in einfachen Kosten-Nutzen-Rechnungen faßbar. Es wäre gerade sonderbar, ein Kulturbudget an der Zahl gemalter Bilder oder der Anzahl von Auftritten zu messen. Wie eindrucksvoll steirische Kultur ohne Förderung erblühen kann, zeigt ja die steirische Subkultur, als Teil davon die Rockszene.

Wir wollen nun zur Tendenz dieses steirischen Kulturbudgets Stellung beziehen. Bei Gesamtausgaben in der Höhe von 390 Millionen Schilling fällt auf, daß nur im Promille- beziehungsweise im Prozentbereich Geld für die produzierende Kunst aufgewendet wird, wie eben für Kulturpreise, Ankauf, Organisation von Ausstellungen und so weiter. Dagegen wird der größte Brocken, ja eigentlich fast alles, für die Erhaltung, Reproduktion, Archivierung und Personalkosten ausgegeben. Dies erscheint uns als der grundsächlichste Mangel. Vielleicht könnte gerade hier eine Aufweicheung der Beamtendienstleistung zugunsten flexibler Projektarbeit stattfinden.

Wir sind uns darüber einig, daß Künstler Elite in jeder Hinsicht darstellen. Wie dem Wissenschaftler ist es ihm gegeben, Neues zu produzieren. Aber dieses Produkt muß auch angekauft oder bezahlt werden. Da der Landesfürst ausgestorben ist, muß die öffentliche Hand diesen Teil übernehmen. Denn es ist eine Geschichtslüge der Mächtigen, daß gerade unter ärmlichsten Bedingungen kulturelles Schaffen eine Blüte

erlebt hätte. Damit der steirische Künstler nicht mehr Elite als Sozial-Armer bleibt, fordern wir die Umschichtung des Budgets in Richtung der Produzierenden Kunst.

Der „Würdigungspreis des Landes Steiermark für bildende Kunst“ soll in Zukunft von einer unabhängig periodisch wechselnden Jury vergeben werden und nicht von einem Preisausschuß. Oder wurden mit dem Wort „Preisausschuß“ im Voranschlag bloß reale Verhältnisse entblättert?

Der „Förderungspreis des Landes Steiermark für zeitgenössische bildende Kunst“, der seit Jahren mit 40.000 Schilling dotiert ist, muß endlich auf die sonst übliche Höhe von 50.000 Schilling aufgestockt werden. Bei der Preisvergabe soll ein außersteirisches Gremium diesen Preis vergeben, damit nicht nur gewisse Künstlercliquen in den Genuß kommen.

Nach dem Vorbild des Bundes wollen wir die Schaffung von Stipendien für bildende Kunst. Bei der Anzahl sollte von den Stipendien für Literatur und Photographie ausgegangen werden. Die Dotierung mit 30.000 Schilling hätte ebenfalls nach Bundesvorbild zu geschehen, der 20 Stipendien allein für die bildende Kunst vergibt.

Schaffung von Kunstbeiräten in den Gemeinden: Um das Kulturschaffen den Menschen näherzubringen, sollten Künstler als Kunstbeiräte in den Kommunen angestellt werden. Dadurch würde die ästhetische Gestaltung unseres Steirerlandes vorangetrieben werden. Diese Künstler hätten dann die Funktion des Beraters für ihre Mitmenschen. In so verschiedenen Bereichen wie künstlerische Beratung von Architekturprojekten, Fassadengestaltung, Werbeflächenplatzierungen und Ortsbildgestaltung, um nur einiges zu nennen, ist dringend eine ästhetische Beratung vonnöten. Die Kosten für diese Animation des Kulturschaffens könnten sich Land und die jeweiligen Gemeinden paritätisch teilen.

Nach dem Vorbild der Bundesrepublik sollten Komponisten, bildende Künstler und Photographen Halbjahresstipendien in unseren Bezirksstädten erhalten. Als Gegenleistung öffnet der Künstler seine Produktionsstätte den Menschen. So wird der kaum vorhandene Kontakt zwischen Künstler und Bewohner hergestellt. Die Exponate oder das Geschaffene verbleibt im Verfügungsrecht der Stadt. Als Finanzierungsmodell ist wieder obige Parität vorzusehen.

Es sollte die Ausdehnung von „Kunst am Bau“ auf den Gemeindebereich durchgeführt werden. Dazu muß folgende Vergabepaxis eingehalten werden: öffentliche Ausschreibung anstelle von Vorselektion durch Kulturbonzen, unabhängige Jury, öffentliche Vorstellung der eingereichten Projekte, Auftragserteilung durch Präsentation des preisgekrönten Entwurfes, sprich Werkes.

Dabei ist es wichtig, daß auf Grund unserer arbeitsteiligen Gesellschaft, die natürlich auch die Fähigkeiten aufteilt, nicht automatisch der Architekt als Künstler gesehen wird. Gerade bei nicht so kleinen Bauvorhaben, wie zum Beispiel der Therme Loipersdorf, wird in Zukunft für die gerechte Verteilung gesorgt werden müssen.

Ein Land, das für sich in Anspruch nimmt, ein Industrie- und Kulturland zu sein, muß gerade der

Förderung und Belegung einen besonderen Stellenwert einräumen. In Hinblick auf die Freisetzung von Menschen aus dem Produktionsprozeß durch die nicht aufzuhaltende Computergesellschaft kommt der individuellen künstlerischen Betätigung ein besonderer Stellenwert zu. Die Hebung der Lebensqualität durch Kunst und Kultur kann nicht, wie schon eingangs betont, durch einfaches finanzielles Aufrechnen berechnet werden. Danke! (Beifall bei der VGÖ/AL.)

**Präsident Zdarsky:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile es ihm.

**Abg. Vollmann:** Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Kulturinitiativen, die von den Gemeinden in diesem Land gesetzt werden, sind von besonderer Bedeutung und in den letzten Jahren sicherlich auch immer mehr spürbar. Vor allem freut mich, daß heute festgestellt worden ist, daß die Landesausstellung Herberstein ein großer Erfolg war und bereits die Landesausstellung für das nächste Jahr mit „Hexen und Zauberern“ auf der Riegersburg angekündigt wurde. Im Mürztal hat eine solche Landesausstellung bisher leider noch nicht stattgefunden. So gibt es seit einigen Jahren Bemühungen und Vorsprachen der Stadtgemeinde Mürzzuschlag, mit dem Anliegen, eine Landesausstellung in Mürzzuschlag anlässlich des Jahrestages „100 Jahre Skilaut“ zu halten, und zwar befindet sich in Mürzzuschlag das Skimuseum. Mürzzuschlag ist ja die Wiege des Skilaufes überhaupt gewesen, und daher auch diese großen Bemühungen. Ich muß mit Bedauern feststellen, daß leider diese Landesausstellung, die für 1990 an Mürzzuschlag, so habe ich gehört, eigentlich schon zugesagt war, inzwischen dort nicht stattfinden kann, sondern daß die Landesausstellung 1990 in Gamlitz sein wird. Ich glaube auch, daß es sicherlich in der Gesamtfrage der Förderungen – weil hier von Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, die Frage des Ausbaues beziehungsweise der Renovierung der Mälzerei angesprochen wurde – Möglichkeiten geben wird, auch Bundesförderungen zu bekommen, und ich hoffe, daß es doch vielleicht, wenn schon nicht 1990, doch 1991, zu dieser Landesausstellung kommen wird. Ich bitte Sie herzlich darum. Deshalb bin ich aufmerksam geworden, weil Sie schon zugesagt haben, 1990 wird sie woanders sein. Man sollte doch in diesem Zusammenhang auch Zusagen halten. Aber was einerseits für die Landesausstellungen gilt, gilt auf der anderen Seite in der Frage der Musikschulen. Die Steiermark, das muß ich hier sagen, ist ausgezeichnet mit Musikschulen ausgestattet, und ich freue mich darüber, daß viele junge Menschen in diesen Musikschulen musische Erziehung erhalten und hier in dieser Frage der Ausbildung natürlich in der weiteren Tätigkeit, vor allem in den Vereinen und Kapellen, wo sie das Gelernte umsetzen können, sich auch bewährt haben. Es gibt noch weiße Flecken. Der Herr Landtagsabgeordnete Dr. Pfohl hat nur von einem weißen Fleck gesprochen, nämlich von Mariazell. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich habe Sie ja schon in der Finanz-Ausschußsitzung gebeten, daß man doch nicht die Initiativen der Gemeinden des sogenannten Neuberger Tales, Altenberg, Kapellen, Neuberger, Mürzsteg, ver-

gessen sollte, die sich seit zwei Jahren durch Vorsprachen bei Ihnen und bei anderen bemühen, eine Musikschule beziehungsweise eine Außenstelle der Musikschule in Mürzzuschlag zu erhalten. Leider ist es bisher nicht gelungen. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich möchte Sie bitten, hierauf besonderes Augenmerk zu legen. Auf diese 170.000 bis 200.000 Schilling, die das Land hier als Beitrag leisten müßte, darf es bei diesem Budget nicht ankommen, und wir würden dann die Möglichkeit schaffen, gerade in einem Tal, wie das Neuberger Tal, das von Abwanderungen betroffen ist, wo es äußerst schwierig ist, Arbeitsplätze zu erhalten, den Leuten dort die Möglichkeit zu geben, damit sie sich nicht ganz von der Umwelt abgeschnitten vorkommen.

Damit verbunden, wenn ich die Verwertung des Erlerntes in den Musikschulen angeschnitten habe, liegt mir natürlich die Förderung der steirischen Blasmusik am Herzen. Der Steiermärkische Blasmusikverband, der sicherlich einer der stärksten ist, den es überhaupt gibt, hat sich auch diese Förderungen verdient, und ich weiß, daß es ein großes Anliegen immer wieder an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, ist, hier etwas dafür zu tun. Aber auch mit Dankbarkeit habe ich im Budgetentwurf vermerkt, daß für den Landesverband der Gebirgstrachtenvereine im Budget 1987 endlich mehr Mittel enthalten sind. Hier einen besonderen Dank an den Landesfinanzreferenten Dr. Klauser, aber auch an Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth, dafür, daß Sie diesem Anliegen endlich nahegetreten sind, und ich darf Sie herzlich bitten, in der Gesamtfrage etwas zu tun. Wissen Sie, meine Herren, es ist ganz schön, einerseits zu sagen, es hat nur der Herr Kulturreferent etwas getan, aber dann, wenn es um die finanzielle Bedeckung geht, immer zu sagen, der Herr Landesrat Dr. Klauser hat es nicht geduldet, hat es nicht aufgenommen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Leider!“) Überlegen Sie sich bitte diese Doppelstrategie. Man sollte diese Dinge nicht so betreiben, daß sie anderen auffallen. (Beifall bei der SPÖ.) Sie sind gerne eingeladen, auch hier noch einige Dinge zu sagen.

Ein Dankeschön an alle, die vor allem zur steirischen Volksbildung so viel beitragen. Dabei geht es vor allem um die Frage der Volkshochschulen, die von der Steirischen Arbeiterkammer in diesem Land geführt werden und die große finanzielle Mittel dafür aufwenden, um einerseits die Berufsbildung zu ermöglichen, andererseits aber auch jenem entgegenkommt, das wir in der nächsten Zeit vordringlich als Ziel sehen oder heute schon fühlbar spüren, und zwar der Freizeitbewältigung. Es gibt hier eine große Anzahl von Freizeitkursen in diesem Angebot, und ich glaube, daß in Zusammenarbeit zwischen der Volkshochschule und den Gemeinden viel geschehen ist und viel geschieht. Dafür bin ich sehr dankbar, und ich darf Sie, Herr Landeshauptmann, bitten, meine Anliegen, die ich angeschnitten habe, nach Ihren Möglichkeiten bestens zu unterstützen. Ich weiß, daß Sie es gerne tun, aber vielleicht kann man diese Möglichkeit doch in weiterer Folge vermehrt ausschöpfen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

**Präsident Zdarsky:** Für das Schlußwort zur Gruppe 3 erteile ich dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Prof. Jungwirth das Wort.